

Was bestimmt die Höhe des Refinanzierungsbedarfes
der Geschäftsbanken gegenüber dem
Zentralbanksystem
beziehungsweise der Deutschen Bundesbank?

von
Joachim Radeke
aus Coburg



Zentral-Verlag für Dissertationen Triltsch Düsseldorf



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Was bestimmt die Höhe des Refinanzierungsbedarfes
der Geschäftsbanken gegenüber dem Zentralbanksystem
beziehungsweise der Deutschen Bundesbank ?

I n a u g u r a l - D i s s e r t a t i o n
zur Erlangung der Würde eines
Doktors der Staatswissenschaften
der Philosophischen Fakultät
der Friedrich - Alexander - Universität
zu Erlangen



vorgelegt von
Joachim Radeke
aus Coburg

Tag der mündlichen Prüfung: 6. November 1958

Dekan: Universitätsprofessor Dr. W. Züchner
Referent: Universitätsprofessor Dr. R. Stucken
Korreferent: Universitätsprofessor Dr. G. Weippert

INHALTSVERTEICHNIS

Vorwort	S
A) Die Refinanzierung.....	4
I. Der Begriff der Refinanzierung.....	4
1. Allgemeines.....	4
2. Abgrenzung des Kreises der Kreditinstitute, die die Refinanzierung nötig haben.....	5
3. Abgrenzung der Tatbestände, die als Refinanzierung bezeichnet werden sollen.....	5
4. Abgrenzung des Kreises der Kreditinstitute, deren Refinanzierung die Betrachtung umschliessen soll...7	
5. Der Begriff "Geschäftsbanken".....	8
6. Der Begriff der Refinanzierung.....	9
II. Die Höhe der Refinanzierung in der Bundesrepublik....	10
B) Der Refinanzierungsbedarf.....	13
I. Der Begriff "Refinanzierungsbedarf".....	13
II. Die Abhängigkeit der Höhe des Refinanzierungsbedarfes von der Länge der betrachteten Zeitperiode.....	14
III. Die Höhe des Refinanzierungsbedarfes in der Bundesrepublik.....	15
1. Allgemeines.....	15
2. Die Höhe des Refinanzierungsbedarfes in der Bundesrepublik.....	15
C) Die Bestimmungsfaktoren des Refinanzierungsbedarfes der Geschäftsbanken.....	18
I. Die formellen Bestimmungsfaktoren.....	18
II. Die materiellen Bestimmungsfaktoren.....	22
1. Begriffe und Festsetzungen.....	22
2. Die Notenbankgeldzirkulation zwischen Nichtbanken und Geschäftsbanken.....	23
a) Die Stückgeldzirkulation.....	23
aa) Allgemeines.....	23
bb) Der Stückgeldumlauf und seine Bestimmungsfaktoren in der Bundesrepublik von 1948-57.25	
b) Die Zirkulation von Notenbankguthaben.....	35
aa) Die Entwicklung der Einlagen von Nichtbanken beim Zentralbanksystem bzw. der DB.....	36
aaa) Einlagen deutscher öff. Stellen.....	36
bbb) Einlagen alliierter Dienststellen.....	45
ccc) Einlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten.....	46

bb) Die Kredite des Zentralbanksystems bzw. der DB an Nichtbanken.....	48
3. Die Notenbankgeldzirkulation zwischen Notenbank und Geschäftsbanken.....	51
a) Zirkulation im Rahmen der Offenmarktpolitik.....	51
b) Zirkulation im Rahmen des An- und Verkaufs von Devisen durch die Notenbank.....	54
4. Der Bedarf nach Notenbankgeldreserven bei den Geschäftsbanken.....	59
a) Reserve an Notenbankguthaben.....	60
b) Kassenreserven.....	64
5. Die Gesamtentwicklung in den Jahren 1949 - 1957.....	64
Statistischer Anhang.....	68
Literaturverzeichnis.....	77

VORWORT

Dem Bedarf der Kreditbanken nach Stückgeld und Notenbankguthaben schenkt man heute wachsendes Interesse.

Mit dem Zufluss von Stückgeld und Notenbankguthaben ist ihnen die Grundlage für die Ausweitung der Geldschöpfung gegeben. Wegen der weitreichenden Konsequenzen, die eine Ausdehnung der Geldmenge auf das Wirtschaftsleben haben kann, suchte man schon immer nach geeigneten Wegen, diesen Zufluss zu beeinflussen.

Zeitweilig geschah das dadurch, dass man sich auf die Festlegung der Kosten, zu denen diese Gelder beschafft werden können, beschränkte. Schliesslich aber suchte man wirksamere und zusätzliche Wege, um schon auf den Bedarf nach Notenbankgeld einzuwirken, um damit in gewissen Lagen die Kreditbanken zum Befolgen der beabsichtigten kreditpolitischen Linie zu zwingen. Dabei ist es möglich, dass sich einer solchen Absicht gewisse Faktoren, die man nicht beeinflussen kann, widersetzen.

Hier soll nun ein Überblick über die verschiedenen Einflüsse, die auf den Bedarf der Kreditbanken nach Notenbankgeld einwirken können, gegeben werden und ihr Zusammenwirken bei dessen Bestimmung in der Bundesrepublik betrachtet werden.

Was bestimmt die Höhe des Refinanzierungsbedarfs der Geschäftsbanken gegenüber dem Zentralbanksystem beziehungsweise der Deutschen Bundesbank ?

A) Die Refinanzierung

I. Der Begriff der Refinanzierung

1. Allgemeines

Der Einrichtung und Inbetriebnahme eines jeden Betriebes geht die Beschaffung von Geld, die Finanzierung, voraus.

Würde man in diesem Vorstadium Bilanz ziehen, so würden dem auf der Passivseite ausgewiesenen Kapitalbetrag auf der Aktivseite entsprechende Beträge an Barmitteln (Stückgeld und Bankguthaben) gegenüberstehen, d.h. an Mitteln höchster Liquidität.

Die Ausstattung des Betriebes mit sachlichen Mitteln, wie Grundstücken, Maschinen, Waren usw. im Zuge der Einrichtung begleitet ein entsprechendes Absinken der Barbestände. Liquide Mittel erster Ordnung verwandeln sich dabei in solche zweiter und höherer Ordnung. Das Wesentliche an diesem Vorgang ist die Verwandlung von liquiden Mitteln in mehr oder weniger illiquide.

Tritt an den Betrieb die Notwendigkeit heran, plötzlich grössere Mengen solcher liquiden Mittel ausgeben zu müssen und soll das Unternehmen ordnungsgemäss wie bisher fortgeführt werden, d.h. will man keine geschäftsnotwendigen Aktiva veräussern, was meist nur unter Verlust möglich ist, dann muss man diese Mittel aus eigener Initiative auf dem Kreditwege beschaffen. Selbst kann man sie ja nicht herstellen.

Diese Tätigkeit des Finanzierens von Geschäften ohne Veräusserung geschäftsnotwendiger Aktiva aus eigener Initiative hat bei gewöhnlichen Betrieben keine besondere Bezeichnung. Bei Bankbetrieben, die durch sie ihr aktives Finanzierungsgeschäft passiv finanzieren, nennt man sie R e f i n a n z i e r u n g.¹⁾

Das Wort R e f i n a n z i e r u n g wurde gewählt, weil die betreffende Bank

1) Die sonst gegebene Definition: "Von Refinanzierung...spricht man, wenn die Gewährung eines Kredites nicht aus eigenen Mitteln des Ausleihenden erfolgt, sondern wenn der Kreditgeber seinerseits einen Kredit aufnimmt, um Kredit geben zu können"(Artikel: Refinanzierung, in ZSchr.f.d.ges.Kred.-wesen, Jg.1950, S.19) trifft diesen Tatbestand nicht ganz. Sie umfasst auch die Hereinnahme von Einlagen seitens der Banken. Die Tatsache, dass die Initiative zur Kreditnahme von der betreffenden Bank selbst ausgeht, scheint uns wichtig zu sein.

sich anderenorts Kredite beschaffen muss, um Kredite, die sie gegeben hat, aufrechterhalten zu können - weil sie die Kredite sozusagen zurückgewälzt hat.

Daraus also, dass der oben geschilderte Akt der Verwandlung liquider Mittel in weniger liquide bei Bedarf nicht ohne weiteres umkehrbar ist, ergibt sich für die Banken die Notwendigkeit, sich anderwärts diese liquiden Mittel zu beschaffen, eben sich zu refinanzieren.

2. Abgrenzung des Kreises der Kreditinstitute, die die Refinanzierung nötig haben

Es wurde betont, dass man das Wort Refinanzierung dem Wortsinne entsprechend nur auf die oben umschriebene Tätigkeit der Banken anwenden kann. Refinanzierung betreiben demgemäss nur Banken.

Legt man den Begriff sehr weit aus, so haben alle Banken die Möglichkeit zur Refinanzierung - sowohl die Notenbank wie auch die anderen Banken neben ihr. Nur richtet sich diese Refinanzierung dann auf verschiedene Objekte. Die Notenbank kann inländisches Geld selbst schaffen. Sie kann also höchstens Bedarf nach ausländischem Geld, nach Devisen, haben. Die Banken ausserhalb der Notenbank beschaffen sich Notenbankgeld, d.h. Stückgeld und Notenbankguthaben, weil wiederum sie diese nicht selbst schaffen können. Wir wollen die Refinanzierung aller Banken "Refinanzierung im weiteren Sinne" nennen.

Hier indes interessiert nur die Refinanzierung bezüglich Inlandsgeld. Sie ist bei allen Banken ausserhalb der Notenbank gegeben und wir wollen sie "Refinanzierung im engeren Sinne" nennen. Demgemäss sind aus unseren Untersuchungen die Notenbanken auszuschliessen.

3. Abgrenzung der Tatbestände, die als Refinanzierung bezeichnet werden sollen

Die oben gegebene vorläufige Erklärung des Vorgangs "Refinanzierung" als "Finanzierung von Geschäften ohne Veräusserung geschäftswertvoller Aktiva aus eigener Initiative" ist sehr weit gefasst und umfasst sowohl kurzfristige wie auch langfristig aufgenommene Kredite. Einmal Kredite, die dem Zwecke der Liquidisierung dienen, zum anderen solche, die von vornherein nur zum Zwecke der Wiederausleihe in Anspruch genommen wurden. Als Beispiel kann

hier die Hereinnahme von Krediten seitens der Hypothekenbanken dienen, die durch die Ausgabe von Pfandbriefen, also Kreditnahme bei den Pfandbriefzeichnern durchgeführt wird.

Wir wollen diese letzteren Kredite hier unberücksichtigt lassen, da sie mit der landläufigen Vorstellung der Refinanzierung nicht getroffen werden. Uns geht es lediglich um die Kreditnahme, die zum Zwecke einer kurzfristigen Liquidisierung gewisser Kreditinstitute erfolgt.

Wir wollen demgemäss zwischen *l a n g f r i s t i g e r* und *k u r z f r i s t i g e r* Refinanzierung unterscheiden und den letzteren Begriff in dieser Arbeit verwenden.

Drei Tatbestände sind es, die unter dieser Voraussetzung als Refinanzierung bezeichnet werden können:

1. die Rediskontierung von Wechseln durch die Notenbank,
2. die Lombardierung von Wertpapieren durch sie und
3. der Ankauf von Wertpapieren durch sie, soweit dieser für die verkaufenden Kreditinstitute mit einer Rücknahmeverpflichtung verbunden ist.

Gemeinsam ist all diesen Vorgängen, dass nach Durchführung der Refinanzierung den betreffenden Kreditinstituten aus dem abgewickelten Geschäft noch gewisse Verpflichtungen bzw. Rechte bleiben. Beim Rediskontgeschäft ist dies die Eventualverbindlichkeit, für die Nichteinlösung eintreten zu müssen, beim Lombardgeschäft das Recht, die Papiere zurückverlangen zu können, falls der Pflicht auf Rückzahlung des Kreditbetrages entsprochen wurde. Schliesslich besteht beim Verkauf von Wertpapieren mit Rücknahmeverpflichtung der Zwang für das verkaufende Kreditinstitut, das Papier beim Vorliegen gewisser Voraussetzungen zu einem festgelegten Preis zurückzunehmen.

Man ist versucht, diesen drei Tatbeständen als weiteren Refinanzierungsakt den Verkauf von Wertpapieren (z.B. den sogen. "Mobilisierungspapieren") durch die Kreditinstitute an die Notenbank, bei dem keine Rücknahmeverpflichtung vereinbart ist, an die Seite zu stellen. Die Tatsache, dass bei der in der Bundesrepublik herrschenden Praxis in erster Linie die Kreditinstitute den Umfang dieses Geschäftes bestimmten und die Notenbank lediglich indirekt durch Festsetzung der Abgabesätze und Bestimmung des Aufschlages für den Rückkauf eine Einwirkungsmöglichkeit hat, spricht da-

für.¹⁾ Es handelt sich aber hier wesensmässig um etwas anderes als bei den vorgenannten drei Refinanzierungsarten. Während es sich bei Rediskont, Lombard und Verkauf von Wertpapieren mit Rücknahmeverpflichtung an die Notenbank um echte Kreditnahmen der Kreditinstitute bei der Notenbank handelt, ist der Zustrom auf Grund von Wertpapierverkäufen an die Notenbank schlechthin eine Folge der **V e r ä u s s e r u n g** von Aktiven. Dies soll aber laut Definition nicht unter den Begriff der Refinanzierung fallen. Andererseits ist auch eine Ausscheidung des Umfangs der Wertpapiere, die auf Initiative von Geschäftsbanken an die Notenbank verkauft wurden, wegen der Beschaffenheit des vorliegenden statistischen Materials nicht möglich. Die gleichen Feststellungen gelten für den auf die Initiative der Kreditinstitute zurückgehenden Verkauf von Devisen an die Notenbank und die auf Grund dieses Vorganges zuströmenden liquiden Mittel. Der Verkauf von Wertpapieren und Devisen an die Notenbank durch die Kreditinstitute soll daher nicht als Refinanzierungsvorgang angesehen werden; wir wollen uns vielmehr auf die genannten drei Tatbestände beschränken.²⁾

4. Abgrenzung des Kreises der Kreditinstitute, deren Refinanzierung die Betrachtung umschliessen soll

Die mit Refinanzierung bezeichnete Geldaufnahme einer einzelnen Bank kann überall erfolgen, also bei der Notenbank oder bei anderen gleichgeordneten Banken. All dies macht die Refinanzierung dieser einzelnen Bank aus. Wir wollen sie **i n d i v i d u e l l e** Refinanzierung nennen.

Betrachtet man alle Banken ausserhalb der Notenbank als Gesamtheit, gleichsam als eine einzige Bank, so kompensieren sich die von Bank an Bank gewährten kurzfristigen Kredite mit den von Ban-

1)"An dem Prinzip, Geldmarktpapiere je nach dem Bedarf des Marktes abzugeben und zu den jeweils geltenden Konditionen wieder her einzunehmen, hat die Bank festgehalten. Im Gegensatz zu der in manchen anderen Ländern herrschenden Praxis überlässt die Bank die Initiative bei den Offenmarktgeschäften also weitgehend dem Markt. Indirekt nimmt sie aber auch auf das Volumen der Operationen einen fühlbaren Einfluss durch die Höhe der (flexiblen) Sätze, zu denen sie Geldmarktpapiere abgibt und - mit einem variablen Aufschlag, dessen Höhe sich nach der jeweiligen Marktlage und nach dem Typ der Papiere richtet - wieder hereinnimmt." Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank f.d. Jahr 1957, S.42 f.

2)Vgl. den Abschnitt: "Die Notenbankgeldzirkulation zwischen Notenbank und Geschäftsbanken"!

ken bei anderen Banken aufgenommenen kurzfristigen Geldern. Es bleibt als Grösse der Refinanzierung dann nur die Geldbeschaffung dieses Bankenkomplexes bei der Notenbank. Wir wollen diesen Begriff *generelle* Refinanzierung nennen.¹⁾²⁾

Selbstverständlich ist die generelle Refinanzierung ihrer Grösse nach immer geringer als die Summe aller individuellen Refinanzierungsbeträge. Dies ist eine Folge der geschilderten Kompensation von Krediten und Einlagen.

Wir unterscheiden demnach zwei verschieden weit gefasste Begriffe der kurzfristigen Refinanzierung im engeren Sinn, die dadurch gekennzeichnet sind, dass sie entweder einer Einzelbank oder der Gesamtheit aller Einzelbanken ausserhalb der Notenbank zugeordnet sind. Wir werden uns hier nur der Untersuchung des letzteren Begriffes widmen können, da eine Beschaffung statistischen Materials für die Bestimmungsgründe des ersteren auf unüberwindliche Schwierigkeiten stösst. Zum anderen ist offensichtlich der letztere wirtschaftspolitisch wesentlich interessanter, denn er lässt direkt erkennen, in welchem Masse den Banken neue Mittel zufließen, die zur Grundlage der Geldschöpfung werden können. Aus ersterem geht nur hervor, welche Beträge bei solchen Wirtschaftssubjekten refinanziert wurden, die Notenbankgeld zur Verfügung stellen wollen. Ob dabei diese Mittel neu in die Wirtschaft einströmen oder schon vorhanden sind und nur anderen Verwendungen entzogen werden, ist nicht zu erkennen.

5. Der Begriff "Geschäftsbanken"

Ob die Benutzung des soeben für die folgende Untersuchung als massgebend festgesetzten Begriffes der Refinanzierung zweckmässig ist, ergibt sich aus der Klärung des Begriffes "Geschäftsbanken".

Unter Geschäftsbanken sollen hier, insbesondere bei der statistischen Untersuchung, *alle* Kreditinstitute ausserhalb der Noten-

-
- 1) Dies versteht die Bank deutscher Länder unter "Refinanzierung". Vgl. Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Dez. 1954, S. 15.
 - 2) "Die häufigste Anwendung findet der Begriff der Refinanzierung heute aber als Refinanzierung in engerem Sinne durch das Zentralbanksystem. Die Zentralbank ist letzte Liquiditätsquelle; sie ist als Bank der Banken die Stelle, auf die zurückgegriffen werden kann, sobald und soweit sich die Kreditinstitute Geld verschaffen müssen, das heisst, soweit sie Geld brauchen (in der Regel in der Form von Guthaben bei der Zentralbank). ...Dieser Vorgang stellt die Refinanzierungdar." ZSchr.f.d.ges.Kred.-w., Jg. 1950, S. 19.

bank verstanden werden. Gemeinhin versteht man unter der Bezeichnung "Geschäftsbanken" nur die Banken, die Depositen hereinnehmen und für ihre Einleger verwalten.¹⁾ Unser Vorgehen umfasst jedoch auch die Institute, die sich vorzugsweise anderen Geschäftsarten widmen. Der Grund hierfür liegt in statistischen Schwierigkeiten. Wollte man dem üblichen Begriff folgen, so verlöre man sich bei der Abgrenzung von depositenführenden und nicht-depositenführenden Instituten in uferlose statistische Untersuchungen; eine solche ist auch schon wegen des gemeinsamen Vorkommens verschiedener Geschäftsarten bei ein- und demselben Institut von vornherein zum Scheitern verurteilt. Andererseits ist aber eine solche Trennung für unser eigentliches Problem, die Untersuchung der Refinanzierung, vollkommen bedeutungslos. Addiert man die statistischen Zahlen aller Banken ausserhalb der Notenbank gemäss dem oben festgelegten Refinanzierungsbegriff, um die Gesamtgrösse der Refinanzierung zu erhalten, dann ergibt sich gleichwohl nur die Refinanzierung der "Geschäftsbanken" im hergebrachten Sinn. Das hat seinen Grund darin, dass sich eben bei anderen Banken ausserhalb der Notenbank keine kurzfristige Refinanzierung ergibt, da bei ihnen die Voraussetzungen zu ihrem Zustandekommen naturgemäss nicht gegeben sind. Es entsteht daher kein Fehler, wenn man für die Berechnung der Refinanzierung der Geschäftsbanken und ihrer Ursachen die Zahlen aller Kreditinstitute ausserhalb der Notenbank heranzieht.

6. Der Begriff der Refinanzierung

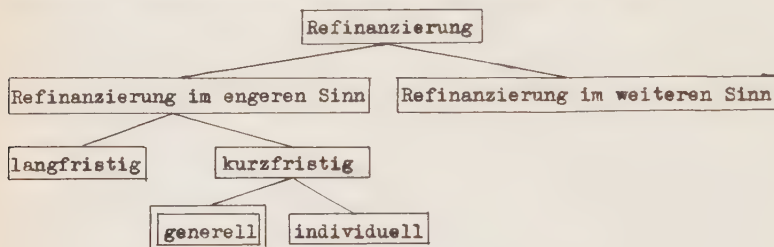
Zusammenfassend sollen nun noch einmal die Merkmale des Refinanzierungsbegriffes herausgestellt werden.

Wir sprechen von Refinanzierung, wenn Banken aus eigener Initiative durch Rediskont von Wechseln, Lombardierung und Verkauf von Wertpapieren mit Rücknahmeverpflichtung an die Notenbank Gelder, die sie nicht selbst schaffen können, zur Finanzierung ihrer Geschäfte aufnehmen.

Je nachdem, ob es sich um alle Banken oder nur um die Banken ausserhalb der Notenbank handelt, wollen wir zwischen Refinanzierung im

1) "...die depositenführenden Banken, die wir einem inzwischen eingebürgerten Brauch folgend als "Geschäftsbanken" bezeichnen wollen." Leonhard Gleske: Die Liquidität in der Kreditwirtschaft, Frankfurt 1954, S.6.

weiteren Sinne und Refinanzierung im engeren Sinne unterscheiden. Die Refinanzierung im engeren Sinne umfasst die langfristige und die kurzfristige Kreditnahme. Beide können wieder verschieden betrachtet werden: entweder als Gesamtrefinanzierung des Geschäftsbankensektors oder als Refinanzierung der Einzelbank. Wir wollen dann von generellem und individuellem Refinanzieren sprechen. Der vorliegenden Arbeit liegt die Untersuchung der generellen kurzfristigen Refinanzierung im engeren Sinne zugrunde.



II. Die Höhe der Refinanzierung in der Bundesrepublik

Wir haben den im vorangehenden erarbeiteten Begriff nun auf die westdeutsche Wirklichkeit anzuwenden. Dabei ist zunächst zu klären, welche Banken zu dem Kreis der Kreditinstitute ausserhalb der Notenbank gehören. Es ist statistisch zweckmässig und - wie oben herausgestellt - für die Grösse der Refinanzierung unerheblich, alle Banken ausserhalb der Notenbank, d.h. bei uns ausserhalb des Zentralbanksystems bzw. der Deutschen Bundesbank, dazuzurechnen. Neben der Bank deutscher Länder und Banken ohne Notenbankcharakter gab es bis 1. August 1957 in der Bundesrepublik die Landeszentralbanken als rechtlich selbständige Institute. Auch sie hatten einen Bedarf nach Notenbankgeld. Sie waren jedoch in der Geschäftsabwicklung so eng mit der Bank deutscher Länder verbunden, dass man bei ihnen von einer Refinanzierung in unserem Sinn nicht sprechen kann. Wir betrachten sie daher mit der Bank deutscher Länder zusammen als Einheit und bezeichnen diese als Zentralbanksystem. Seit dem 1. August 1957 bildet die ehemalige Bank deutscher Länder mit den Landeszentralbanken ohnehin auch rechtlich eine Einheit, die Deutsche Bundesbank.

Für die Zusammenstellung der Höhe der Refinanzierung kommen in der Bundesrepublik die Rediskontierung von Wechseln, die Lombardierung

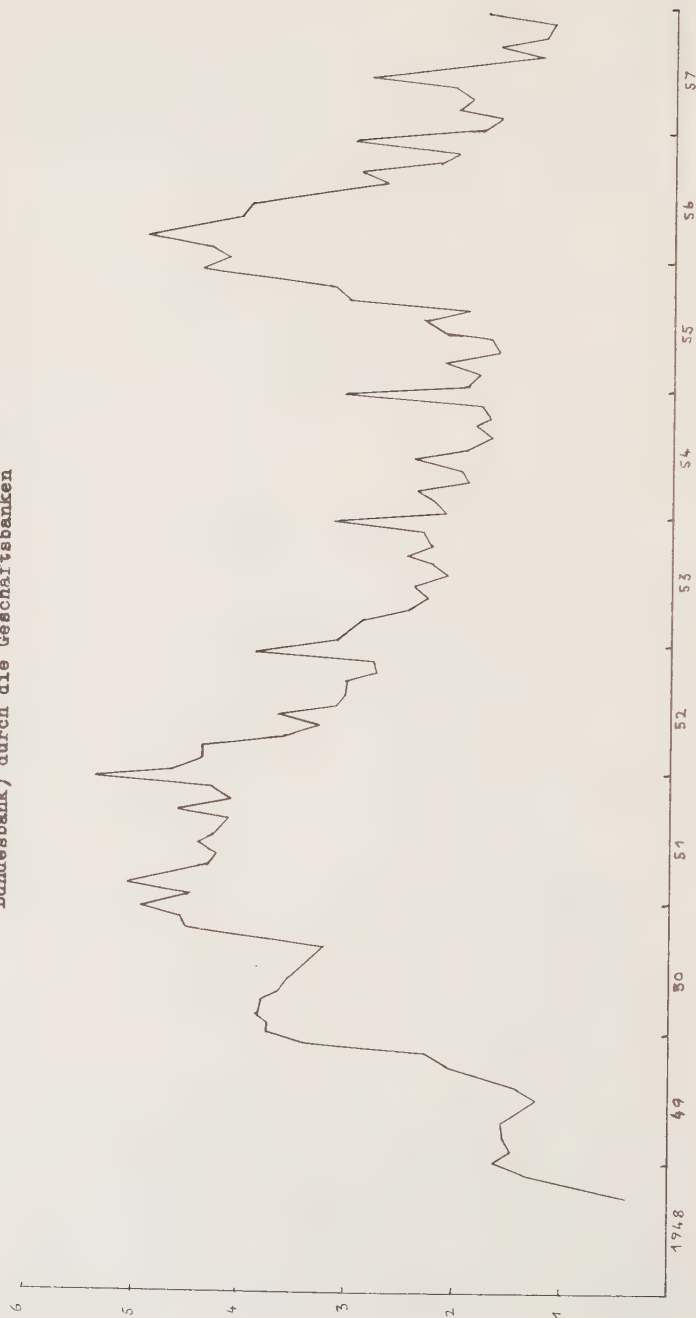
von Wertpapieren und der Ankauf von Ausgleichsforderungen durch das Zentralbanksystem bzw. die Deutsche Bundesbank in Betracht. Wir rechnen diesen Verkauf von Ausgleichsforderungen durch die Geschäftsbanken zur Refinanzierung, weil er gesetzlich mit einer Rücknahmeverpflichtung für die betreffenden Institute unter gewissen Umständen verbunden ist.¹⁾

1) In besonderen Fällen besteht die Möglichkeit, dass die Geschäftsbanken an die Landeszentralbanken Ausgleichsforderungen verkaufen.

Bei diesen Ausgleichsforderungen handelt es sich um Staatsschuldtitel, die bei der Währungsreform den Geldinstituten, Versicherungen und Bausparkassen als Ersatz ihrer entwerteten Aktiva zugeteilt wurden. Sie stellen eine Belastung der Haushalte der Länder und des Bundes dar. Allerdings müssen diese Ausgleichsforderungen zurückgekauft werden, sobald die Umstände, die die Schwierigkeiten der betreffenden Bank verursacht haben, wieder wegfallen.

Mrd.
DM

Die Inanspruchnahme des Refinanzierungskredits des Zentralbanksystems (der Deutschen Bundesbank) durch die Geschäftsbanken



B) Der Refinanzierungsbedarf

I. Der Begriff "Refinanzierungsbedarf"

Refinanzierungsbedarf ist der Bedarf, sich zu refinanzieren, d.h. sich im Wege des Rediskonts etc. von der Notenbank liquide Mittel zu beschaffen.

Zur Ausdeutung des in dieser Definition gebrauchten Wortes "Bedarf" gilt es folgendes festzustellen. Aus der Absicht der betreffenden Bank heraus, liquide zu bleiben, besteht bei ihr der Wunsch nach Erreichung dieses Zieles und damit ein Bedürfnis nach einem knappen Mittel (nämlich Notenbankgeld), diesen Zustand zu erreichen. "Die Gesamtheit der zur Erreichung der Zwecke als notwendig erkannten Mittel nennen wir den Bedarf."¹⁾ Hier wäre dies der Gesamtbetrag an Notenbankgeld, der für notwendig erachtet wird und im Rahmen der Refinanzierung beschafft werden soll. Ob nun im einzelnen der gesamte Bedarf zur Nachfrage wird und ob diese Nachfrage im einzelnen auch gedeckt wird - dies alles lässt sich zahlenmässig nicht feststellen. Den einzigen Anhaltspunkt für eine Untersuchung des Refinanzierungsbedarfes gibt uns die Veränderung der Refinanzierung in einer bestimmten Zeitperiode.

Wenn zu einem bestimmten Zeitpunkt alle Refinanzierungswünsche einer Bank befriedigt sind, dann hat ihre Refinanzierung eine bestimmte Höhe H erreicht, ihr nummehriger Bedarf nach Refinanzierung ist jedoch auf 0 gesunken, da zur Aufrechterhaltung ihrer Liquidität nichts mehr getan werden muss, falls nicht neue Umstände eintreten, die dies erfordern. Ist letzteres der Fall, so dass bei der Bank wieder ein Bedürfnis nach Refinanzierung in einer gewissen Höhe erscheint, dann wird sie dem durch Erhöhung ihrer Refinanzierung abzu- helfen suchen, d.h. dass dann zu der vorhandenen Menge an refinanzier- ten Mitteln neue hinzukommen, dass sich die Höhe der Refinanzierung steigert. Einer solchen Steigerung der Refinanzierung muss ein gewis- ses Bedürfnis, der sogen. Refinanzierungsbedarf zugrunde liegen. Der Bedarf nach Refinanzierung kann demnach nur gemessen werden, wenn er wirklich gedeckt wird. Bleibt er unbefriedigt, so ist seine Messung unmöglich. Er ist dann eine rein fiktive Grösse, die nur in den Köp- fen der mit der Refinanzierung betrauten Bankleute Form gewinnt, sich aber zahlenmässig nicht festlegen lässt.

1) v. Zwiedineck-Südenhorst: Allgemeine Volkswirtschaftslehre, Berlin 1948, S.33.

Nehmen wir an, das Bedürfnis nach Refinanzierung habe bei einer Bank die Höhe von 5 Mio DM gehabt, wovon 2,4 Mio DM tatsächlich refinanziert wurden. Dann muss die Bank dafür sorgen, dass die restlichen 2,6 Mio DM in ihrer liquiditätsverknappenden Wirkung verschwinden. Sie kann dies tun, indem sie die für dieses Bedürfnis ursächlichen Fakten zu beeinflussen sucht. Es bleibt dann letzten Endes nur das Bedürfnis nach 2,4 Mio DM als für die Refinanzierung massgebend übrig. Die Messung des Refinanzierungsbedarfes kann demzufolge nur anhand der Höhe der Refinanzierung gemessen werden.

Wir definieren daher den Begriff "Refinanzierungsbedarf" als Veränderung der tatsächlichen Refinanzierung, wobei unter Refinanzierung das oben Geklärte verstanden werden soll.

Nachdem das Mass der Kreditnahme der Geschäftsbanken bei der Notenbank auch zurückgehen kann, ist es verständlich, dass der Refinanzierungsbedarf, wie er eben definiert wurde, auch negativ werden kann. Man kann dann eigentlich nicht mehr von einem Refinanzierungsbedarf im Wortsinn sprechen. Besser gebrauchte man in diesem Zusammenhang die Bezeichnung "Refinanzierungsüberschuss".

II. Die Abhängigkeit der Höhe des Refinanzierungsbedarfs von der Länge der betrachteten Zeitperiode

Beim Refinanzierungsbedarf wird die Länge der betrachteten Zeitperiode, für die er gemessen werden soll, bedeutungsvoll. Wir können dies am besten an einem Beispiel veranschaulichen.

Eine Bank hat in der Periode I auf Grund gewisser geschäftlicher Vorkommnisse einen Bedarf nach Notenbankgeld, das sie sich im Wege der Refinanzierung beschaffen will, in Höhe von 10 000.- DM. In Periode II hat sie dagegen 4 000.- DM überschüssige Bestände an Notenbankgeld. Wie hoch nun der Refinanzierungsbedarf ist, ist eine Sache der Betrachtungsweise. Betrachtet man beide Perioden für sich gesondert, so ergeben sich die folgenden Refinanzierungsbedarfe:

Periode I : + 10 000.- DM

Periode II: - 4 000.- DM.

(Das Minuszeichen bedeutet, dass ein Refinanzierungsüberschuss aufgetreten ist.)

Betrachtet man dagegen die Perioden I und II zusammen als eine Periode, so kompensieren sich Refinanzierungsbedarf und Refinanzierungsüberschuss und es bleibt als Refinanzierungsbedarf der Gesamtperiode 6 000.- DM.

Der Refinanzierungsbedarf ist also immer nur als das Ergebnis einer Zeitperiode aufzufassen und zwar als das durch Summation der verschiedenen Einflüsse erhaltene Ergebnis. Es ist von Bedeutung, welche Zeitspannen man bei der Untersuchung für die einzelnen Perioden ansetzt. Wir wollen unsere Definition deshalb präzisieren: Refinanzierungsbedarf ist die Veränderung der tatsächlichen Refinanzierung, erhalten durch die Summation der verschiedenen Einflüsse über eine bestimmte Zeitperiode hinweg.

III. Die Höhe des Refinanzierungsbedarfes in der Bundesrepublik

1. Allgemeines

Gemäss der oben herausgearbeiteten Definition halten wir uns bei der statistischen Ermittlung des Refinanzierungsbedarfes an die Veränderung in der Höhe der Refinanzierung. Dazu lassen sich also alle Zahlen verwenden, die bereits für die Refinanzierung ermittelt wurden. Bezüglich der Länge der betrachteten Perioden haben wir folgende Festsetzung getroffen: für die Einzelbetrachtung werden Monatsendstände miteinander verglichen, bei zusammenfassenden Betrachtungen werden Jahresendstände bzw. Durchschnitte der 12 Jahresmonate verwendet.

2. Die Höhe des Refinanzierungsbedarfes in der Bundesrepublik

Bei der Bearbeitung des vorliegenden Zahlenmaterials lassen sich zwei verschiedene Veränderungen der Refinanzierung und damit des zugrundeliegenden Refinanzierungsbedarfs nebeneinander feststellen: einmal alljährlich ziemlich regelmässig wiederkehrende Schwankungen, zum anderen eine in längeren Zeitabschnitten auf- und abschwankende trendmässige Bewegung.

Beim Vergleich der einzelnen Jahresabläufe treten gewisse Gleichmässigkeiten hervor. Zwar ist dies in den Jahren 1948 - 50 noch nicht der Fall, musste sich doch der Bankensektor in dieser Zeit erst auf die neue Währung und die mit ihr gegebenen neuen Verhältnisse einstellen. Die folgenden Jahre zeigen im Jahresablauf jedoch immer deutlicher hervortretende Eigenarten in der Höhe des Refinanzierungsbedarfes.

1. Es findet sich jeweils von Ende Januar bis Ende März, von Ende April - Ende Juni, von Ende Juli - Ende September und von Ende Oktober - Ende Dezember ein Ansteigen des Refinanzierungsbedarfs.
2. Wenn einmal diese Steigerungstendenz nicht 2 Monate umfasst,

so umfasst sie jedoch immer die Zeiträume von Ende Februar - Ende März, von Ende Mai - Ende Juni, von Ende August - Ende September und von Ende November - Ende Dezember.

3. Diese Steigerungstendenz ist jeweils im Monat Dezember besonders gross.
4. In den Monaten Januar, April, Juli und Oktober findet sich regelmässig ein starkes Zurückgehen des Refinanzierungsbedarfes, meist sogar ein Umschlagen in sein Gegenteil.
5. Dieser Rückgang ist jeweils im Januar besonders stark.

Zu der langfristigen Entwicklung des Refinanzierungsbedarfes kann man folgendes sagen. Da die langfristige Entwicklung ziemlich unterschiedlich verlief, empfiehlt sich die Bildung von Zeitabschnitten:

1. Von der Währungsreform bis etwa Ende 1948.

Starkes Ansteigen der Refinanzierung, also grosser Refinanzierungsbedarf.

2. Bis Ende Juni 1949.

Geringfügiger Rückgang der Refinanzierung, damit geringe Refinanzierungsüberschüsse.

3. Bis etwa Februar 1950.

Grosse Refinanzierungsbedarfe, starkes Ansteigen der Refinanzierung.

4. Bis etwa August 1950.

Rückgang der Refinanzierung. Mässige Refinanzierungsüberschüsse.

5. Bis Februar 1951.

Grosse Refinanzierungsbedarfe, starkes Anwachsen der Refinanzierung.

6. Bis Januar 1952.

Hier glichen sich Refinanzierungsbedarfe und Refinanzierungsüberschüsse etwa aus, die Refinanzierung behielt mit Schwankungen ihre Höhe.

7. Bis Oktober 1954.

Grosse Refinanzierungsüberschüsse, starkes Absinken der Refinanzierung.

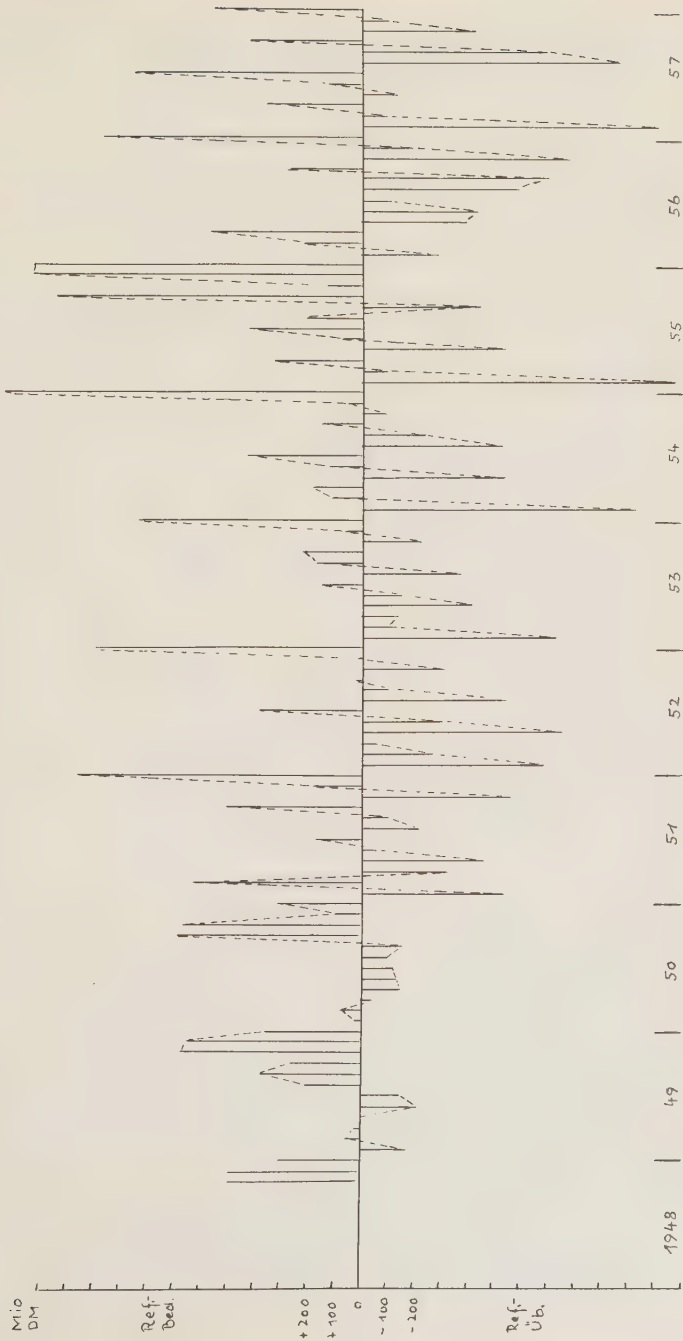
8. Bis August 1955.

Hier glichen sich Refinanzierungsbedarfe und Refinanzierungsüberschüsse wieder ungefähr aus, die Refinanzierung hält sich auf ihrer Höhe.

9. Bis März 1956.

Grosse Refinanzierungsbedarfe, Steigen der Refinanzierung.

Die Entwicklung des Refinanzierungsbedarfs der westdeutschen Geschäftsbanken



10. Bis Dezember 1957.

Grosse Refinanzierungsüberschüsse, Fallen der Refinanzierung.¹⁾

Für diese Veränderungen sollen nun die Bestimmungsgründe gesucht werden.

C) Die Bestimmungsfaktoren des Refinanzierungsbedarfs der Geschäftsbanken

I. Die formellen Bestimmungsfaktoren

Wir gehen von der oben gegebenen Definition des Refinanzierungsbedarfs aus: Refinanzierungsbedarf ist die Veränderung der tatsächlichen Refinanzierung in einer Zeitperiode oder: Refinanzierungsbedarf ist die Veränderung der tatsächlichen Beschaffung von Notenbankgeld auf dem Kreditwege bei der Notenbank. Dieser Bedarf ist die Folge eines Mangels an Notenbankgeld. Wie kann es nun, rein formal gesehen, zu einem solchen Bedarf kommen ?

Wir nehmen ein Wirtschaftssystem an, in dem es kein Stückgeld geben soll. Alle Zahlungen sollen nur durch die Übertragung von Bankdepositen erfolgen, und überdies soll diese Überschreibungen nur eine einzige Bank tätigen. Diese Bank kann nun offenbar immer ihren Verpflichtungen nachkommen, denn sie braucht nicht für eine etwaige Einlösung der Depositen in Stückgeld zu sorgen, das sie selbst nicht erzeugen kann. Da alle Zahlungen nur durch Überweisung von Konto zu Konto vor sich gehen, entsteht das Problem der Beschaffung von Notenbankgeld nicht und damit auch kein Refinanzierungsbedarf.

Ändern wir das Modell ab und nehmen an, dass neben den Depositen als Zahlungsmittel noch Stückgeld existiert ! Dann ändert sich an der soeben getroffenen Feststellung nichts, sofern die Bank dazu fähig ist, selbst dieses Stückgeld herzustellen und es in den Verkehr zu bringen. Sie kann dann praktisch ihren Refinanzierungsbedarf zu jeder Zeit und in jeder Höhe selbst decken. Ist die letztere Möglichkeit nicht gegeben, ist also die Berechtigung, Stückgeld herzustellen und in den Verkehr zu bringen, einer anderen, von der Bank unabhängigen Institution übertragen (wir nennen sie gemeinhin Notenbank), so können wir zunächst 6 Tatbestände erkennen, die auf den Bedarf der Bank an Stückgeld einwirken.

1. Von den Nichtbanken fließt Stückgeld in die Kassen der Geschäftsbank. Ihr Bedarf an Stückgeld wird gemindert, der Re-

1) Vgl. die Tabellen I und II im Anhang !

finanzierungsbedarf nimmt ab.

2. Von der Geschäftsbank fließt Stückgeld zu den Nichtbanken. Der Stückgeldbedarf der Geschäftsbank steigt, ihr Refinanzierungsbedarf nimmt zu.
3. Von der Geschäftsbank fließt Stückgeld zur Notenbank zurück. Der Stückgeldbedarf der Geschäftsbank steigt, ihr Refinanzierungsbedarf nimmt zu.
4. Von der Notenbank fließt Stückgeld in die Kassen der Geschäftsbank. Ihr Bedarf an Stückgeld wird gemindert, der Refinanzierungsbedarf nimmt ab.
- (5.) Von der Notenbank gelangt Stückgeld direkt in die Hände von Nichtbanken. Dieser Vorgang berührt die Geschäftsbank nicht, ihr Refinanzierungsbedarf bleibt unverändert.
- (6.) Von den Nichtbanken fließt Stückgeld direkt zu der Notenbank zurück. Auch dieser Vorgang berührt die Geschäftsbank nicht, ihr Refinanzierungsbedarf bleibt unverändert.

Nimmt man an, dass die Geschäftsbank auch noch für Reservezwecke Stückgeld in ihren Tresoren stilllegt, dann kommen noch folgende zwei Fälle hinzu:

7. Die Geschäftsbank legt Stückgeld still. Damit entsteht tendenziell ein Bedarf nach Stückgeld. Der Refinanzierungsbedarf erhöht sich.
8. Die Geschäftsbank löst Stückgeldreserven auf. Dann wird der Stückgeldbedarf gemindert und der Refinanzierungsbedarf fällt.¹⁾

Hinsichtlich der Notenbankguthaben kann man die folgenden Fälle unterscheiden:

9. Notenbankguthaben geht von Nichtbanken auf die Geschäftsbank über. Der Bedarf an Notenbankguthaben geht zurück, der Refinan-

1) Man darf nun nicht etwa einwenden: wenn die Bank ihre Reserve vergrößert, dann hat sie mehr Reserven und ihr Refinanzierungsbedarf muss demzufolge zurückgehen. Diese Argumentation übersieht, dass schon mit dem Akt des Aufbaus der Reserven tendenziell ein Refinanzierungsbedarf entsteht, der sich erst im Augenblick der Auflösung der Reserven in sein Gegenteil verwandelt. Wenn z.B. von der Notenbank Stückgeld zu der Geschäftsbank fließt, dann fällt deren Refinanzierungsbedarf. Damit ist bei der Geschäftsbank der Stückgeldbestand vorhanden. Der Entschluss nun, diesen Betrag zur Reserve zu machen, wirkt erhöhend auf den Refinanzierungsbedarf. Wird dieser Entschluss rückgängig gemacht, dann fällt er entsprechend. (Vgl. unten den Abschnitt über die Reserven !)

zierungsbedarf fällt.

10. Notenbankguthaben geht von der Geschäftsbank auf Nichtbanken über. Der Bedarf nach Notenbankguthaben steigt, der Refinanzierungsbedarf steigt.

11. Notenbankguthaben wird von der Geschäftsbank zur Erhöhung ihrer Reserven verwendet. Es entsteht ein Mangel an Notenbankguthaben, der Refinanzierungsbedarf steigt.

12. Die Geschäftsbank verkleinert ihre Reserve an Notenbankguthaben. Der Bedarf an Notenbankguthaben geht zurück, der Refinanzierungsbedarf fällt.

(13.) Die Nichtbanken erhalten direkt Notenbankguthaben. Dieser Vorgang berührt die Geschäftsbank nicht, ihr Refinanzierungsbedarf bleibt unverändert.

(14.) Notenbankguthaben von Nichtbanken erlöschen. Die Geschäftsbank wird nicht berührt, ihr Refinanzierungsbedarf bleibt unverändert.

15. Die Geschäftsbank erhält Notenbankguthaben direkt. Ihr Bedarf nach Notenbankguthaben geht zurück, der Refinanzierungsbedarf fällt.

16. Notenbankguthaben der Geschäftsbank erlischt. Damit steigt der Bedarf nach Notenbankguthaben, der Refinanzierungsbedarf steigt.

Die Aufzählung dieser Fälle könnte nun den Eindruck erwecken, dass z.B. mit dem Vorliegen des Falles 3 nun sofort auch ein Refinanzierungsbedarf auftritt und messbar ist. Dem ist aber nicht so. Vielmehr treten in einer Zeitperiode alle 16 Fälle nebeneinander- und zum Teil auch miteinander und voneinander abhängig auf. Erst ihre Summierung ergibt den messbaren Refinanzierungsbedarf dieser Periode. So zieht z.B. ein Abfluss von Notenbankgeld von der Geschäftsbank zu den Nichtbanken nicht nur den entsprechenden Refinanzierungsbedarf nach sich, er wird vielmehr gleichzeitig durch den dann freiwerdenden Reservebetrag vermindert. Es traten hier die Fälle 2) und 8) miteinander verbunden auf.¹⁾ Die einzelnen geschilderten Fälle sind also als

1) Beispiel: Nehmen wir an, dass den Nichtbanken z.B. 100.-DM Notenbankgeld auf Grund eines Einlagenabzuges von der Geschäftsbank zufließen. $p\%$ betrug der Satz der unterhaltenen Reserve. Zunächst entsteht durch den Fall 2) oder 10) ein Refinanzierungsbedarf in Höhe von 100.-DM, dann durch die Verminderung der notwendigen Reserve (Fall 8) bzw. 12)) ein Refinanzierungsüberschuss in Höhe von $100 \times p/100$. Beide kompensieren sich teilweise, so dass im Endergebnis der Geschäftsvorgang "Abhebung von 100.-DM Einlagen seitens der Nichtbanken bei der Geschäftsbank" eine Erhöhung des Refinanzierungsbedarfes um $100 - (100 \times p/100)$ hervorruft.

verändernde Momente aufzufassen, deren Zusammenwirken erst den wirklichen Refinanzierungsbedarf ergibt.

Bei diesem Hin- und Herströmen von Notenbankgeld zwischen Notenbank und Geschäftsbank bzw. zwischen Geschäftsbank und Nichtbanken ist es für die Höhe des Refinanzierungsbedarfes vollkommen gleichgültig, ob es auf Grund einer Kreditgewährung oder eines Einlagenabzuges bzw. einer Kreditrückzahlung oder einer Depositeneinlage erfolgt. Von Bedeutung ist nur, ob letztlich bei der Geschäftsbank Notenbankgeld per saldo ab- oder zufließt.

Wir finden bei diesem Modell erstmals das Auftreten eines Refinanzierungsbedarfes. Letzter Grund für sein Auftreten ist die Unfähigkeit der Geschäftsbank, Notenbankgeld zu erzeugen. Weiter ist der Refinanzierungsbedarf rein formal eine Funktion der oben angeführten 12 Geldströme. Ein Entzug von Notenbankgeld, sei es durch Nichtbanken oder die Notenbank oder durch eine Abzweigung für Reserven, erhöht den Refinanzierungsbedarf.

Denken wir uns nun in Abwandlung unseres vorigen Modelles das Vorhandensein von 2 Geschäftsbanken anstatt einer Universal-Geschäftsbank, dann treten zu den Notenbankgeldab- und -zuflüssen insgesamt keine neuen hinzu, es fluktuieren lediglich zusätzlich Gelder zwischen Geschäftsbank A und Geschäftsbank B. Dies ist zwar von Bedeutung, wenn man sich mit der Untersuchung des individuellen Refinanzierungsbedarfes befasst. Hier jedoch, wo es sich um den generellen Refinanzierungsbedarf handelt, ist es belanglos.

In einem zweistufigen Banksystem, d.h. also einem System mit Zentralbanken und einer übergeordneten Notenbank, bei dem die Zentralbanken rechtlich selbständige Institutionen darstellen, ändert sich an den getroffenen Feststellungen nichts, wenn dieses "Zentralbanksystem" den Geschäftsbanken als Einheit gegenübertritt, d.h. wenn die Geschäftsbanken nur mit den Zentralbanken in Verbindung stehen.

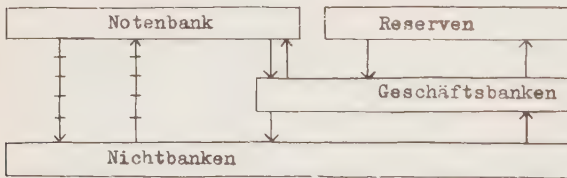
Fassen wir zusammen:

Das Auftreten eines Refinanzierungsbedarfes bei den Geschäftsbanken hat seinen Grund letzten Endes in der Organisation des Bankwesens und des Geldverkehrs. Wir sahen, dass er in dem ersten Modell nicht auftritt, weil dort die Möglichkeit zur Schaffung von Zahlungsmitteln bei der depositenführenden Bank selbst liegt, keine Notenbank existiert usw. Rein formal lässt sich über die Bestimmungsgründe eines solchen Refinanzierungsbedarfes (falls die institutionellen Voraussetzungen gegeben sind) folgendes sagen: Jeder Abfluss von

Notenbankgeld entweder zur Notenbank hin oder zu Nichtbanken oder auch in die Reserven führt zu einem Mangel an diesem und damit zu einem Refinanzierungsbedarf. Ein Zufluss baut die etwa schon vorhandene Refinanzierung ab und bildet somit das Gegenteil des Refinanzierungsbedarfes. 3 Geldströme sind die formellen Bestimmungsfaktoren des Refinanzierungsbedarfes der Geschäftsbanken:

1. Die Notenbankgeldzirkulation zwischen Nichtbanken und Geschäftsbanken;
2. die Notenbankgeldzirkulation zwischen Notenbank und Geschäftsbanken;
3. die Notenbankgeld"zirkulation" zwischen den Geschäftsbanken und ihren Reserven.

Unwirksam bleibt die direkte Zirkulation von Notenbankgeld zwischen Notenbank und Nichtbanken.



Inwieweit es im realen Fall dann zu einem tatsächlichen Zustandekommen eines Refinanzierungsbedarfes kommt, hängt von ökonomischen Faktoren ab, die den Bargeldbedarf der Nichtbanken, den Reservebedarf der Geschäftsbanken und die Zentralbankgeldströme ihrerseits bestimmen. Der Klärung dieser Frage dienen die folgenden Abschnitte.

II. Die materiellen Bestimmungsfaktoren des Refinanzierungsbedarfes

1. Begriffe und Festsetzungen

Unter **Geldvolumen** soll hier, wie allgemein üblich, die Summe der Sichteinlagen und des Stückgeldes ausserhalb der Geschäftsbanken verstanden werden. Geld in den Kassen der Geschäftsbanken fungiert nicht mehr als Geld und soll daher nicht zum Geldvolumen gehören.

Stückgeldumlauf soll lediglich die Summe der ausserhalb der Geschäftsbanken bei Nichtbanken zirkulierenden Stückgeldebeträge sein.

Unter **Barreserve** wollen wir die Bestände an Notenbankgeld

bei den Geschäftsbanken rechnen, die nicht zum Geldvolumen zählen. Es sind dies die Notenbankguthaben der Geschäftsbanken (also ihre Mindest- und etwa vorhandenen Überschussreserven) und die Bestände an Stückgeld, die die Geschäftsbanken zur Abwicklung ihres laufenden Geschäftsbetriebes in den Kassen halten.

M i n d e s t r e s e r v e ist ein möglicherweise vorgeschriebener fester Satz an Stückgeld oder Notenbankguthaben, der in einem gewissen Verhältnis zu den Einlagen bei den Geschäftsbanken auf Grund gesetzlicher Vorschriften unterhalten werden muss.

In Verbindung damit steht der Begriff der sogen. **Ü b e r s c h u s s r e s e r v e n**. Übersteigen die Bestände an Notenbankgeld (Stückgeld und Notenbankguthaben) die festgelegte Höhe der Mindestreserven, so nennen wir den Differenzbetrag eine Überschussreserve.

2. Die Notenbankgeldzirkulation zwischen Nichtbanken und Geschäftsbanken

Wegen der Grösse des Einflusses, den der Stückgeldumlauf auf den Refinanzierungsbedarf der Geschäftsbanken nimmt, soll die Notenbankgeldzirkulation zwischen Geschäftsbanken und Nichtbanken im folgenden getrennt werden in : a) Stückgeldzirkulation zwischen Geschäftsbanken und Nichtbanken und b) Zirkulation von Notenbankguthaben zwischen Geschäftsbanken und Nichtbanken.

a) Die Stückgeldzirkulation zwischen Nichtbanken und Geschäftsbanken (Der Stückgeldumlauf)

aa) Allgemeines

Wir hatten festgestellt, dass ein Stückgeldzufluss bei den Nichtbanken, d.h. eine Erhöhung des Stückgeldumlaufes den Refinanzierungsbedarf der Geschäftsbanken tendenziell erhöht und umgekehrt. Was steht nun hinter diesen Veränderungen ?

Die Grösse des Stückgeldumlaufes ist zunächst beeinflusst von dem Gesamtwert der Zahlungen, die die Wirtschaftssubjekte tätigen wollen.¹⁾ Nimmt man an, dass jeweils ein gleichbleibender Prozentsatz aller Zahlungen durch die Wirtschaftssubjekte in bar abgewickelt wird, so steigt der Stückgeldumlauf proportional mit dem Steigen des Gesamtbetrags der Zahlungen, sofern man unveränderte Umlaufgeschwindigkeit des Stückgeldes voraussetzt. Einen Masstab für diese Gesamtgrösse der Zahlungen gibt das Geldvolumen. Je grösser es wird, desto mehr steigt auch der Stückgeldumlauf, vorausgesetzt, dass die Gewohnheit, einen

1) Vgl. Stucken: Geld und Kredit, 2. Aufl., Tübingen 1957, S. 54 f.

bestimmten Prozentsatz in Stückgeld zu zahlen, sich nicht ändert und die Umlaufgeschwindigkeit des Stückgeldes gleichbleibt. Damit kommen wir zum zweiten Bestimmungsgrund, zu den Zahlungsgewohnheiten der Wirtschaftssubjekte, d.h. wie sie ihre Zahlungen auf die Stückgeld- und die Giralgeldsphäre verteilen. Wenn bei gleichbleibendem Gesamtumfang der Zahlungen durch eine Änderung der Zahlungsgewohnheiten mehr Zahlungen in bar abgewickelt werden als bisher, dann muss sich der Stückgeldumlauf gegenüber den Sichteinlagen ausweiten, wenn gleichbleibende Geschwindigkeit der Verfügung über das Stückgeld unterstellt wird. Einen Masstab hierfür bildet der sogen. "Barabhebungssatz", der als prozentualer Anteil der ausserhalb der Banken umlaufenden Stückgeldmenge an der Gesamtgeldmenge ermittelt werden kann. Seine Steigerung deutet auf ein Steigen der in Stückgeld abgewickelten Umsätze hin, falls die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes gleichbleibt.

Ein weiterer Bestimmungsgrund für die Höhe des Stückgeldumlaufes, der damit in Zusammenhang steht, ist in der Umlaufgeschwindigkeit des Stückgeldes zu suchen. Je schneller bei gleichbleibendem Umfang aller Zahlungen und gleichbleibender Verteilung der Zahlungen auf die Stück- und Giralgeldsphäre eingenommenes Stückgeld durch die Wirtschaftssubjekte verausgabt wird, umso geringer kann die zur Abwicklung der notwendigen Geschäfte benötigte Stückgeldmenge sein. Anders ausgedrückt: Wenn bei gleichbleibendem Geldvolumen die Umlaufgeschwindigkeit des Stückgeldes steigt (obgleich nach wie vor derselbe Prozentsatz Zahlungen in Stückgeld abgewickelt wird), dann kommt man mit weniger Stückgeld aus. Der Stückgeldumlauf geht dann gegenüber den Sichteinlagen bei Banken zurück und der Barabhebungssatz fällt.

Die Umlaufgeschwindigkeit richtet sich u.a. nach der Länge der Lohn- und Gehaltszahlungsperioden, so dass also bei deren Verkürzung eine Steigerung festzustellen sein müsste. Weiter richtet sie sich nach den Kassenhaltungsgewohnheiten der Wirtschaftssubjekte. Grosse Stückgeldreserven in ihren Kassen bewirken einen Rückgang der Umlaufgeschwindigkeit und damit eine Tendenz zur Steigerung des Stückgeldanteils am Geldvolumen, denn durch die Stilllegung scheidet das Geld aus seiner Funktion aus und zur Abwicklung der anfallenden Umsätze müssen neue Stückgeldmengen in den Verkehr fliessen. Eine zahlenmässige Feststellung dieser Tatsachen stösst indes auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Es lässt sich höchstens angenähert auf die Gewohnheiten der

Wirtschaftssubjekte in dieser Hinsicht schliessen. Da man sich einerseits zur Feststellung der zahlenmässigen Wirkung der beiden letzten Faktoren auf den Stückgeldumlauf mit dem Barabhebungssatz zufrieden geben muss, dieser jedoch auf eine Veränderung beider Faktoren hindeuten kann, ist man zu einer etwas genaueren Analyse auf die Mitverwendung weiterer Anhaltspunkte angewiesen. Diese bieten sich einmal in der Höhe der Einzelhandelsumsätze (die zu ihrem grössten Teil in Stückgeld abgewickelt werden) und zum anderen in der Höhe der Lohn- und Gehaltssumme, denn auch Lohn- und Gehalt werden bei uns heute noch zu ihrem überwiegenden Teil in bar ausgezahlt. Ergibt sich beispielsweise bei einem gestiegenen Barabhebungssatz (der entweder Verlagerung der Zahlungen aus der Giralgeld- in die Stückgeldsphäre oder Verminderung der Umlaufgeschwindigkeit des Stückgeldes bedeuten kann) eine grössere prozentuale Steigerung des Stückgeldumlaufes als der Einzelhandelsumsätze, dann kann man auf eine Verringerung der Umlaufgeschwindigkeit des Stückgeldes schliessen. Entsprechend liegen die Verhältnisse bei der Lohnsumme.

bb) Der Stückgeldumlauf und seine Bestimmungsfaktoren in der Bundesrepublik von 1948 - 57

Bei der zahlenmässigen Feststellung des Stückgeldumlaufes ist zu beachten, dass von ihm die Kassenbestände der Kreditinstitute abzusetzen sind. Dies ist in der Tabelle III im Anhang geschehen. Hier ist auf eine Schwierigkeit hinzuweisen. Stückgeldbewegungen zwischen Zentralbanksystem und Nichtbanken direkt haben gemäss den oben getroffenen Feststellungen keine Einwirkung auf den Refinanzierungsbedarf der Geschäftsbanken. Wollte man also aus einer Steigerung des Stückgeldumlaufes auf eine tendenzielle Steigerung des Refinanzierungsbedarfes schliessen, dann müsste man die Geldmengen ausschalten, die den Nichtbanken von der Notenbank direkt zufließen, denn diese betreffen die Geschäftsbanken nicht und lassen daher deren Refinanzierungsbedarf zu hoch erscheinen. Diese Ausschaltung ist statistisch unmöglich, da entsprechende Zahlenangaben nicht vorliegen. Es lässt sich immerhin feststellen, dass diese Beträge nicht bedeutend sein können, da die Landeszentralbanken ihren Verkehr mit Nichtbanken hauptsächlich auf dem Überweisungsweg durchführen. Dieser Tatbestand hat übrigens aus dem im folgenden geschilderten Grund keine Bedeutung für das uns gestellte Problem. Der Sachverhalt lässt sich am besten wieder an einem Beispiel erkennen. Der Stückgeldumlauf ausserhalb der

Geschäftsbanken soll in einer Zeitperiode um 100 steigen. 70 sollen der Geschäftsbank abgefordert worden sein, 30 sollen die Nichtbanken vom Zentralbanksystem direkt erhalten haben. Dann ist nach obigem der Stückgeldumlauf gemäss dem statistischen Material um 100 gestiegen und damit auch der Refinanzierungsbedarf. Eigentlich jedoch ist der Refinanzierungsbedarf nur um 70 gestiegen. Dass er jetzt um 30 zu hoch angegeben wird, lässt sich statistisch nicht umgehen. Dafür erscheint jedoch die Wirkung des Pendants zu diesem Betrag 30 - nämlich die Kreditgewährung der Notenbank an die Nichtbanken bzw. das Schrumpfen der Einlagen von Nichtbanken bei der Notenbank - ebenfalls um 30 zu hoch, da wir von diesen durchweg annehmen wollen, dass sie den Refinanzierungsbedarf der Geschäftsbanken mindern. Eigentlich müssten auch hier davon die Fälle abgesetzt werden, in denen solche Kredite oder Teile davon seitens der Nichtbanken beim Zentralbanksystem in Stückgeld abgehoben werden. Denn diese haben auf den Refinanzierungsbedarf der Geschäftsbanken ebensowenig Einfluss. Letzteres ist aber statistisch gleichfalls unmöglich. Wir können uns also letzten Endes der Feststellung der Bank deutscher Länder anschliessen :

"Einen Zentralbankgeldzufluss bewirken im allgemeinen...Abnahme des

Rückgang des Stückgeld-
umlaufes im Januar ge-
genüber dem Vormonat²⁾

Jahr	in Mio DM	in %
1949	132	2
1950	154	2
1951	472	6
1952	106	1
1953	126	1
1954	305	3
1955	193	2
1956	344	2
1957	392	3

Noten- und Münzumlaufs....Einen Zentral-
bankgeldzufluss bewirken im allgemeinen...
Zunahme des Noten- und Münzumlaufs."¹⁾

Es ist nur zweckmässig bei der Suche nach
den Bestimmungsgründen des Stückgeldumlaufes
zunächst die saisonalen Veränderungen,
die regelmässig auftreten, vorwegzunehmen
und erst dann die Gesamtentwicklung zu be-
trachten.

Es hat sich im Laufe der Zeit eine ganz bestimmte Bewegung des Stückgeldumlaufes herausgebildet, die gewisse charakteristische, von Jahr zu Jahr gleiche Merkmale zeigt. Der Januar steht gewöhnlich im Zeichen eines starken Absinkens der im Verkehr befindlichen Stückgeldmenge. Grössere Einzahlungen bei den Kreditinstituten sind die Ursache. Einmal zahlen die Unternehmer die durch das Weihnachtsgeschäft nun nicht mehr benötigten Gelder und ihre erzielten Gewinne bei den Banken ein, zum anderen zahlen aber auch Nichtunternehmer häufig Geld

1) Statistisches Handbuch der Bank deutscher Länder, Frankfurt 1955, S. 282.

2) Quelle: Monatsberichte der BDL bzw. der DB, passim.

ein, das sie in Form von Gratifikationen etc. im Dezember erhalten haben. Der Januar ist so einer der besten Sparmonate und führt zu einem Anwachsen der liquiden Mittel der Geschäftsbanken auf Kosten des Stückgeldumlaufs, d.h. verringert ihren Refinanzierungsbedarf tendenziell. Der Rückgang des Stückgeldbedarfs der Wirtschaft wird durch ein Absinken der Einzelhandelsumsätze sowie der Lohnsumme, die wir oben als massgebende Bestimmungsgründe des Bargeldumlaufs herausgestellt hatten, gekennzeichnet. Immerhin ist hier die geschilderte Abhängigkeit nicht besonders eng, fallen doch z.B. die Einzelhandelsumsätze regelmässig viel stärker als der Stückgeldumlauf. Das gleiche ist bei der Lohnsumme festzustellen, die nunmehr keine Gratifikationen mehr enthält. Wir werden daher zu der Erklärung genötigt, dass in dieser Zeit die relativ reichlichere Stückgeldmenge eine geringere Umlaufgeschwindigkeit annimmt, weil man sich nun, nachdem die finanzielle Anspannung des Weihnachtsgeschäftes vorbei ist, wieder etwas grössere Kassenbestände zulegt. Darauf scheint auch das regelmässige Ansteigen des Barabhebungssatzes im Januar und Februar bei im übrigen fallendem Gesamtgeldvolumen hinzuweisen.¹⁾

Im folgenden steigt nun der Trend des Zahlungsmittelumlaufs von

Steigerung des Stückgeldumlaufs von Ende Januar - Ende Dezember (Mio DM) ²⁾	
Jahr	Betrag
1949	1222
1950	805
1951	1678
1952	1604
1953	1281
1954	1115
1955	1500
1956	1181
1957	1948

Februar bis Dezember eindeutig an und damit auch dessen Wirkung auf den Refinanzierungsbedarf. Die Zunahme der Beschäftigung im Laufe des Jahres und überhaupt die Wirtschaftsbelebung - hier ausgedrückt durch die Einzelhandelsumsätze - führen zu dieser Entwicklung.

Dem Trend überlagern sich verschiedene andere Bewegungen, wie die folgenden.

Im April steigt der durch den Zahlungsmittelumlauf bestimmte Teil des Refinanzierungsbedarfes regelmässig an und zwar tut er dies parallel zu dem Anwachsen des Bargeldbedarfs der Wirtschaft für das Ostergeschäft.

In den Sommermonaten vergrössert der Reiseverkehr und der mit ihm wachsende Bargeldbedarf der Wirtschaftssubjekte den Refinanzierungsbedarf. In gleicher Richtung wirkt der im Spätsommer und Frühherbst auftretende Anfall der Ernte, für die zur Finanzierung der Einlage-

1) Vgl. hierzu die Tabellen III - V im Anhang !

2) Quelle: Monatsberichte der BDL bzw. der DB, passim.

Steigerung des Bargeld-
umlaufs durch das Oster-
geschäft im Monat April
gegenüber dem Vormonat
(1956 im März, da Ostern
früher lag)

Jahr	Mio DM
1949	141
1950	144
1951	179
1952	109
1953	232
1954	244
1955	224
1956	696
1957	456

infolge des Weihnachtsgeschäftes erneut stark anzusteigen. Hierbei handelt es sich um den stärksten Anstieg des Zahlungsmittelumlaufes im ganzen Jahr. Zurückzuführen ist dieser Anstieg auf mehrere Gründe. Einmal werden zur Zahlung der Weihnachtsgratifikationen erhebliche Geldmittel benötigt, zum anderen häufen sich am Jahresende gewis-

se Zahlungen, die im Zusammenhang mit dem Jahresende stehen (Zinszahlungen, Versicherungsprämien usw.). Weiter kann man annehmen, dass ein Teil der Bankeinlagen abgehoben wird und konsumtiven Zwecken zufließt und damit den Zahlungsmittelumlauf und den Refinanzierungsbedarf der Geschäftsbanken tendenziell vergrößert. (Die Monatsendstände zeigen nicht das ganze Ausmass der Erhöhung des Zahlungsmittelumlaufs, die im Dezember eintritt, da gegen Ende Dezember schon wieder namhafte Beträge zu den Kreditinstituten zurückfliessen. Hieraus erklärt sich auch der Rückgang im Dezember der Jahre 1956 und 1957. In diesen Jahren war überdies bereits im November der Stückgeldumlauf stark gestiegen (Nov. 1956: 533 Mio DM, Nov. 1957: 338 Mio DM), so dass beim Vergleich im Dezember eine Abnahme festzustellen ist.)

Jahr	Mio DM
1949	+388
1950	+202
1951	+ 25
1952	+ 94
1953	+189
1954	+225
1955	+329
1956	-138
1957	-338

run und des Absatzes grössere Geldbeträge notwendig sind. Von Bedeutung ist hierbei, dass im Zuge dieser Entwicklung relativ viel Stückgeld in die Hände der ländlichen Bevölkerung gelangt, die im allgemeinen mehr Kasse hält als die übrige Bevölkerung, so dass man eine Tendenz zur Verlangsamung der Umlaufgeschwindigkeit annehmen kann. Im Laufe der folgenden Monate Oktober und November bildet sich der Bargeldbedarf für diesen Zweck zurück, um dann im Dezember

infolge des Weihnachtsgeschäftes erneut stark anzusteigen. Hierbei handelt es sich um den stärksten Anstieg des Zahlungsmittelumlaufes im ganzen Jahr. Zurückzuführen ist dieser Anstieg auf mehrere Gründe. Einmal werden zur Zahlung der Weihnachtsgratifikationen erhebliche Geldmittel benötigt, zum anderen häufen sich am Jahresende gewis-

1)2) Quelle: Monatsberichte der BDL bzw. der DB, passim.

Weihnachtsanstieg der Lohnsumme in der Industrie im Monat Dezember ₁ (gegenüber dem Vormonat)		
Jahr	Mio DM	%
1953	154	7,6
1954	157	6,8
1955	163	6,1
1956	141	4,7

Es muss nun eine Erklärung dafür gefunden werden, warum Einzelhandelsumsätze und Lohnsumme im Dezember soviel stärker wachsen als der Stückgeldumlauf.²⁾

Grossenteils ist der Unterschied nur scheinbar. Im Monatsdurchschnitt steigt

der Geldumlauf natürlich stärker. So betrug er im Monatsdurchschnitt Dezember 1956 973 Mio DM, während er nach den Monatsendständen berechnet sogar um 138 Mio DM abnahm. Im Jahre 1957 stieg er im Monatsdurchschnitt um ca. 1 Mrd DM, während der Monatsendstand um 338 Mio DM unter dem des Monats November lag.³⁾ Trotzdem bleibt eine Differenz. Es ist als ziemlich sicher anzunehmen, dass sich im Dezember die Umlaufgeschwindigkeit erhöht, denn die Weihnachtsgratifikationen werden meist schon vor dem Fest ausbezahlt und auch noch meist ausgegeben. Auch verkleinern die Geschäftsleute nach Möglichkeit ihre Kassenreserven, um die finanzielle Anspannung zu mildern. Weiter muss damit gerechnet werden, dass gesparte Stückgelddbeträge - insbesondere von der ländlichen Bevölkerung - in den Verkehr fliessen, wodurch inaktives Geld zu aktivem wird. Der statistisch erfasste Geldumlauf ändert sich dadurch nicht, wohl aber seine Umlaufgeschwindigkeit. Weiter mögen verstärkte Ratenkäufe im Dezember die Einzelhandelsumsätze zu hoch erscheinen lassen.

Betrachten wir nunmehr die Gesamtentwicklung über längere Zeit !

Der Stückgeldumlauf stieg von Anfang 1949 bis Ende 1957 von 6376 Mio DM um 10105 Mio DM auf 16481 Mio DM und entzog den Geschäftsbanken in diesem Ausmass Liquidität, d.h. vergrösserte deren Refinanzierungsbedarf tendenziell um diesen Betrag.⁴⁾ Dieser Anstieg verteilte sich ziemlich regelmässig über die betreffenden Jahre.

Eine solche Steigerung muss natürlich ihre Erklärung finden. Sie ging mit einer laufenden Belebung des Wirtschaftslebens einher, die in einem Ansteigen des Gesamtgeldumlaufes ihren Ausdruck fand. So stiegen

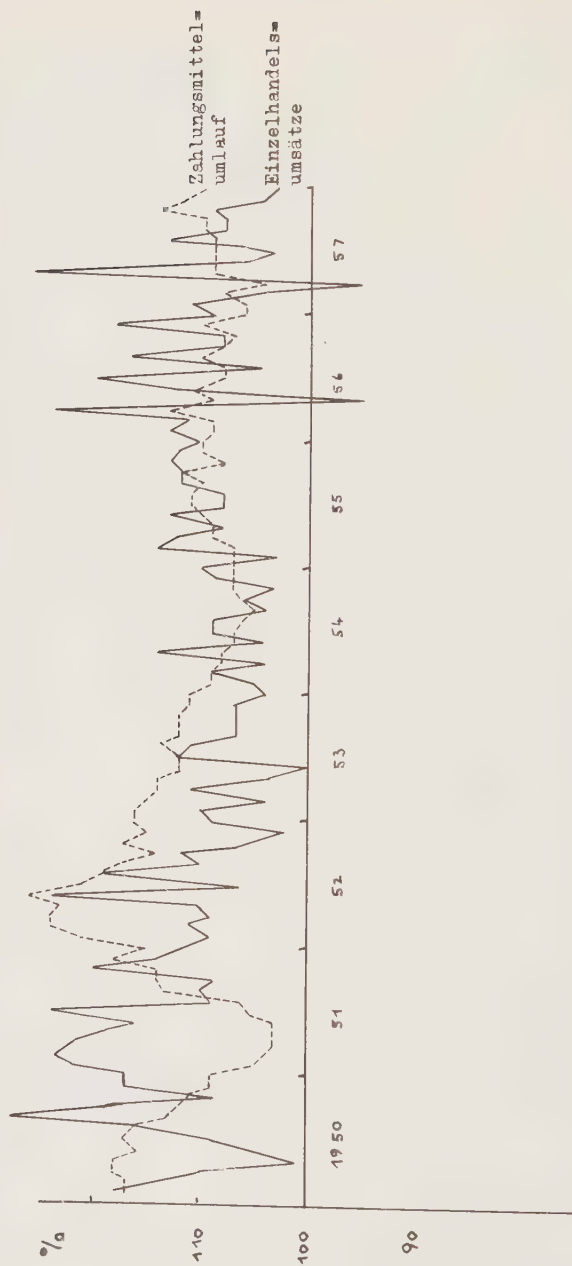
1) Quelle: Stat. Jahrbuch f.d. Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 1952 - 1957.

2) Vgl. Tabelle V im Anhang !

3) "... im Tagesdurchschnitt im Vergleich zum Vormonat (Nov. 1957, d.Verf.) auf nahezu 1 Mrd DM zu veranschlagende Zunahme des Bargeldumlaufs..." Monatsbericht der DB, Dezember 1957, S.3.

4) Vgl. Tabelle III im Anhang !

Einzelhandelsumsätze und Zahlungsmittelumlauf (in % des gleichen Monats des Vorjahres)



in Prozenten des Monatsdurchschnittsstandes von 1950 der Gesamtgeldumlauf bis Ende 1957 um 138 %, der Stückgeldumlauf um 112 %.¹⁾ Die erwähnte Belebung des Wirtschaftslebens zeigte sich in einem Steigen der Einzelhandelsumsätze und der Lohnsumme. Wir betonen dies, weil diese Grössen für die Entwicklung des Stückgeldumlaufes massgebend sind.²⁾ Von 1950 bis 1956 stiegen die Einzelhandelsumsätze im Monatsdurchschnitt um 69 %, die Lohnsumme um 106 %, während die Steigerung des Stückgeldumlaufes in diesem Zeitraum 87 % betrug. Die verbleibende Differenz könnte in einer Änderung der Umlaufgeschwindigkeit des Stückgeldes ihre Ursache haben. Der Barabhebungssatz weist in den Jahren 1951 und 1954 - 57 grössere Rückgänge und im Jahre 1952 einen merkbaren Anstieg auf. Insgesamt gesehen ist er nur schwach gesunken, so dass von einer durchgreifenden Änderung der Zahlungsgewohnheiten und Kassenhaltungsgewohnheiten nicht gesprochen werden kann. Lediglich in obigen drei Fällen ergaben sich geringfügige Änderungen. Für 1951 und 1954 - 57 könnte man evtl. eine geringe Steigerung der Umlaufgeschwindigkeit annehmen, die die Abwicklung der hier besonders stark gestiegenen Einzelhandelsumsätze möglich machte, für 1952 gilt das Umgekehrte.

Die Einzelentwicklung stellte sich wie folgt dar:

Durch die Währungsreform im Jahre 1948 wurde der Wirtschaft eine im Vergleich zu früheren Jahren sehr geringe Geldmenge zur Verfügung gestellt. Sie betrug Ende Juni 1948 etwa 6 Mrd DM einschliesslich der verfügbaren Bankeinlagen. Von Bedeutung war dabei, dass diese Geldbeträge in der Hauptsache Kopfbeträge und Erstaussstattungen der öffentlichen Hand, also grösstenteils Konsumentengeld darstellten. Die durch die vorangegangene Warenknappheit hervorgerufene Ausgabeneigung des Publikums und das zur gleichen Zeit relativ reichliche Warenangebot wirkten nun dahin, dass diese Gelder zum Markte drängten und dort rasch zirkulierten. Auch die öffentliche Hand war gezwungen, ihre Erstaussstattungen zunächst in grossem Massstab anzugreifen und zu verausgaben, da infolge der Steuerreform bei ihr wenig Gelder eingingen. Ungewöhnlich kurze Lohn- und Gehaltszahlungsfristen unterstützten noch die auf den Geldumlauf beschleunigend wirkenden Einflüsse. Für die relativ geringe Geldmenge kann man also mit Berechtigung eine

1) Vgl. Tabelle VI im Anhang !

2) "...die Einzelhandelsumsätze, die normalerweise der wichtigste Bestimmungsfaktor für den Bargeldbedarf des Verkehrs darstellen.." Monatsberichte der BDL, Jan./Febr. 1951, S.14.

verhältnismässig grosse Umlaufgeschwindigkeit annehmen.¹⁾

In der Periode von der Währungsreform bis zum Juli 1950 stieg das Volumen der Einzelhandelsumsätze in ziemlich enger Korrelation mit der Stückgeldmenge an, so dass in dieser Zeit die Einzelhandelsumsätze für den Bargeldbedarf der Wirtschaft hauptsächlich verantwortlich gemacht werden können. Die nächste Periode beginnt mit Ausbruch des Koreakonfliktes Ende Juni 1950. Man kann die starken Steigerungen der Einzelhandelsumsätze im Monat Juli mit 13 % nicht allein der Wirkung des Reiseverkehrs zuschreiben. In diesem Monat begannen sich die Auswirkungen des Koreakonfliktes bemerkbar zu machen. Während man bis zu diesem Zeitpunkt feststellen konnte, dass Konsumenten und Unternehmer gleichermaßen eine sehr geringe Ausgabeneigung zeigten, so sah man sich nun einer starken Kauf- und Eindeckungswelle gegenüber. Dies umsomehr, als zu der anfänglichen Angst vor der Ausdehnung des koreanischen Krieges sich noch die Verknappungserscheinungen auf dem Rohstoffsektor gesellten, nachdem sich auf den Weltrohstoffmärkten eine Hausse ungeahnten Ausmasses entwickelt hatte. Ein Stimulans für diese Entwicklung ergab sich weiter aus der Tatsache, dass in den Monaten, die dem Ausbruch der Krise vorangingen, die Konsumenten teilweise in Erwartung sinkender Preise die Anschaffung gewisser Güter aufgeschoben hatten und dass auch die Unternehmungen ihre Vorräte bewusst knapp gehalten hatten.²⁾ Immerhin ist gerade diese Zeit bis Juli 1950 nicht etwa, wie man annehmen sollte, von einem starken Anstieg des Bargeldumlaufes begleitet, sondern im Gegenteil von einem Stagnieren und dann leichten Zurückgehen. Es muss sich hier neben den Einzelhandelsumsätzen ein weiterer Faktor bemerkbar gemacht haben. Es kann sich dabei wohl nur darum handeln, dass die schlechten Erfahrungen aus 2 Kriegen die Bevölkerung veranlasste, alles Bargeld gegen Waren umzusetzen, so dass infolgedessen die Geldumlaufgeschwindigkeit stieg und somit die wesentlich grösseren Umsätze im Einzelhandel mit einer unverhältnismässig geringer gestiegenen Bargeldmenge bewältigt werden konnten. Weiter kann man annehmen, dass in dieser Zeit bar zahlende Kunden besonders bevorzugt beliefert wurden. Man suchte alle Reserven flüssig zu machen und baute dabei wohl auch die Kassenreserven

-
- 1) "Das vorhandene Geld zirkulierte infolgedessen rasch und kompensierte alle Schwierigkeiten, die sich sonst aus der an sich zu geringen Geldmenge ergeben hätten." Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für die Jahre 1948/49, S.4.
- 2) Vgl. Geschäftsbericht der BDL für das Jahr 1950, S.6.

ab. Unsere Auffassung wird durch die folgende Betrachtung unterstrichen: Der Umlauf an Stückgeld hatte in den Monaten Januar - Juli 1950 stets um ca. 15 - 18 % über dem entsprechenden Stand des Vorjahrs gelegen und änderte diesen Verlauf erst mit Ausbruch des Koreakonflikts, nach dem er jeweils weniger als im Vorjahr zunahm.¹⁾ Die Einzelhandelsumsätze, die sonst doch massgebend für den Verlauf des Stückgeldumlaufes sind, entwickelten sich in der entgegengesetzten Richtung. In den ersten sechs Monaten war die Zunahme der Einzelhandelsumsätze pro Monat gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat mit ca. 3 - 10 % immer geringer als die entsprechende Zunahme des Stückgeldumlaufes. Doch dann stieg sie plötzlich mit dem Ausbruch des Koreakonfliktes an und ging immer stärker über das Wachstum des Stückgeldumlaufes hinaus. Diese Entwicklung erreichte zunächst im August mit einer Steigerung von 22 % gegenüber dem August des Vorjahres einen Höhepunkt und fiel dann wieder, doch das Einsetzen des Weihnachtsgeschäftes und vor allem das Eingreifen Chinas in den Koreakonflikt führten zu einer weiteren Steigerung, die im Januar 1951 mit 34 % gegenüber dem Vorjahr ihren Höhepunkt erreichte. Die Steigerung des Stückgeldumlaufes war inzwischen auf 5 % gegenüber dem Vorjahr gefallen. Die Bank deutscher Länder schreibt dazu : "Diese auffallende divergierende Entwicklung von Bargeldumlauf und Einzelhandelsumsätzen lässt Rückschlüsse zu auf die Grössenordnung der Bargeldhorte, die durch die ungewöhnlicherweise bis in den Januar hinein andauernde starke Kaufneigung, die ihrerseits wieder durch Preissteigerungserwartungen sowie gewisse Befürchtungen über zukünftige Verknappungen und Bewirtschaftungsmassnahmen genährt wurde, zur Auflösung kamen. Es ist anzunehmen, dass diese für die Kaufwelle der letzten Monate verwandte Reserve nunmehr weitgehend erschöpft ist."²⁾ Mit anderen Worten: Nachdem die Steigerung des Bargeldumlaufs gegenüber dem Vorjahr laufend abgenommen hatte, die Steigerung der Einzelhandelsumsätze aber laufend zunahm, musste bisher stillliegendes Geld in den Kaufprozess eingegriffen haben und sich die Umlaufgeschwindigkeit des Bargeldes erhöht haben. "Aller Wahrscheinlichkeit nach beschleunigte sich also die 'Umlaufgeschwindigkeit' des Bargeldes, was, da sich die Zahlungstermine kaum veränderten, eben nur dadurch verursacht worden sein kann, dass bisher inaktive, nur zur 'Wertaufbewahrung' verwendete Zahlungsmittelbeträge in wach-

1) Vgl. die Zeichnung auf Seite 30 und die Tabelle V im Anhang I

2) Monatsberichte der BDL, Jan./Febr. 1951, S.14.

sendem Masse in die effektive Zirkulation eingingen. Auf Grund eines Vergleiches zwischen der Entwicklung der Einzelhandelsumsätze und der tatsächlichen Zunahme bzw. Abnahme des Bargeldumlaufes kann man diesen Einschuss.....auf mindestens $\frac{3}{4}$ Mrd DM beziffern."¹⁾ Wir bemerken, dass neben den Einzelhandelsumsätzen andere Bestimmungsfaktoren auf den Stückgeldumlauf einwirken und ihn verändern. Die Vermutung der Bank deutscher Länder, dass die Kaufwelle nun erschöpft sei, bestätigte sich. Schon im Monat Februar 1951 gingen die Einzelhandelsumsätze im Vergleich zum gleichen Monat des Vorjahrs wesentlich mehr zurück als der Stückgeldumlauf. "Dass im Februar 1951 dieser Prozess zum Stillstand kam,dürfte damit in Zusammenhang stehen, dass in diesem Zeitpunkt die Ausgabeneigung wieder nachzulassen begann und sich demgemäss die Umlaufgeschwindigkeit des Stückgeldes erneut verminderte."²⁾ Die Umlaufgeschwindigkeit begann also wieder abzunehmen, eine Entwicklung, die sich vermutlich weiter fortsetzte, was man daraus schliessen kann, dass sich in der Folgezeit ab August 1951 die Steigerungen der Einzelhandelsumsätze gegenüber dem Vorjahr jeweils unter denen des Stückgeldumlaufs halten. Diese Entwicklung wurde im Frühjahr 1951 eingeleitet, als an den internationalen Rohstoffmärkten eine fühlbare Entspannung eintrat, die sich in entsprechenden Preisrückgängen auswirkte, und als vor allem die Kreditrückführungsaktion des Zentralbanksystems es sichtbar machte, dass man gewillt war, die neue Währung zu stützen. Die Kaufneigung nahm in dem Masse ab, in dem das Vertrauen wuchs; ein Absinken der Geldumlaufgeschwindigkeit dürfte die Folge gewesen sein."³⁾ "Das zweite Halbjahr 1951 war dem gegenüber offensichtlich durch Normalisierung der Kassenhaltung - also durch wieder abnehmende Geldumlaufgeschwindigkeit gekennzeichnet, was sich besonders aus dem zur entsprechenden Vorjahresperiode überaus starken Anstieg des Bargeldumlaufs ergibt, der auch im ersten Vierteljahr 1952 noch anhielt."⁴⁾ In der nun folgenden Zeit stieg der Stückgeldumlauf stetig weiter an. Bis etwa Februar 1954 ist aber wiederum kein Zusammenhang mit den Einzelhandelsumsätzen feststellbar. Sie bleiben in ihrer Zunahme hinter der des Stückgeldumlaufs zurück. Die Entwicklung der soeben geschilderten Periode hatte sich in ihr

1) Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1950, S.7.

2) Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1951, S.10.

3) Vgl. Geschäftsbericht der BDL für das Jahr 1951, S.10.

4) Geschäftsbericht der BDL f.d.Jahr 1951, S.20.

Gegenteil gewandelt. Besonders im ersten Halbjahr 1952 hatte sich der Stückgeldumlauf gegenüber den Einzelhandelsumsätzen - die sogar zurückgingen - stark erhöht. Die Wiederauffüllung der Kassenreserven, auch vielleicht wieder zunehmende Hortungen führten dazu. Allerdings nahm dieser Unterschied ab 1953 merklich ab. Während noch im Jahr 1952 die monatliche Steigerung des Stückgeldumlaufes gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres angenähert 20 % betragen hatte, da nach Ansicht der Bank deutscher Länder "die Wiederauffüllung der Kassenreserven vermutlich zu einem verstärkten Anstieg geführt hatte"¹⁾, betrug sie im Jahr 1953 nur noch rund 14 % und schliesslich 1954 7 %. Auf diese Entwicklung hin deutet das laufende Steigen des Barabhebungssatzes in den Jahren 1951/52 und Anfang 1953. Mit der allmählichen Normalisierung der Lage nach dem Koreakonflikt kamen die Einzelhandelsumsätze als Bestimmungsfaktor des Stückgeldumlaufes wieder stärker zur Geltung. Etwa ab März 1954 zeigen sie enge Korrelation mit dem Stückgeldumlauf.²⁾ Da in dieser Zeit das Volumen der Einzelhandelsumsätze sowie die Lohnsumme laufend anstiegen, wurde zur Abwicklung eine laufend grössere Geldmenge benötigt. Hier liegt der Grund für den weiteren Anstieg.

Aus alledem ergibt sich, dass der Stückgeldumlauf von vielen wirtschaftlichen Vorgängen beeinflusst wird, die teilweise zahlenmässig nicht erfassbar sind. Immerhin bleibt festzuhalten, dass die Hauptbestimmungsfaktoren in normalen Zeiten die Einzelhandelsumsätze und die Lohnsumme sind, zu denen gelegentlich als weitere Änderungen der Zahlungsgewohnheiten, Kassenhaltungsgewohnheiten etc. kommen.

b) Die Zirkulation von Notenbankguthaben zwischen Geschäftsbanken und Nichtbanken

Nachdem bisher nur der Stückgeldteil des ersten (oben auf S. 22) für den Refinanzierungsbedarf der Geschäftsbanken als massgebend herausgestellten Geldstromes behandelt wurde, wenden wir uns nun der Zirkulation von Notenbankguthaben zwischen den Geschäftsbanken und Nichtbanken zu. Er führt in der Richtung Geschäftsbanken → Nichtbanken zu einem Ansteigen des Refinanzierungsbedarfes, in umgekehrter Richtung zu einem entsprechenden Sinken. Was steht hinter diesen Ab- und

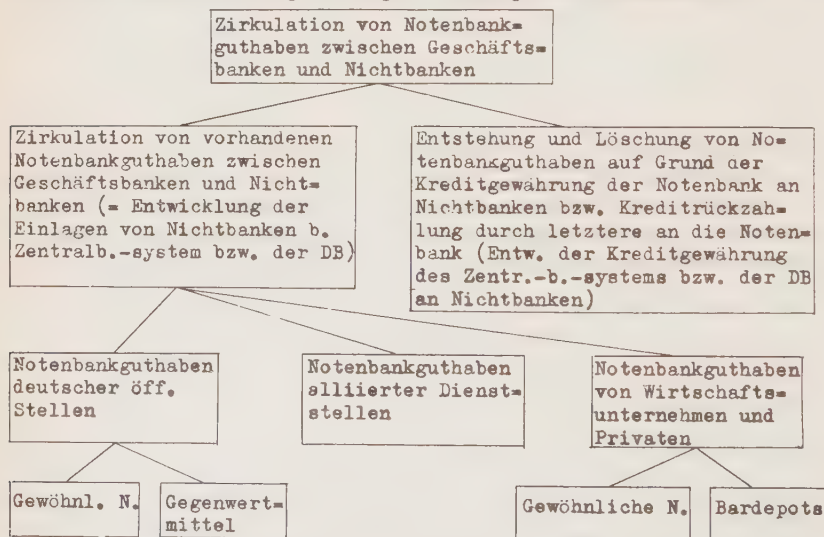
1) Geschäftsbericht der BDL für das Jahr 1953, S.42.

2) Für den Zusammenhang beider Reihen wurde der Korrelationskoeffizient für die letzte Zeitperiode errechnet. Bei Zugrundelegung von 40 Wertepaaren ergab er sich zu 0,51. Diese Korrelation ist bei der benutzten Anzahl von Werten als eng zu bezeichnen.

Zuflüssen von Notenbankguthaben ? Wir tun gut daran, diese Fluktuationen in mehrere Teile aufzugliedern. Zunächst wollen wir 2 Arten unterscheiden:

1. Fluktuationen, die durch den Übergang von vorhandenen Notenbankguthaben von Nichtbanken auf Geschäftsbanken und umgekehrt entstehen.
2. Fluktuationen, die durch Kreditgewährung der Notenbank an Nichtbanken zu einem Notenbankguthabenzufluss bei den Geschäftsbanken führen und deren Gegenteil.

Die ersteren Geldströme sollen dann weiter noch insofern unterteilt werden, als bei den Nichtbanken deutsche öffentliche Stellen, alliierte Dienststellen und Wirtschaftsunternehmen und Private unterschieden werden. Bei den deutschen öffentlichen Stellen werden wir die Erscheinung der sogen. "Gegenwertkonten", bei den Wirtschaftsunternehmen und Privaten die Erscheinung der sogen. "Bardepots" mitbehandeln.



aa) Die Entwicklung der Einlagen von Nichtbanken beim Zentralbanksystem bzw. der Deutschen Bundesbank

aaa) Die Entwicklung der Einlagen deutscher öffentlicher Stellen

Gewöhnliche Einlagen

Den wichtigsten Teil der Einlagen von Nichtbanken beim Zentralbanksystem bzw. der DB stellen die Einlagen der öffentlichen Körperschaften dar. Für sie gelten demnach auch die oben erarbeiteten Fälle so-

weit sie die Zentralbankeinlagen von Nichtbanken betreffen."Werdenöffentliche Einlagen vom Zentralbanksystem auf die Konten bei Geschäftsbanken übertragen, so verschafft das den betreffenden Banken Zentralbankgeld, wirkt also unter sonst gleichbleibenden Umständen liquiditätserhöhend."¹⁾ Ob diese Einlagen auf Konten der öffentlichen Hand bei den Geschäftsbanken oder auf solche von Privaten und Wirtschaftsunternehmen überwiesen werden, ist für die Liquidität und den damit verbundenen Refinanzierungsbedarf der Geschäftsbanken völlig gleichgültig. Der Refinanzierungsbedarf verringert sich bei einem solchen Vorgang unter sonst gleichbleibenden Umständen immer. Der umgekehrte Fall, dass Mittel von den Geschäftsbanken abgezogen werden und auf öffentliche Konten beim Zentralbanksystem bzw. der DB übertragen werden, hat die entgegengesetzten Konsequenzen. Die Liquidität der Geschäftsbanken wird beeinträchtigt, der Refinanzierungsbedarf steigt tendenziell, da ihnen in gleichem Masse Notenbankguthaben entzogen werden. Welche Folgen können sich ergeben, wenn die Voraussetzung "unter sonst gleichbleibenden Umständen" fallengelassen wird? Es lässt sich folgender Fall denken: Wenn die Zunahme von Einlagen der öffentlichen Hand beim Zentralbanksystem die Folge einer Kreditgewährung des Zentralbanksystems an die öffentliche Hand ist, so ist dies natürlich nicht mit einem Liquiditätsentzug für die Geschäftsbanken verbunden. Die notwendige Korrektur wurde in der Tabelle VII im Anhang durchgeführt. Daneben muss noch ein weiterer Korrekturposten als Ausgleich für die sogen. "Münzgutschrift" in Ansatz gebracht werden. Seit dem Übergang der Münzhoheit auf den Bund am 1. Juli 1950 wird diesem der Gegenwert der von der BDL bzw. der DB übernommenen Münzen gutgeschrieben. Das hat zur Folge, dass die Notenbankguthaben des Bundes steigen, ohne dass bei den Geschäftsbanken ein entsprechender Entzug von Notenbankguthaben eintritt. Damit trotzdem generell ein Steigen der Notenbankguthaben öffentlicher Stellen als den Refinanzierungsbedarf der Geschäftsbanken erhöhend angesehen werden kann, ist für die Münzgutschrift ein Gegenposten in Abzug zu bringen. Mit anderen Worten: diese Beträge haben auf den Refinanzierungsbedarf der Geschäftsbanken keine Wirkung und müssen daher bei der Untersuchung von den Einlagen der öffentlichen Stellen beim Zentralbanksystem bzw. der DB in Abzug gebracht werden. Lässt man die Steigerung der öff. Einlagen beim Zentralbanksystem bzw. der DB in voller Höhe für den Refinanzie-

1) Monatsberichte der BDL, März 1949, S.35.

rungsbedarf wirksam sein, so muss man, um die Wirkung dieser Münzgutschrift auszuschalten (die auf den Refinanzierungsbedarf ohne Einfluss ist), einen Berichtigungsposten ansetzen, der die Wirkung auf den Refinanzierungsbedarf wieder auf die richtige Höhe bringt. Die Korrektur wurde in Tabelle VII im Anhang durchgeführt. Würde man unter diesen einschränkenden Bedingungen die durch die Zentralbankausweise nachgewiesenen Einlagen der öffentlichen Hand als steigernd für den Refinanzierungsbedarf der Geschäftsbanken ansehen, so würde man sie zu niedrig ansetzen. Sie müssen wegen einer Eigentümlichkeit der westdeutschen Bankenorganisation nach oben hin ebenfalls korrigiert werden. Die Landeszentralbanken waren fiscal agents der Länder, die BDL war fiscal agent des Bundes. Heute nimmt die DB diese Aufgaben wahr. Es handelt sich dabei darum, für die betreffenden öffentlichen Stellen die anfallenden Finanz- und Kassengeschäfte, den Zahlungs- und Überweisungsverkehr zu erledigen. Die Giroeinlagen, die die Länder und der Bund bei der DB unterhalten, sind prinzipiell unverzinslich, dagegen müssen die öffentlichen Körperschaften (Länder und Bund) die Ausgleichsforderungen an die öffentliche Hand, die den Kreditinstituten im Zuge der Währungsumstellung zugeteilt wurden, mit einem bestimmten Prozentsatz verzinsen. Damit nun nicht der Fall eintrat, dass einerseits Bund und Länder bei den Landeszentralbanken und der BDL grosse unverzinsliche Guthaben unterhielten, andererseits aber für die Ausgleichsforderungen Zinsen zahlen mussten, war zeitweilig die Möglichkeit gegeben, dass die betreffenden öffentlichen Körperschaften ihre Guthaben in Ausgleichsforderungen anlegen und somit die Zinszahlung sparen konnten. Andererseits aber waren die Banken, die diesen Umtausch vorgenommen hatten, verpflichtet, die Ausgleichsforderungen auf Verlangen des Landes oder Bundes sofort zurückzukaufen. Diese Möglichkeit besteht allerdings seit Gründung der DB nicht mehr. Bei der Berechnung der Zentralbankeinlagen der öffentlichen Hand sind demnach für die Zeit bis Juli 1957 die in Ausgleichsforderungen angelegten Guthaben hinzuzuzählen, damit sich die wirkliche Wirkung auf den Refinanzierungsbedarf ergibt. Schliesslich sind als weitere Korrektur noch die Direktbewegungen zwischen den Zentralbankkonten von Nichtbanken und den Auslandskonten des Zentralbanksystems bzw. der DB auszuschalten."...z.B. führen die Zahlungen des Bundes im Rahmen des Londoner Schuldenabkommens zu einer Abnahme der Guthaben des Bundes im Zentralbanksystem, die nicht liquiditätserhöhend wirkt und gleichzei-

tig zu einer Abnahme des Saldos der Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäftes bei der BDL, hinter der kein Zentralbankgeldabfluss von den Banken steht."¹⁾ Auch diese Korrekturen wurden in Tabelle VII im Anhang berücksichtigt.

Bestimmungen, die in irgendeiner Weise festsetzen, dass öffentliche Haushalte ihre Gelder bei Geschäftsbanken oder beim Zentralbanksystem zu halten haben, haben ihre Bedeutung für den Refinanzierungsbedarf der Geschäftsbanken. Fehlen solche Bestimmungen, dann resultiert daraus eine gewisse Unsicherheit für die Geldpolitik, denn es hängt dann ganz von den Dispositionen der betreffenden öffentlichen Stellen ab, ob den Geschäftsbanken Notenbankguthaben zufließen, die ihren Refinanzierungsbedarf vermindern und sie dadurch instand setzen, ihre Kreditgewährung auszudehnen und umgekehrt. Ist dagegen den öffentlichen Stellen z.B. verbindlich vorgeschrieben, dass sie ihre Guthaben im Zentralbanksystem zu halten haben, dann lassen sich die Verhältnisse wesentlich besser überblicken. Besondere Bedeutung erlangen diese Umstände dann, wenn die öffentlichen Stellen aus irgendwelchen besonders gearteten Gründen ihre Gelder lieber bei ihnen nahestehenden Geschäftsbanken halten, anstatt sie beim Zentralbanksystem einzulegen. Es kann z.B. infolge eines höheren Zinssatzes für sie attraktiv sein, ihre Gelder in dieser Weise anzulegen, vielleicht auch, um ihren "Hausbanken" etwas zugute kommen zu lassen (wie in der Bundesrepublik die Länder den Staatsbanken, die Kommunen den Sparkassen oder Girozentralen) oder nur aus blosser Gewohnheit und Bequemlichkeit. Inwieweit dieses Problem auch bei uns von Bedeutung war, zeigt die Äusserung der Bank deutscher Länder, dass "...auch die Länder noch den grösseren Teil ihrer Mittel bei den Geschäftsbanken - und zwar vornehmlich bei den Staatsbanken und den Girozentralen - unterhielten, obwohl nach § 2 Abs. 3 des Gesetzes über die Errichtung der Landeszentralbanken die Länder verpflichtet sind, ihre aus Steuern und der Erstaussstattung stammenden Mittel bei den Landeszentralbanken zu deponieren."²⁾ Die öffentlichen Stellen, also Bund und Länder, sind gehalten, ihre Mittel im Zentralbanksystem bzw. bei der DB einzuzahlen und von dort aus wieder darüber zu verfügen. Besonderer Nachdruck wurde neuerlich durch das neue Bundesbankgesetz auf diese Bestimmung

1) Statistisches Handbuch der BDL, a.s.O., S.282.

2) Monatsberichte der BDL, Okt. 1949, S.24.

gelegt.¹⁾ Das hat zur Folge, dass bei Steuerzahlungen, die dem Bund und den Ländern zufließen, Überweisungen von den Geschäftsbanken zum Zentralbanksystem bzw. der DB stattfinden und damit den Kreditgewährungsspielraum der Geschäftsbanken einschränken.

Wir wenden uns nun den wirtschaftlichen Ursachen zu, die für die wechselnde Höhe der Zentralbankeinlagen der öffentlichen Hand verantwortlich zu machen sind. Hierher gehören an erster Stelle die Termine, an denen den öffentlichen Stellen Einnahmen zufließen und an denen sie Zahlungen zu leisten haben. Diese Einnahmen und Ausgaben häufen sich erfahrungsgemäss zu ganz bestimmten Zeitpunkten, die wir zu beachten haben. Es tritt eine punktuelle Häufung von Gutschriften und Abhebungen ein, die die Einlagen der öffentlichen Stellen hinauf- und herunterschnellen lassen. Wir denken hier insbesondere an die grossen Steuertermine im März, Juli, September und Dezember, an denen sich die Zahlungen für die Einkommen- und Körperschaftsteuer und früher des Notopfers Berlin häufen. Oder an Februar, Mai, August und November, an denen die Zahlungen der Vermögensabgabe zum Lastenausgleich fällig sind. Hierher gehört auch die Tatsache, dass je nach der Jahreszeit gewisse Steuern besonders ertragreich sind und zum Zeitpunkt ihres Anfalls besondere Ausschläge bewirken, z.B. die Umsatzsteuer im letzten Jahresdrittel. Ein besonderes Augenmerk ist auch auf Gesetze zu richten, die die Haushaltsgestaltung der öffentlichen Hand entscheidend verändern, wie z.B. plötzliche Erhöhung der Gehälter, Steuerreformen usw. Es kann auch über längere Zeitspannen hinweg vorkommen, dass sich Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand gegenläufig entwickeln. Ergibt sich ein Einnahmenüberschuss, so hat dies ein Anwachsen der öffentlichen Konten zur Folge und umgekehrt. Ein solcher Einnahmenüberschuss kann sich insbesondere dann bilden, wenn die Einnahmen im Voranschlag zu pessimistisch beurteilt wurden oder wenn im Verlaufe des Haushaltsjahres geplante Ausgaben wegfallen bzw. auf später verschoben werden. Wir werden später bei der Erscheinung des sogenannten "Julisturmes" darauf zu sprechen kommen.²⁾ Nun aber zur tatsächlichen Entwicklung! Unmittelbar nach der Währungsreform standen die Guthaben der öffentlichen Körperschaften zu ihrem allergrössten Teil beim Zentralbanksystem. Das hatte seine Ursache in der Regelung,

1) Gesetz über die Deutsche Bundesbank v. 26. Juli 1957, § 17. Bundesgesetzblatt, Teil I 1957 Nr. 33, vom 30. Juli 1957, S. 745 ff.

2) Vgl. S. 43!

die für die Gewährung von Erstaussstattungen an die öffentlichen Körperschaften im Zuge der Währungsreform eingeführt worden war. Die öffentlichen Körperschaften erhielten diese Erstaussstattungen in der Form von Gutschriften beim Zentralbanksystem, d.h. sie erschienen dort als Einlagen der betreffenden öffentlichen Stellen. Wie aus der folgenden Tabelle zu ersehen ist, griff aber schon nach kurzer Zeit

Die Verteilung der öffentlichen Gelder im Banksystem ¹⁾ in Mio DM			
Stand am Monatsende	Öffentl. Einlagen	bei Geschäftsbanken	im Zentralbanksystem
Juni 1948	3408	160	3248
Juli	2603	1107	1497
August	2543	1216	1333
September	2656	1326	1294
Oktober	2789	1561	1229
November	3161	1929	1232
Dezember	3328	2036	1292
Januar 49	3635	2235	1403
Februar	3798	2377	1420

eine starke Neigung zur Verlagerung der Guthaben zu den Geschäftsbanken um sich. Allein in der Zeitspanne vom 30. Juni 1948 bis Ende August 1948 gingen die Einlagen öffentlicher Körperschaften im Zentralbanksystem um ca. 2 Mrd. DM zurück, während die Einlagen bei den

Geschäftsbanken im gleichen Zeitraum um ungefähr 1 Mrd. DM stiegen. In diesem Mass wurde der Liquiditätsstatus der Geschäftsbanken verbessert, d.h. ihr Refinanzierungsbedarf wurde tendenziell vermindert. Die Differenz zwischen den vom Zentralbanksystem abgeflossenen Beträgen und den den Geschäftsbanken zugeflossenen strömte als Stückgeld in den Umlauf ab, womit sie "zumindest tendenziell liquidisierend" wirkte, "da ein Teil der Ausweitung des Zahlungsmittelumlaufes auf diese Weise finanziert werden konnte, ohne dass die Geldinstitute ihre eigenen Reserven beim Zentralbanksystem vermindern oder sich bei den Zentralbanken verschulden mussten."²⁾ Die Gründe für diese Verlagerung mögen in der besseren Verzinsung der bei den Geschäftsbanken deponierten Gelder gelegen haben. Auch fällt auf, dass Gemeinden und Gemeindeverbände ihre Einlagen bei den Sparkassen und Girozentralen einlegten, die Länder bei den Staats- und Landesbanken, also ihren "Hausbanken", denen sie in dieser Weise etwas zugutekommen liessen. Immerhin wurde diese Entwicklung durch Sonderabmachungen mit den Finanzverwaltungen wieder abgeschwächt und die Guthaben der öffentlichen Körperschaften beim Zentralbanksystem nahmen wieder zu. Interessant ist in diesem Zusammenhang folgendes: Nachdem ab November 1948 die Zentralbankeinlagen der öffentlichen Hand wieder langsam zunahmen, ihre Einlagen bei den

1) Quelle: Monatsberichte der BDL, März 1949, S.36.

2) Vgl. Monatsberichte der BDL, März 1949, S.37.

Geschäftsbanken jedoch stark stiegen, muss angenommen werden, dass diese letzteren Einlagen nicht mehr aus Umlagerungen von Guthaben aus dem Zentralbanksystem stammten, sondern vielmehr aus Steuerzahlungen und sonstigen laufenden Einnahmen; es wurden private Gelder in öffentliche Gelder umgewandelt. Dieser Vorgang hat nun keinerlei Wirkung auf die Liquidität bzw. den Refinanzierungsbedarf der Geschäftsbanken, denn an die Stelle des Kontos des Privaten tritt nun das Konto der öffentlichen Hand bei der Geschäftsbank. Zentralbankgeld wird aber jedenfalls weder zugeführt noch weggenommen.¹⁾ Über den ganzen folgenden Zeitraum von Januar 1949 bis Dezember 1957 betrachtet, entzogen die Einlagen der öffentlichen Hand im Zentralbanksystem den Geschäftsbanken 7694 Mio DM und erhöhten damit tendenziell deren Refinanzierungsbedarf.²⁾ Dieser Anstieg erfolgte aber nicht gleichmässig; im einzelnen ergaben sich starke Abweichungen von dieser Linie. So schwankten die Einlagen bis zum Juli 1953 nur in engen Grenzen und stiegen per saldo gar nicht. Erst dann ergab sich bis zum Ende des Untersuchungszeitraumes hin ein rapider Anstieg und kostete die Geschäftsbanken etwa 8 Mrd DM Liquidität, wirkte also tendenziell erhöhend auf deren Refinanzierungsbedarf. Abweichungen von dieser Linie ergaben sich in folgenden Fällen. Infolge des im April 1950 beschlossenen neuen Einkommensteuergesetzes, das die Steuerbelastung herabsetzte, kam es in den folgenden Monaten zu einem Absinken des Steueraufkommens, was sich auch in einer Verminderung der Einlagen der öffentlichen Körperschaften beim Zentralbanksystem auswirkte. Diese rückläufige Bewegung hielt noch bis in den April 1951 hinein an. Insgesamt waren die Guthaben von Mai 1950 bis April 1951 um 1055 Mio DM gefallen und führten bei den Geschäftsbanken zu einer tendenziellen Verflüssigung. Bis zum Dezember 1951 vollzog sich nun unter Schwankungen ein Steigen, das den Geschäftsbanken etwa 502 Mio DM an Notenbankguthaben entzog. Ausschlaggebend hierfür war die stark steigende Entwicklung des Steueraufkommens, die durch die im Sommer 1951 beschlossenen Steuererhöhungen verursacht wurde. Bis April 1952 erfolgte nochmals ein Absinken um 528 Mio DM, dem dann jedoch ein bemerkenswerter Anstieg folgte. Allein im Zeitraum von April bis Dezember 1952 stiegen die öffentlichen Einlagen beim Zentralbanksystem um 971 Mio DM. Nach einem Rückgang bis April 1953 - wir finden dieses

1) Vgl. Monatsberichte der BDL, März 1949, S.37.

2) Vgl. Tabelle VII im Anhang !

Zurückgehen der öffentlichen Einlagen zu Beginn jedes Jahres ziemlich regelmässig infolge der Abschlusszahlungen, die zu dieser Zeit vor Ablauf des Haushaltsjahres normalerweise geleistet werden - lässt sich bis Juni 1957 ein enormes Anwachsen feststellen. Hierdurch wurde die Liquidität der Geschäftsbanken mit folgenden Beträgen beansprucht :

Haushaltsjahr:	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58 ¹⁾
Mio DM:	2226	1232	2777	1646	- 73

Erst im Haushaltsjahr 1957/58 ist mit 73 Mio DM wieder ein geringfügiges Sinken und damit ein Liquiditätszufluss für die Geschäftsbanken festzustellen. Der Grund für diese langandauernde ausserordentlich starke Steigerung der Einlagen öffentlicher Stellen im Zentralbanksystem lässt sich aus einer Aufstellung der Entwicklung des Bundeshaushalts entnehmen:

Kumulativer Überschuss (+) bzw. Fehlbetrag (-) des Bundeshaushalts (jeweils vom Beginn des neuen Rechnungsjahres an) ²⁾		
Rechnungs-jahr	Viertel-jahr	Mio DM
1951/52	1.	- 437
	2.	- 541
	3.	- 257
	4.	- 435
1952/53	1.	+ 138
	2.	+ 747
	3.	+ 1018
	4.	+ 1038
1953/54	1.	- 258
	2.	+ 749
	3.	+ 1618
	4.	+ 1759
1954/55	1.	+ 467
	2.	+ 638
	3.	+ 1273
	4.	+ 1193
1955/56	1.	+ 250
	2.	+ 1075
	3.	+ 2069
	4.	+ 2859
1956/57	1.	+ 688
	2.	+ 979
	3.	+ 78
	4.	- 92
1957/58	1.	- 737
	2.	- 1917
	3.	- 2238
	4.	- 2793

Wir sehen, dass der Bundeshaushalt in den betreffenden Jahren starke Überschüsse der Einnahmen über die Ausgaben erzielen konnte, die sich auf seinen Zentralbankkonten niederschlugen. Mehrere Umstände haben zu dieser Entwicklung geführt. Einmal nahmen die Besatzungsmächte die für sie bereitgestellten Besatzungskostenbeiträge zeitweise nicht in Anspruch, d.h. riefen sie nicht ab, so dass hohe Guthaben des Bundes beim Zentralbanksystem auflaufen konnten. Dann wurden von Jahr zu Jahr die Steuereinnahmen im Haushaltsvoranschlag unterschätzt bzw. die Wirtschaftsentwicklung korrigierte diese Annahmen immer nach der besseren Seite. Weiter waren teilweise schon Ausgaben für den geplanten Aufbau der Bundeswehr vorgesehen, die wegen der Verzögerung ihrer Aufstellung nicht ausgegeben zu werden

1) Quelle: Monatsberichte der BDL bzw. der DB, passim.

2) Quelle: Monatsberichte der BDL bzw. der DB, passim.

brauchten. Die BDL schreibt dazu : "Für diese Aufstellung eigener Verteidigungsstreitkräfte wurden erst verschwindend geringe Beträge verausgabt, und hierin liegt die entscheidende Ursache für den überaus günstigen Kassenabschluss (1955 d. Verf.). Hätten diese Aufwendungen, für die im Haushaltsplan des Rechnungsjahres 1955/56 insgesamt 5,2 Mrd DM veranschlagt waren, seit April 1955 die monatsdurchschnittlichen Etatansätze (rund 430 Mio DM) voll erreicht, so hätte der Bundeshaushalt im Jahr 1955 keinen Überschuss, sondern einen Fehlbetrag aufgewiesen."¹⁾ So konnte es zu der Erscheinung des "Juliussturmes" kommen, der in dem Masse, in dem er wuchs, den Geschäftsbanken Notenbankguthaben entzog und damit deren Refinanzierungsbedarf tendenziell erhöhte. Das Wegfallen der für das Anwachsen der Zentralbankguthaben der öffentlichen Hand genannten günstigen Umstände etwa ab der Mitte des Haushaltsjahres 1956/57 führte zu einem zunehmenden Fehlbetrag des Bundeshaushalts, der sich nur deshalb nicht sofort und in voller Höhe auf die Liquidität der Geschäftsbanken auswirken konnte, da andere öffentliche Stellen (die auch in dem Posten "Zentralbankguthaben öffentlicher Stellen" enthalten sind) in ihrer Haushaltsgestaltung davon nicht berührt wurden.

Gegenwertmittel

Als Besonderheit der westdeutschen Verhältnisse sind an dieser Stelle die sogen. Gegenwertkonten zu besprechen. Auch bei ihnen handelt es sich um Notenbankguthaben bestimmter öffentlicher Stellen, die allerdings in Entstehung und Verwendungszweck gewisse Eigentümlichkeiten aufweisen. Sie sind aus dem verlorenen 2. Weltkrieg und seinen Folgen heraus zu verstehen. Im Rahmen der Auslandshilfe an Deutschland gab es 3 Programme mit verschiedenen Zwecken. Das G A R I O A - Programm sollte Seuchen und Unruhen verhindern, das S T E G - Programm überzähliges Heeresgut einem guten Zweck zuführen und schliesslich sollte das E R P - Programm zu der wirtschaftlichen Gesundung Europas führen. Gemeinsam war diesen Programmen, dass sie notwendig gebrauchte wirtschaftliche Güter zur Verfügung stellten. Die Zahlungen für diese Güter wurden der Bundesrepublik zunächst gestundet (soweit sie nicht überhaupt Geschenke darstellten), waren von den Empfängern der Leistungen jedoch auf Konten bei der Bank deutscher Länder einzuzahlen, die sogen. Gegenwertkonten, über die sich die Besatzungsmächte zunächst die Bestimmung vorbehielten. Diese Einzahlung entzieht den

1) Geschäftsbericht der BDL für das Jahr 1955, S. 74.

Geschäftsbanken in der oben geschilderten Weise Zentralbankgeld und führt somit zu einer tendenziellen Vergrößerung ihres Refinanzierungsbedarfes. Das Umgekehrte ist bei der Freigabe und Verausgabung dieser Mittel an Geschäftsbankkunden der Fall. Die Geschäftsbanken erhalten dann zusätzliche Notenbankguthaben, die eine tendenzielle Verminderung des Refinanzierungsbedarfes im Gefolge haben.

Für die Entwicklung des Saldos auf den Gegenwertkonten lässt sich kaum eine generelle Erklärung geben. Wie bei den Konten der öffentlichen Hand ist es auch hier so, dass zu ganz verschiedenen ungewissen Zeitpunkten Einzahlungen erfolgen, die jeweils von den Importen und den gewährten Zahlungsfristen abhängen; zum anderen werden aber die aufgelaufenen Mittel zu ebensowenig bestimmten Zeitpunkten wieder als Investitionsmittel hinausgegeben, so dass von einer einheitlichen Entwicklungslinie nicht gesprochen werden kann. Man darf vielmehr einen Zu- und Abstrom von Zentralbankgeld zu ganz unregelmässig gelegenen Zeitpunkten erwarten. Von Februar bis Juli 1950 nahmen die Gegenwertkonten um 763 Mio DM zu und entzogen in dieser Höhe den Geschäftsbanken Liquidität.¹⁾ In den nun folgenden Monaten ergab sich keine weitere ins Gewicht fallende Auf- oder Abwärtsbewegung. Unter geringen Schwankungen bewegte sich der Saldo bis zum November 1951 auf 1449 Mio DM, was den höchsten Stand, den diese Konten jemals hatten, darstellt. Als Wirkung des langsamen Auslaufens der Auslandshilfe gingen die Gegenwertmittel stetig bis heute zurück. Im Dezember des Jahres 1951 fielen sie um 263 Mio DM, im Jahre 1952 um 448 Mio DM, 1953 353 Mio DM, 1954 126 Mio DM, 1955 126 Mio DM, 1956 59 Mio DM, 1957 24 Mio DM und erreichten Ende Dezember 1957 einen Stand von 168 Mio DM. In dieser Höhe führten die vom Zentralbanksystem abfliessenden Gegenwertmittel den Geschäftsbanken tendenziell Liquidität zu und liessen ihren Refinanzierungsbedarf sinken.²⁾

bbb) Konten alliierter Dienststellen

Die Konten der alliierten Dienststellen sind in ihrer Bedeutung für den Refinanzierungsbedarf den Konten anderer öffentlicher Stellen beim Zentralbanksystem gleichzustellen. Kommt es z.B. zu einer Zahlung von Besatzungskosten etc. durch öffentliche deutsche Stellen auf diese Konten, dann schrumpft das Guthaben der betreffenden deutschen Stellen beim Zentralbanksystem um den gleichen Betrag, um den die alliierten Guthaben zunehmen. Zu einer Wirkung auf den Refinanzierungsbedarf

1) Aus statistischen Gründen ist die Untersuchung erst ab 1950 möglich.

2) Vgl. Tabelle VIII im Anhang !

der Geschäftsbanken kommt es in diesem Falle nicht, da keine Verlagerung von Notenbankgeld von den Geschäftsbanken zur Zentralbank hin stattfindet. Es entsteht dagegen aber eine Tendenz zur Steigerung des Refinanzierungsbedarfes, wenn die öffentlichen Körperschaften die Überweisungen an die alliierten Dienststellen von einem Konto bei einer Geschäftsbank aus bewerkstelligen. Allgemein lässt sich über die Wirkung der alliierten Konten beim Zentralbanksystem bzw. der DB sagen, dass ihre Bedeutung im Laufe der Zeit mit der Verringerung der alliierten Truppen in Deutschland stark zurückgegangen ist.¹⁾

ccc) Die Entwicklung der Einlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten beim Zentralbanksystem bzw. der DB

Gewöhnliche Einlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten beim Zentralbanksystem bzw. der DB

Hier lässt sich ähnliches feststellen wie für die Einlagen der übrigen Nichtbanken: Erhöhung der Beträge auf diesen Konten führt, falls die Erhöhung nicht von einem anderen Zentralbankkonto stammt, zu einem Liquiditätsentzug und damit einer Erhöhungstendenz für den Refinanzierungsbedarf der Geschäftsbanken. Regelmässigkeiten im Verlauf der Höhe dieser Beträge konnten nicht festgestellt werden. Sie schwankten etwa zwischen 200 und 300 Mio DM.²⁾

Die Bardepots

Bei der Behandlung von Notenbankguthaben der Privaten und Wirtschaftsunternehmen beansprucht eine Erscheinung unser Interesse, die zwar nur zeitweilig aktuell war, jedoch gelegentlich mit grossen Liquiditätsab- bzw. -zuflüssen für die Geschäftsbanken verbunden war: die sogen. Bardepotpflicht. Hierbei handelt es sich um folgendes: Bei der Stellung von Anträgen auf Einfuhrbewilligungen, also schon vor dem Anlaufen der Lieferung, musste von den Importeuren ein Teil des Betrages, den die beabsichtigte Einfuhr kostete, bereitgestellt und beim Zentralbanksystem hinterlegt werden. Die betreffenden Konten nannte man "Asservatenkonten Einfuhrbewilligungen". Damit war ein Entzug von Notenbankguthaben für die Geschäftsbanken verbunden und vergrösserte somit tendenziell deren Refinanzierungsbedarf. Das Gegenteil trat mit der späteren Auflösung der Konten ein. Beabsichtigt war mit dieser Massnahme in erster Linie, die Importeure zu veranlassen, nicht mehr in dem bisherigen Masstab die Einfuhrfreigaben zu überzeichnen. Solche Bardepots hatten nun in dem betrachteten Zeitraum

1)2) Vgl. Tabelle VIII im Anhang !

zweimal einige Bedeutung. Zunächst von Oktober 1949 - Januar 1950 und dann noch einmal von Oktober 1950 - Dezember 1951. Beide Zeitperioden unterschieden sich nur dadurch, dass im ersten Falle bei sehr vielen Ausschreibungen bis zu 100 % der Antragsimportsumme hinterlegt werden mussten und im letzteren generell nur 50 %. Man wollte mit diesen Bardepots "die Erfordernisse der Liberalisierung der Einfuhr wahren, ohne dabei den Trägern der Aussenhandelspolitik den Einfluss auf den Ausgleich der Handels- und Zahlungsbilanz zu entziehen."¹⁾ Es zeigte sich dann in der Folge, dass es zwar möglich ist, mittels dieses Instrumentes Einfluss darauf zu nehmen, wie die Einfuhr sich zusammensetzt, dass es jedoch unmöglich ist, damit den Import generell zu drosseln und zwar deswegen, weil diese Bardepots nicht aus Guthaben der Importeure aufgefüllt wurden, sondern weil die Importeure Kredite aufnahmen und mit ihnen die Bardepots stellten. Wenn dies auch nicht generell der Fall war, so war er doch von grosser Bedeutung, zumal diese Kreditthgabe für die Geschäftsbanken ohne grosses Risiko war. Diese und andere Bedenken führten auch schliesslich zur Aufhebung des

Bei Geschäftsbanken genommene Kredite und Bardepots in Mio DM			
Woche endend am:	Kredite ²⁾	Bardepots ³⁾	Jeweiliger Stand der B.-depots
7. Okt. 49	+ 16,6	+ 0,4	0,6
15. " "	+ 99,5	+ 97,6	98,2
23. " "	+ 59,2	- 48,2	50,0
30. " "	+ 168,4	+ 52,8	102,8
7. Nov. "	+ 4,7	+ 36,5	139,3
15. " "	+ 144,2	+ 279,8	419,1
23. " "	+ 373,9	+ 583,5	1002,6
30. " "	- 264,7	- 789,2	213,4

Bardepotzwanges.

Die Tabelle zeigt, wie eng die Korrelation zwischen der Kreditgewährung der Geschäftsbanken und der Bardepotgestaltung war. Durch diese Kreditnahme für die Bardepotgestaltung wurde nun den Geschäftsbanken Notenbankguthaben entzogen, d.h. ihr Refinanzierungsbedarf vergrösserte sich tendenziell. Den höchsten Stand

erreichte dieser Liquiditätsentzug in der dritten Novemberwoche 1949 mit 1002,6 Mio DM. Anfang Dezember wurde auf die Bardepots verzichtet, was einen grossen Liquiditätszuwachs bei den Geschäftsbanken zur Folge hatte, denn diese Beträge flossen noch im Januar alle wieder zurück.

- 1) Antonio Montaner: Lehren des Bardepots, Zschr. f. d. ges. Kreditwesen, Jg. 1951, S. 368.
- 2) Kurzfristige Kredite an die Nichtbankenkundschaft bei den 112 wöchentlich berichtenden Geldinstituten. Quelle: Monatsberichte der BDL, Nov. 1949, S. 2.
- 3) Nach den Meldungen der Landeszentralbanken über das "Asservatenkonto BDL - Importlizenzen". Quelle: Monatsberichte der BDL, Nov. 1949, S. 2.

Ab Oktober 1950 wurde der Bardepotgestellungszwang wieder eingeführt. Bis zum Februar 1951 stiegen diese Bardepots auf 634 Mio DM an, dann gingen sie innerhalb von zwei Monaten um 357 Mio DM auf 277 Mio DM zurück, um dann bis zum September auf 881 Mio DM anzusteigen. Am 10. September 1951 wurde die Bardepotpflicht wieder aufgehoben, was im nächsten Monat ein Sinken der Bardepots um 815 Mio DM zur Folge hatte. Im Januar 1952 wurden dann die restlichen Bardepots aufgelöst.

Asservatenkonto Einfuhrbe- willigungen bei der BDL ¹⁾ (in Mio DM)		
Monat	Stand am Mo- nats- ende	Verände- rung von Monat zu Monat
Okt. 1950	131	+ 131
Nov.	322	+ 191
Dez.	421	+ 99
Jan. 1951	560	+ 139
Febr.	634	+ 74
März	308	- 326
April	277	- 31
Mai	687	+ 410
Juni	779	+ 90
Juli	852	+ 75
August	844	- 8
Sept.	881	+ 37
Okt.	66	- 815
Nov.	25	- 41
Dez.	1	- 24
Jan. 1952	-	- 1

Es liegt auf der Hand, dass nach dem oben Gesagten diese teilweise schroffen Änderungen die Liquiditätslage der Geschäftsbanken stark beeinflussten. Auch diesmal wieder wurden die Zahlungen für die Bardepots in der Hauptsache durch Kreditnahme seitens der Importeure bei den Geschäftsbanken finanziert und nicht durch das beabsichtigte Auflösen ihrer Guthaben. Dadurch wurde das Bild der allgemeinen Kreditentwicklung verfälscht und zwar indem das Bardepot "die Banken an hohe, sich oft sprunghaft ändernde Kreditziffern gewöhnt, vielleicht sogar einen Schrittmacher der allgemeinen Kreditexpansion bildet."²⁾ Dies und die Tatsache, dass das

Bardepot gegen die dauernde Überzeichnung der Importfreigaben keine Wirkung zeitigte, führten im September 1951 zur Aufhebung der Bardepotpflicht.

bb) Die Kredite des Zentralbanksystems bzw. der DB an Nichtbanken

Die Deutsche Bundesbank kann an Länder und Bund Kredite geben (früher taten dies BDL und Landeszentralbanken) und zwar nur kurzfristig in der Form von Kassenkrediten und durch Ankauf von Schatzwechseln bis zu einem bestimmten Höchstbetrag. Die Kreditgewährung an Wirtschaftsunternehmen und Private ist der DB nicht möglich. (Früher waren lediglich die Landeszentralbanken der ehem. französischen Besatzungszone dazu ermächtigt.) Diese letzteren Kredite hatten vor Gründung der DB grössenmässig nur eine geringe Bedeutung, es ist daher in der folgen-

1) Quelle: Statistisches Handbuch der BDL, a.a.O., S. 6.

2) Monatsberichte der BDL, Juli 1951, S.8.

den Darstellung darauf verzichtet worden, sie gesondert zu behandeln. Sie sind unter den hier behandelten Nichtbanken enthalten.

Wie beeinflusst die Kreditgewährung des Zentralbanksystems bzw. der DB an Nichtbanken den Zentralbankgeldfluss zwischen Zentralbank und Geschäftsbanken ? Hat die Kreditgewährung einen Abfluss von Notenbankguthaben zu Geschäftsbanken hin zur Folge, dann erniedrigt sich der Refinanzierungsbedarf der betreffenden Geschäftsbanken tendenziell. Wir können dies als Normalfall ansehen. Nun besteht aber auch die Möglichkeit, dass diese Kreditgewährung lediglich zu einer Erhöhung der Einlagen von Nichtbanken beim Zentralbanksystem führt und damit für den Refinanzierungsbedarf der Geschäftsbanken bedeutungslos ist. Wenn wir den Satz aufstellen: Normalerweise bedeutet die Kreditgewährung des Zentralbanksystems bzw. der DB an Nichtbanken für die Geschäftsbanken Zentralbankgeldzufluss und damit tendenzielle Minderung des Refinanzierungsbedarfs, so müssen wir bei der Berechnung die Beträge, die nicht den Geschäftsbanken zufließen, in Abzug bringen. Da für die Zusammenstellung einer solchen Tabelle Material benötigt wird, das sich kaum beschaffen lässt, legen wir die Tabelle der BDL bzw. der DB zugrunde, in der die Grösse der Kreditgewährung schon so bereinigt ist, dass nur noch die Wirkungen auf den Refinanzierungsbedarf der Geschäftsbanken angegeben werden.¹⁾

In der Entwicklung der Höhe der Kreditgewährung des Zentralbanksystems an Nichtbanken lassen sich 4 Phasen unterscheiden. Die erste reicht von dem Beginn des Jahres 1949 bis in den Februar des Jahres 1950. Die Kredite dehnten sich damals nur in verhältnismässig bescheidenem Umfange aus, nämlich um 25 Mio DM. In der zweiten Phase von März - Mai 1950 ist ein sprunghafter Anstieg festzustellen, der die Kredite um 689 Mio DM erhöhte. Unter Schwankungen, die teilweise sehr stark waren, nahmen die Kredite bis zum August 1951 zu, um dann in der vierten Phase, die sich über den Rest des Jahres 1951 und die Jahre 1952 - 57 erstreckte, wenn auch nicht ganz kontinuierlich, um insgesamt 1331 Mio DM abzunehmen. Im einzelnen ergaben sich von dieser Linie wieder gewisse Abweichungen. Diese Tatsache ist auf verschiedene Einflüsse zurückzuführen. Der starke Anstieg der öffentlichen Verschuldung an das Zentralbanksystem in den Monaten April - August 1950 erklärt sich aus den Defiziten, die damals Bundes- und Länderhaushalte aufwiesen, ein Tatbestand, der ja auch in den betreffen-

1) Vgl. Tabelle IX im Anhang !

den Monaten die Einlagen der öffentlichen Hand beim Zentralbanksystem reduzierte, wenn auch nicht in ähnlich starkem Ausmass. Zweierlei ist dafür verantwortlich zu machen. Die schon oben erwähnte Einkommensteuersenkung hatte grosse Einnahmeausfälle für die Länder zur Folge, zum anderen waren aber auch Übergangsschwierigkeiten, die im Zuge der Reform der Zuteilung von Einnahmen und Ausgaben an Bund und Länder vom 1. April 1950 aufgetaucht waren, dafür massgebend. Dass sich die Steigerung der Kredite des Zentralbanksystems an öffentliche Stellen nicht weiter ausdehnte, ist nur dem Umstand zu verdanken, dass sich infolge des Koreakonfliktes und der damit einsetzenden Wirtschaftsbelebung die Haushaltsgestaltung des Bundes sprunghaft verbesserte; denn durch die Wirtschaftsbelebung stiegen gewisse Steuern in ihrem Aufkommen (Umsatzsteuer, Verbrauchssteuern, Zölle) und flossen dem Bund zu. Dadurch war es ihm möglich, die Verschuldung beim Zentralbanksystem nicht mehr weiter auszudehnen und zu bewirken, dass die Einlagen beim Zentralbanksystem sich nicht weiter verminderten. Auch entsprach nun dem Defizit bei Bundes- und Länderhaushalten in anderen öffentlichen Haushalten ein Überschuss. Dies ist vor allem von den Sozialversicherungen zu sagen.¹⁾ Im Anfang des Jahres 1951 verminderten sich die Kredite wieder, was auf Rückzahlung von Krediten seitens des Bundes zurückzuführen ist, aber nicht allgemein als echter Abbau der Verschuldung gelten kann, denn dieser Abbau wurde durch die Abgabe von Schatzwechseln an den Markt ermöglicht. Immerhin wurden diese Schatzwechsel zu Lasten bisher stillliegender Zentralbankguthaben öffentlicher Stellen übernommen, so dass sich insgesamt in dieser Zeit keine nennenswerte Wirkung auf den Refinanzierungsbedarf ergab.²⁾ In den Monaten April - August 1951 stiegen die Zentralbankkredite an Nichtbanken um 526 Mio DM, um dann wieder zurückzugehen. Der Bundeshaushalt hatte nämlich im ersten Zeitabschnitt mit erheblichen Defiziten geendet, was sich nun änderte. Bei den Ländern war die Entwicklung ähnlich. Im Herbst wuchsen die öffentlichen Einnahmen im Verlauf der konjunkturellen Verbesserung der Lage und nicht zuletzt liess auch die im Sommer 1951 beschlossene Lohnsteuererhöhung die öffentlichen Einnahmen anschwellen. Die Kredite des Zentralbanksystems an Nichtbanken gingen nun immer weiter zurück, wobei aber zu berücksichtigen ist, dass die Verschuldung der öffentlichen

1) Vgl. Geschäftsbericht der BDL für das Jahr 1950, S.37.

2) Vgl. Geschäftsbericht der BDL für das Jahr 1950, S.26.

Körperschaften damit nicht etwa auch abnahm, sondern im Gegenteil sogar wuchs. Die Kredite müssen also vom Zentralbanksystem zu anderen Stellen verlagert worden sein, zum Teil zu den Geschäftsbanken, zum Teil aber auch zu Anlegern ausserhalb des Banksystems, vor allem öff. Stellen mit liquider Kassenposition."¹⁾ Von Januar bis April 1952 ist wieder ein Ansteigen der Kreditgewährung des Zentralbanksystems an Nichtbanken festzustellen und zwar um 291 Mio DM. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der Bundeshaushalt 1951/52 mit einem Defizit abschloss und gezwungen war, zur Deckung Kredite aufzunehmen.²⁾ In der folgenden Zeit fielen die Kredite mit vereinzelt Unterbrechungen allmählich bis zum Ende des Berichtszeitraumes hin und zwar von April 1952 - Dezember 1957 um 804 Mio DM, so dass den Geschäftsbanken in dieser Höhe Notenbankguthaben entzogen wurden, da unsere Zahlen schon bereinigt sind und etwaige Kreditrückzahlungen aus Zentralbankkonten ausgeschaltet sind. Diese Entwicklung wurde durch die schon oben geschilderten Kassenüberschüsse der öffentlichen Hand begünstigt, die einerseits die Ansammlung grosser Guthaben ermöglichten, andererseits aber auch einen Abbau der Kredite begünstigten.

3. Die Notenbankgeldzirkulation zwischen Notenbank und Geschäftsbanken

Die oben auf Seite 22 angegebene zweite Möglichkeit des Zirkulierens von Notenbankgeld besteht in seinem direkten Zufluss von der Notenbank zu den Geschäftsbanken bzw. seinem Abfluss in umgekehrter Richtung. D.h. also, dass Notenbankguthaben aus irgendwelchen Gründen durch Gutschrift in den Büchern der Notenbank neu entstehen und zwar zugunsten der Geschäftsbanken direkt oder dass Notenbankguthaben der Geschäftsbanken direkt gelöscht werden. (Der Vorgang der Refinanzierung selbst soll natürlich dabei ausgenommen sein.)

Wir wollen hier zwei Vorgänge unterscheiden:

1. Das direkte Zirkulieren zwischen Notenbank und Geschäftsbanken im Rahmen der Offenmarktpolitik.
2. Das direkte Zirkulieren zwischen Notenbank und Geschäftsbanken im Rahmen des An- und Verkaufs von Devisen durch die Notenbank.

a) Die Zirkulation von Notenbankguthaben zwischen Notenbank und Geschäftsbanken im Rahmen der Offenmarktpolitik

Unter Offenmarktpolitik versteht man heute in der Bundesrepublik ein

1) Geschäftsbericht der BDL für das Jahr 1951, S.28.

2) Vgl. Tabelle auf Seite 43 !

Vorgehen der DB (bzw. früher der BDL), das auf den Verkauf und Kauf von Schatzwechseln und sonstigen Geldmarktpapieren abzielt, "wodurch die Notenbank - im Falle des Verkaufs - im Interesse der Verknappung des Geldmarktes verfügbare Notenbankguthaben, die sonst von den verfügungsberechtigten Banken an andere Banken ausgeliehen würden, an sich zieht, oder - im Falle des Kaufs - weitere Notenbankguthaben zur Verfügung stellt."¹⁾ Für unsere Untersuchung unerheblich ist dabei der Fall, dass Nichtbankkunden des Zentralbanksystems bzw. der DB diese Papiere übernehmen oder verkaufen, denn dabei fließt bei den Geschäftsbanken kein Notenbankguthaben ab oder zu.²⁾ Anders ist jedoch die Lage, wenn seitens der Kundschaft von Geschäftsbanken bzw. den Geschäftsbanken selbst Wertpapiere an die Notenbank verkauft oder bei ihr gekauft werden. Dann erhalten oder verlieren die Geschäftsbanken Notenbankguthaben³⁾, d.h. ihr Refinanzierungsbedarf wird hierdurch tendenziell gemindert oder erhöht. Da, wie wir oben auf Seite 6 f. herausgestellt hatten, die statistische Ausscheidung der auf Initiative der Geschäftsbanken an die Notenbank verkauften Wertpapiere aus der Gesamtsumme der im Rahmen der Offenmarktpolitik durch die Notenbank angekauften Wertpapiere nicht möglich ist und diese Grösse demnach als Akt der Refinanzierung nicht berechnet werden kann, wollen wir die eben getroffene Feststellung generell für alle im Rahmen der Offenmarktpolitik gehandelten Wertpapiere gelten lassen. Ankauf von Offenmarktpapieren seitens der Geschäftsbanken bedeutet Erhöhungstendenz, Verkauf von Offenmarktpapieren an die Notenbank bedeutet Minderungstendenz für den Refinanzierungsbedarf der Geschäftsbanken.⁴⁾ Das Zentralbanksystem bzw. die DB sind heute ermächtigt, Offenmarktoperationen durchzuführen. Damit für diesen Zweck die notwendigen Wertpapiere beschafft werden konnten, wurde, als die Anwendung der Offenmarktpolitik zur Regulierung der Liquidität der Geschäftsbanken

1) Stucken, a.a.O., S.101.

2) Dieser Fall muss bei der Berechnung der Wirkung, den die Offenmarktpolitik auf den Refinanzierungsbedarf der Geschäftsbanken nimmt, ausgeschaltet werden. Dies ist in Tabelle X geschehen.

3) Vgl. Stucken, a.a.O., S.102.

4) Falls natürlich überschüssige Notenbankguthaben (also das Gegenteil des Refinanzierungsbedarfs) vorhanden sind, die durch den Kauf von Offenmarktpapieren seitens der Geschäftsbanken bei der Notenbank angelegt werden sollen, dann gleicht dieser sozusagen "negative" Refinanzierungsbedarf die Erhöhungstendenz des Kaufes aus, d.h. per saldo entsteht dann keine Wirkung auf den Refinanzierungsbedarf.

notwendig war, die BDL im Mai 1955 dazu ermächtigt, bis zu 2 Mrd DM ihrer Ausgleichsforderungen gegen den Bund in Geldmarkttitel (sogen. Mobilisierungspapiere) des Bundes umzutauschen; eine Genehmigung, die bis September 1957 auf 7 Mrd DM erhöht wurde. Die Erhöhung auf 8,1 Mrd DM (den vollen Betrag der Ausgleichsforderungen der DB) ist inzwischen beantragt und steht vor ihrer Genehmigung.

Das Zentralbanksystem machte von dem Recht, Offenmarktoperationen durchzuführen, regelmässig Gebrauch, jedoch hatten diese Transaktionen zu Anfang des Berichtszeitraumes meist bescheidenen Umfang, weil der Bestand an geeigneten Papieren beim Zentralbanksystem in der Regel nur gering war.¹⁾ Ein weiterer Umstand verdeckte den Charakter solcher Massnahmen als Offenmarktpolitik. Es handelte sich zumeist nur um Gelegenheitstransaktionen, wenn die BDL bei zunehmender Liquidität der Geschäftsbanken Wertpapiere an den Markt abgab, die erstens den Geldmarkt kaum beeinflussten und zweitens nicht planmässig vorgenommen wurden. So war gegen Ende 1954 der Bestand an zur Offenmarktpolitik geeigneten Papieren bei der BDL nahezu auf null gesunken, als es Anfang 1955 notwendig wurde, mit offenmarktpolitischen Massnahmen die Liquidität der Geschäftsbanken und damit deren Refinanzierungsbedarf zu beeinflussen. Man wollte die starke Geldmarktverflüssigung, die infolge der laufend hohen Zahlungsüberschüsse aus dem Auslandsgeschäft aufgetreten waren, einschränken. "Die Bank deutscher Länder...ist... deshalb lebhaft daran interessiert, dass ein Teil ihrer sonstigen Aktiva, und zwar die Ausgleichsforderungen, für die Zwecke der Offenmarktpolitik 'mobilisiert'...wird. Der unmittelbare Einsatz der Ausgleichsforderungen ...kommt...dabei allerdings nicht in Betracht, da die Ausgleichsforderungen mit einem starren und daher nicht notwendig marktkonformen Zinssatz...ausgestattet sind, keiner Tilgung unterliegen und auch nach dem Gesetz nicht am offenen Markt gehandelt werden dürfen."²⁾ So kam es im Mai 1955 zu der oben geschilderten Vereinbarung mit dem Bundesminister der Finanzen über den Umtausch der Ausgleichsforderungen. Durch diesen Umtausch selbst ergibt sich keine Einwirkung auf die Liquidität der Geschäftsbanken; dies ist vielmehr erst dann der Fall, wenn die Mobilisierungspapiere an die Geschäftsbanken abgegeben bzw. bei ihnen zurückgekauft werden.

Die BDL gab nun in wachsendem Masse solche Umtauschtitel an den Markt ab. Ende Juni 1955 betrug deren Umlauf etwas über 1,4 Mrd DM. Dies

1)2) Geschäftsbericht der BDL für das Jahr 1954, S.23.

wirkte aber nur teilweise als Notenbankgeldentzug für die Geschäftsbanken, weil 600 Mio DM davon nur zum Ersatz von Ausgleichsforderungen abgegeben wurden, in denen bisher die Zentralbankguthaben öffentlicher Stellen ihre Anlage gefunden hatten. Weiter hatte man die schon im Umlauf befindlichen unverzinslichen Schatzanweisungen des Bundes in Höhe von 288 Mio DM in den Betrag der umgetauschten Papiere einbezogen. Durch beide Vorgänge kam es nicht zu einem Entzug von Notenbankguthaben bei den Geschäftsbanken.¹⁾ Danach wurde insbesondere im Zeitraum von 1955 - 1957 den Kreditinstituten im Rahmen der Offenermarktpolitik Notenbankgeld entzogen und man wirkte so tendenziell steigernd auf den Refinanzierungsbedarf der Geschäftsbanken ein. Wir können der BDL zustimmen, wenn sie feststellt: "Mit diesem ständigen Angebot an relativ liquiden Titeln, deren Abgabesätze in verhältnismässig kurzen Zeitabständen gemäss der jeweiligen Markttendenz modifiziert wurden, hat die Bank auf die Entwicklung des Geldmarktes und die Liquiditätshaltung der Banken in den letzten zwölf Monaten einen erheblichen Einfluss ausgeübt."²⁾

b) Die Zirkulation von Notenbankguthaben zwischen Notenbank und Geschäftsbanken im Rahmen des An- und Verkaufs von Devisen durch die Notenbank

Bei der Abwicklung des Zahlungsverkehrs mit dem Ausland kommt es laufend zu dem Ab- und Zustrom von Notenbankguthaben bei den Geschäftsbanken. Der Vorgang ist dabei folgender: Die inländischen Exporteure erhalten als Gegenwert für ihre Lieferungen etc. bei ihren Aussenhandelsbanken (Geschäftsbanken!) Gutschriften in entsprechender Höhe der den Aussenhandelsbanken zugeflossenen Auslandsbankguthaben etc. Ver kaufen nun die Aussenhandelsbanken Devisen an die Notenbank, dann fliesst ihnen Notenbankguthaben zu, das tendenziell mindernd auf ihren Refinanzierungsbedarf einwirkt. Umgekehrt gestaltet sich die Lage, wenn für Importe Zahlungen getätigt werden müssen. Dann geht mit dem Schrumpfen der Guthaben von Importeuren bei den Aussenhandelsbanken entweder ein Schrumpfen ihrer Devisenbestände einher oder sie müssen sich diese Devisen erst gegen Notenbankguthaben beschaffen. In diesem Falle kommt es also zu einer tendenziellen Steigerung des Refinanzierungsbedarfs. Anders könnte man diesen Tatbestand wie folgt formulieren: Ein Aktivsaldo der Zahlungsbilanz wirkt auf den Refinan-

1) Die Korrektur wurde in Tabelle XI im Anhang durchgeführt.
Vgl. Geschäftsbericht der BDL für das Jahr 1955, S.16 f.

2) Vgl. Geschäftsbericht der BDL für das Jahr 1956, S.22.

zierungsbedarf tendenziell vermindern, ein Passivsaldo erhöhend, falls die Geschäftsbanken ihre Devisenbestände auf gleicher Höhe halten.¹⁾ An dieser Feststellung ändert sich auch dann nichts, wenn die Geschäftsbanken gehalten sind, alle das Auslandsgeschäft betreffenden Zahlungen über Konten bei der Zentralbank abzuwickeln. Die Lage ist grundsätzlich anders, wenn die Empfänger bzw. Absender von Zahlungen im Verkehr mit dem Ausland Kunden der Notenbank sind. Eine Zahlung aus dem Ausland führt dann lediglich zu einem Zufluss von Notenbankguthaben bei den betreffenden Kunden. Dieser Vorgang berührt die Geschäftsbanken nicht, kann ihnen demzufolge auch kein Notenbankguthaben zuführen und bleibt ohne Wirkung auf ihren Refinanzierungsbedarf. Auch die Zahlung von einem Notenbankkonto aus ins Ausland berührt den Refinanzierungsbedarf der Geschäftsbanken nicht.²⁾

Im kommerziellen Aussenhandel haben wir den Faktor vor uns, der im Verlaufe der Zeit sich am meisten änderte; das gilt in positiver wie auch in negativer Richtung. Er hatte demgemäss bei der Bestimmung des Refinanzierungsbedarfes das Hauptgewicht. Im Gesamtzeitraum von Januar 1949 bis Dezember 1957 führte er den Geschäftsbanken 25740 Mio DM Zentralbankgeld zu. Darin sind allerdings von Januar 1949 bis Juni 1950 die Gegenwertmittel enthalten, die sich aus statistischen Gründen für diese Zeit nicht eliminieren liessen. Diese eindeutig liquidisierende Wirkung der Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäftes bei der BDL herrschte nun aber nicht in allen kürzeren Zeitabschnitten. Vielmehr bestand - überschlägig betrachtet - von Januar 1949 bis Febr. 1951 eine Entwicklung, die den Geschäftsbanken 3421 Mio DM an Zentralbankgeld entzog, also entgegengesetzt wirkte. Erst dann erfolgte der rapide Anstieg des Überschusses aus dem Auslandsgeschäft, der von März 1951 bis Dezember 1957 den Geschäftsbanken 29161 Mio DM Zentralbankgeld zuführte. Die Gründe für diese Entwicklung, speziell diejenigen für die Aufteilung der Wirkung in einen auf die Bankenliquidität eindeutig negativ und einen eindeutig positiv wirkenden Abschnitt, sollen nun untersucht werden.

In den Monaten Januar bis Juni 1949 hatte die Abwicklung des Aus-

-
- 1) "Und zwar bewirkt ein Aktivsaldo der Zahlungsbilanz..., dass die Notenbank mehr oder weniger genötigt ist, Gold und Devisen aufzunehmen, bei deren Bezahlung dann den Kreditbanken Notenbankguthaben zufließen..." Stucken, a.a.O., S.98.
 - 2) Will man die obige Feststellung generell gelten lassen, dann muss man für diesen Fall wieder Korrekturen anbringen. Dies ist in der Tabelle XI geschehen.

landsgeschäftes beim Zentralbanksystem eine leicht liquidisierende Wirkung auf die Geschäftsbanken. In diesem Zeitraum flossen ihnen von dort her 339 Mio DM netto zu. Im Monat Juli 1949 wurde diese Entwicklung unterbrochen. Es zeigte sich ein zuerst geringerer, dann stärkerer, bis in den Dezember hinein anhaltender Abfluss an Mitteln für den Aussenhandel zur Notenbank hin. Von Juli 1949 bis einschliesslich Januar 1950 entzog dieser Vorgang den Geschäftsbanken 2854 Mio DM Zentralbankgeld. Für diese Veränderungen sind mehrere Gründe verantwortlich zu machen. Einmal war dies die Änderung des DM-Umrechnungssatzes im September 1949, die durch die von Grossbritannien hervorgerufene Abwertungswelle veranlasst war. Die meisten anderen Länder werten damals um 30,5 % ab, die Bundesrepublik jedoch nur um 20,6 %, was einer relativen Aufwertung gleichkommt. Im Anschluss an diese Massnahme kam es nun zu einem Einfuhrsog, der seinen Einfluss auf den Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäftes bald geltend machte. In gleicher Richtung wirkte die Liberalisierung des europäischen Handels, die ungefähr zu gleicher Zeit ihren Anfang nahm. Die Bundesrepublik hatte auf Empfehlung der OEEC hin ihren Aussenhandel teilweise liberalisiert und zwar in einem stärkeren Masse, als dies bei den Partnerländern der Fall war. Die Folge musste sein, dass die Exporte mit den Steigerungen der Importe nicht Schritt halten konnten, umso mehr, als durch die vorhergegangene Warenknappheit die Importe stark stiegen. Durch die Finanzierung der für die Importüberschüsse notwendigen Einzahlungen beim Zentralbanksystem sahen die Geschäftsbanken ihren Refinanzierungsbedarf in gleichem Ausmass erhöht, da ihnen diese Mittel entzogen wurden. In der Zeit von Februar - August 1950 ergaben sich keine bedeutenden verändernden Wirkungen auf den Refinanzierungsbedarf aus dem Auslandsgeschäft. Allerdings stieg der Passivsaldo nun nicht mehr an. Das mag davon herrühren, dass im Laufe der Zeit die anderen zur OEEC gehörenden Länder mit der Liberalisierung des Imports nachzogen und so für die Bundesrepublik der Export leichter wurde. Nachdem am Binnenmarkt eine geringere Nachfrage herrschte, wurde auch von dieser Richtung her der Exportdruck verstärkt, der sich in seiner Wirkung auf die Auslandskonten beim Zentralbanksystem umso leichter liquidisierend auswirken konnte, als auch die Importe leicht rückläufig waren. Im September und Oktober 1950 stellen wir ein starkes Ansteigen der Beanspruchung der Geschäftsbanken durch die Entwicklung auf den Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäftes fest. 775 Mio DM

wurden in diesen beiden Monaten den Geschäftsbanken an Zentralbankgeld entzogen. Dies ist auf die Koreakrise und die durch sie ausgelösten Vorgänge zurückzuführen. Die starken Steigerungen der Inlandsnachfrage, die in der Angst von einem Krieg und vor der Verknappung begründet lagen sowie die Änderung der Preisentwicklung an den internationalen Rohstoffmärkten führten zu einem Importsog, der durch die am 1. September erfolgte Erhöhung der Liberalisierung der Einfuhr aus den OEEC-Ländern von 50 % auf 60 % nur noch unterstützt wurde. Der Export stieg zwar auch in ähnlichem Masse, für die Gestaltung der Salden auf den Aussenhandelskonten ist jedoch von Bedeutung, dass das Verhältnis von Ein- und Ausfuhrpreisen, die *terms of trade*, sich zu Ungunsten der Bundesrepublik verschoben. Der Anstieg der Nachfrage nach Zentralbankgeld setzte sich nun etwas langsamer fort. Immerhin betrug er bis Februar 1951 weitere 521 Mio DM. Die Verschärfung der Hausse an den Weltmärkten verschlechterte die *terms of trade* immer mehr, der Export war durch empfindlichen Kohlenmangel in der Industrie gehemmt - all dies führte zu einer weiteren Verschärfung der Aussenhandels-situation und erhöhte damit auch den Refinanzierungsbedarf, denn in gleichem Masse mussten ja die Geschäftsbanken an die Notenbank von ihrem Guthaben abgeben, das ihnen dann anderweitig fehlte. Die Umkehr dieser Entwicklung war zunächst ein Werk der Ausserkraftsetzung der deutschen Freiliste für Einfuhren aus dem OEEC-Raum. Ein scharfes Absinken der Importe führte dazu, dass die Beanspruchung der Geschäftsbanken durch die Entwicklung auf den Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäftes in der Folge laufend absank und demzufolge den Refinanzierungsbedarf der Geschäftsbanken tendenziell verringerte. Später nahm dann der Import zwar wieder zu, der Export aber ungleich stärker, so dass die geschilderte Wirkung daraus resultierte. Diese Entwicklung hielt bis zum Ende des Berichtszeitraumes an, allerdings ist sie auf noch andere Faktoren mit zurückzuführen. Ab Februar 1952 besserten sich z.B. wieder die Austauschrelationen dadurch, dass die Einfuhrpreise sanken, während die Ausfuhrpreise noch bis Mitte des Jahres stiegen. Die Darstellung auf der nächsten Seite soll die Zusammensetzung des Zahlungsverkehrs mit dem Ausland und die Wirkung auf den Refinanzierungsbedarf der Geschäftsbanken zeigen. Zunächst fällt der Unterschied der Zahlen in den Spalten I und II1 auf. Wir haben uns dabei zu vergegenwärtigen, dass die Spalten zu II die gesamten Zahlungssalden angeben, während die Spalte I nur deren

Jahr	I Wirkung des Aussenhan- dels auf den Refinanzierungs- bedarf (+) bedeutet Steigerungsten- denz, (-) Minde- rungstendenz ¹⁾	II Zahlungssalden der Bundesrepublik und West- berlins (Summe der Monatsalden) in Mio DM ²⁾³⁾ (+) bedeutet Geldzufluss, (-) Geldabfluss			
		1 Insgesamt	2 Kapitalver- kehr und Kapitaler- träge	3 Unentgeltl. Leistungen	4 Waren und Dienst- leistun- gen
1951	- 2072	+ 2016	- 168	- 12	+ 2196
1952	- 3385	+ 2436	- 792	- 12	+ 3240
1953	- 3747	+ 3588	- 204	- 216	+ 4008
1954	- 3312	+ 2724	- 1164	- 348	+ 4236
1955	- 2235	+ 1920	- 1068	- 576	+ 3564
1956	- 5872	+ 4668	- 1020	- 924	+ 6612
1957	- 8226	+ 5191	- 2920	- 1429	+ 9540

Wirkung auf die Liquidität und damit den Refinanzierungsbedarf der Geschäftsbanken zeigen soll. In Spalte II1 sind gewisse Posten enthalten, die neutral für die Notenbankgeldströme zwischen Zentralbanksystem bzw. DB und Geschäftsbanken sind. Laut den oben auf Seite 38 f. getroffenen Feststellungen bleiben z.B. Zahlungen im Rahmen des Londoner Schuldenabkommens ohne Wirkung auf den Refinanzierungsbedarf der Geschäftsbanken. Ebenso ist es mit den Leistungen für Wiedergutmachungsabkommen. Diese in den Spalten II2 und II3 enthaltenen Posten sind aus Spalte II1 auszuschneiden, wenn man die Wirkung der letzteren auf den Refinanzierungsbedarf der Geschäftsbanken untersuchen will. Da sie negative Vorzeichen haben, ergibt sich daraus eine entsprechende Erhöhung der Werte der Spalte II1. Schliesslich haben gewisse nicht erfassbare Posten und statistische Ermittlungsfehler (hauptsächlich Veränderungen in den "terms of payment") für den Unterschied einige Bedeutung. Obgleich sich all diese Punkte nicht zahlenmässig festlegen lassen, zeigt die Gegenüberstellung doch, dass in den vergangenen Jahren die Handels- und Leistungsbilanz der massgebliche Faktor für die aus dem Auslandszahlungsverkehr entstehenden Notenbankgeldströme war. Die Kapitalbilanz nahm erst gegen Ende des Berichtszeitraumes hin mit dem Anwachsen des Aussenhandelsüberschusses in ihrer Bedeutung zu.

- 1) Errechnet aus der Wirkung des Saldos der Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäftes bei der BDL bzw. der DB. Quelle: Monatsberichte der BDL bzw. der DB, passim.
- 2) Quelle: Monatsberichte der BDL bzw. der DB, passim.
- 3) Salden aller Zahlungen für Waren etc. ohne Rücksicht auf die gezahlte Währung.

4) Der Bedarf nach Notenbankgeldreserven bei den Geschäftsbanken

Wir kommen nun zu dem dritten Strom von Notenbankgeld, der den Refinanzierungsbedarf tendenziell beeinflusst, zu dem "Strom" zwischen Geschäftsbank und Reserve. Wie oben festgestellt, wirkt der Entschluss einer Geschäftsbank, Notenbankgeld in die Reserve gehen zu lassen, tendenziell erhöhend auf den Refinanzierungsbedarf, denn dieses Geld liegt dann fest und ungekehrt.¹⁾ Es kann sein, dass auch ohne den Entschluss der Geschäftsbanken manchmal Notenbankguthaben in die Reserve gehen bzw. aus der Reserve ausscheiden. Dieser Vorgang wirkt in gleicher Weise. Der Grund liegt dann nicht bei den Geschäftsbanken, sondern in den Gegebenheiten der Wirtschaft bzw. den Massnahmen der Notenbank. Die Reservehaltung der Geschäftsbanken gliedert sich in die Haltung von Barmitteln in den Kassen und die Haltung verfügbare Notenbankguthaben. Für die Höhe dieser Reserven ist allgemein die Höhe der Einlagen massgebend, für die man eintreten muss. Nach der Fristigkeit unterscheiden wir Sicht-, Termin- und Spareinlagen. Die Sichteinlagen rechnen zum Geldvolumen, also sind für das Ausmass der Reservehaltung in Notenbankguthaben massgebend:

1. Das Geldvolumen: Je grösser das Geldvolumen ist, desto grösser sind auch die Sichteinlagen, wenn man ein gleichbleibendes Verhältnis von Stückgeld und Sichteinlagen annimmt.
2. Der Anteil der Sichteinlagen am Geldvolumen: Je grösser der Anteil der Sichteinlagen am Geldvolumen wird, desto grösser wird auch der Bedarf nach Barreserve, wenn man ein gleichbleibendes Geldvolumen voraussetzt.
3. Der Umfang der Termin- und Spareinlagen.
4. Schliesslich ist noch die Entscheidung darüber, in welchem Verhältnis die Barreserven zu den Einlagen stehen sollen, zu nennen. Je höher die Sätze, die für die einzelnen Einlagearten gehalten werden sollen, umso höher ist auch der Bedarf nach Mitteln für die Barreserve. Massgebend für diese Entscheidung sind einerseits die Geschäftserfahrung der Banken und andererseits evtl. gegebene gesetzliche Bestimmungen, die eine gewisse Mindestreservepflicht statuieren. Dann gilt für den pflichtmässigen Teil der Reserve unter normalen Umständen als Bestimmungsgrund das Gesetz und die Höhe der Einlagen, für den freiwilligen Teil (die Überschussreserve) die Geschäftserfahrung der Ban-

1) Vgl. hierzu die Ausführungen auf S. 22 !

ken.

5. Es kann gelegentlich auch vorkommen, dass aus bestimmten Gründen das Reservesoll nicht erreicht werden kann. Dann tritt das Reservesoll als Bestimmungsfaktor der Reserve und damit auch des Refinanzierungsbedarfes zurück zugunsten jener Gründe, die zu der Liquiditätsanspannung führten. Für die Geschäftsbanken als Gesamtheit kann es dahin nur kommen, wenn auf Grund von Kreditgewährung bzw. Einlagenabzügen das Reservesoll relativ steigt bzw. wenn dieselbe Wirkung durch Erhöhung des Reservesatzes hervorgerufen wird und das Zentralbanksystem gleichzeitig die Refinanzierung begrenzt. Da für die Unterschreitung des Reservesolls Strafzinsen verlangt werden, die in einer gewissen Höhe über dem Diskontsatz liegen, werden sich die Geschäftsbanken bemühen, wieder zu einem Notenbankgeldezufluss zu gelangen, und das wäre in der geschilderten Lage nur durch Einschränkung der Kreditgewährung möglich. Bestimmungsfaktor wäre in diesem Falle die Mindestreserven- und Refinanzierungspolitik des Zentralbanksystems und nicht mehr das Reservesoll. Es kann umgekehrt auch vorkommen, dass der freiwillige Teil der Reserve viel grösser wird, als ihn die Bank haben möchte. Es kann sein, dass sich kein Abnehmer für diese Reserven findet. Dann ist nicht mehr das Reservesoll Bestimmungsfaktor, sondern die allgemeine Wirtschaftslage.

In der Bundesrepublik sind die sogen. Mindestreserven, also der Teil der Barreserve, der gezwungenermassen gehalten wird, in Notenbankguthaben (nicht aber in Stückgeld !) zu halten und zwar in bestimmten Sätzen im Verhältnis zu Sicht-, Termin- und Spareinlagen. Die Berechnung des Reservesolls erfolgt nach dem Durchschnitt von 4 Stichtagen des Monats, die des Reserve-Ist als Durchschnitt der Notenbankguthaben an allen Tagen des Monats. Auf Grund dieser Berechnungsart kann man die Untersuchungen nicht an Monatsendständen durchführen, sondern muss die Durchschnittswerte benutzen. Die direkte Wirkung auf den Refinanzierungsbedarf ist dagegen nur aus den Monatsendständen zu ersehen.

a) Die Reserve an Notenbankguthaben

Die Einlagen der Geschäftsbanken beim Zentralbanksystem bzw. der DB, d.h. deren Reserveguthaben zeigten im Laufe der Jahre 1949 - 1957 folgenden Verlauf. Von Januar 1949 bis März 1950 gingen diese Gutha-

ben mit Schwankungen um 679 Mio DM von 1544 Mio DM auf 865 Mio DM zurück und verringerten tendenziell den Refinanzierungsbedarf der Geschäftsbanken um diesen Betrag. Dann trat eine Umkehrung dieses Vorganges ein: von Anfang April 1950 bis Dezember 1957 stiegen die Guthaben wieder an, wenn auch mit Unterbrechungen. So erhöhte sich durch diesen verstärkten Zentralbankgeldbedarf für die Guthaben der Refinanzierungsbedarf um 6244 Mio DM.¹⁾ Die Guthaben stiegen dabei auf 7109 Mio DM. Welche Ursachen führten nun zu dieser Entwicklung ? In der gesamten Zeit von Januar 1949 - Dezember 1957 sind Sicht-, Termin- und Spareinlagen stark gestiegen. So erklärt sich schon daraus das erhöhte Reservesoll. Weiterhin ist zwar bei den Sichteinlagen der Reservesatz von 15 % auf 13 % gefallen, dagegen ist er bei den Termineinlagen von 5 % auf 9 % gestiegen. Nachdem die Termineinlagen sich sehr stark ausdehnten, kann man auch von hier aus die Tendenz zur Erhöhung des Reservesolls erkennen. Das Reserve-Ist war regelmässig höher als das Reserve-Soll, es waren demnach immer Überschussreserven vorhanden, sie gingen zwar zurück, konnten aber die steigende Linie des Reserve-Ist nicht beeinflussen. Bezieht man die Überschussreserven auf die Summe der Sicht-, Termin- und Spareinlagen, so ist ein starkes Fallen dieses Satzes festzustellen. Das Reserve-Ist ist im Monatsdurchschnitt von 1504 auf 6186 um 4682 Mio DM gestiegen. Da wir nunmehr die Entwicklung ins einzelne verfolgen wollen, ist es zweckmässig, gemäss Tabelle XIII im Anhang den betrachteten Zeitraum in 10 Phasen einzuteilen und zwar jeweils von Reservesatzänderung zu Reservesatzänderung.

Der Rückgang der Guthaben im Jahre 1949 ist in erster Linie auf die Auflösung der Überschussreserven seitens der Geschäftsbanken zurückzuführen. Diese gingen, im Monatsdurchschnitt gerechnet, von 305 Mio DM im I. Abschnitt auf 94 Mio DM im II. Abschnitt zurück. In Prozenten der Einlagensumme fielen sie von 2,9 auf 0,66 %. Daneben machte sich auch die zweimalige Senkung der Mindestreservesätze durch die Zentralbank bemerkbar. Am 1. Juni 1949 wurden die Reservesätze für Sichtverbindlichkeiten um 3 % von 15 auf 12 % gesenkt. Auf Grund dieser Massnahme insbesondere fiel das Reservesoll der Geschäftsbanken im Monatsdurchschnitt des I. Abschnittes von 1198 Mio DM auf 1098 Mio DM im II. Abschnitt trotz des Steigens der Sichteinlagen. Ähnlich wirkte sich die Senkung am 1. September aus. Hier wurden die Reservesätze für

1) Vgl. die oben auf Seite 22 gemachten Ausführungen !

Sichtverbindlichkeiten um weitere 2 % gesenkt und die für befristete Verbindlichkeiten und Spareinlagen um 1 % herabgesetzt. Die Folge dieser Massnahme war ein weiteres Zurückgehen des Mindestreservesolls von 1098 Mio DM im II. Abschnitt auf 1008 Mio DM im III. Abschnitt. Im grossen und ganzen gingen nun bis zur VI. Periode die Überschussreserven nur noch geringfügig zurück und stiegen dann auch wieder leicht, was ein Beweis dafür zu sein scheint, dass sie tatsächlich nur in der unbedingt notwendigen Höhe gehalten wurden, um eine Reserve zu besitzen, die zur flüssigeren Abwicklung des Verkehrs dienen soll. Durch diese Stagnation gingen von den Überschussreserven keine grösseren Wirkungen mehr auf den Refinanzierungsbedarf aus. Anders war es mit dem Mindestreservesoll. Am 1. Oktober 1950 erhöhte man den Reservesatz für Sichtverbindlichkeiten um 5 % und für befristete Verbindlichkeiten um 4 %. Daneben wuchsen alle Einlagen, insbesondere die Termineinlagen weiter stark. Die Folge war ein Ansteigen des Reservesolls von 1008 Mio DM in der III. Periode auf 1989 Mio DM in der IV. Periode. Dadurch stiegen auch die Einlagen beim Zentralbanksystem an, denn die Geschäftsbanken bemühten sich, das Reservesoll zu erfüllen, da für eine Unterschreitung des Mindestreservesolls Sonderzinsen gezahlt werden müssen. Die Neugestaltung der Einteilung der reservepflichtigen Verbindlichkeiten bei der Berechnung des Mindestreservesolls ab 1. Mai 1952, wobei kleinere Institute nach der Grösse gestaffelt nunmehr weniger Reserven halten mussten, führte zu einer Minderung in der Belastung durch die Mindestreservehaltung. Allerdings ergab sich in der V. Periode dadurch kein Rückgang des Mindestreservesolls, da die Einlagen weiterhin stark anstiegen. Die Steigerung des Mindestreservesolls von 1989 Mio DM auf 2235 Mio DM war daher auch nicht mehr so stark wie in der Vorperiode. Eine weitere Senkung der Mindestreservesätze erfolgte am 1. September 1952 und zwar wurden die Sätze für Sichteinlagen um 3 %, die der Termineinlagen um 1 % gesenkt. Das Reservesoll fiel darauf von 2235 Mio DM auf 2090 Mio DM in der VI. Periode trotz weiterer starker Steigerung der Einlagen. Die Folge war auch ein Zurückgehen des Reserve-Ist von 2304 Mio DM auf 2167 Mio DM. Das freiwerdende Geld konnte sich tendenziell mindernd auf den Refinanzierungsbedarf auswirken. In der VII. Periode stieg das Reservesoll von 2090 Mio DM auf 2654 Mio DM im Monatsdurchschnitt der Periode an, obgleich der Reservesatz für Sichtverbindlichkeiten ermässigt worden war. Es ist dies auf das ausserordentlich starke Steigen der

Einlagen zurückzuführen. Auch die Überschussreserven stiegen nun wieder auf 115,9 Mio DM im Monatsdurchschnitt der VII. Periode an und betrugen 0,32 % der Einlagensumme. Damit stieg das Reserve-Ist auf 2770 Mio DM im Monatsdurchschnitt der Periode. In der VIII. Periode setzte sich diese Entwicklung infolge der um jeweils 1 % erhöhten Reservesätze für alle Einlagen fort, insbesondere auch deswegen, weil die Einlagen weiter stark stiegen. Das Reservesoll erhöhte sich auf 3909 Mio DM, das Reserve-Ist auf 4031 Mio DM. Die nun folgende IX. Periode brachte um jeweils 1 % erhöhte Reservesätze für Sicht-, Termin- und Spareinlagen. Erstmals wurden nun auch die Verbindlichkeiten gegenüber Devisenausländern mit der Reservepflicht belegt, und zwar Sichteinlagen mit 20 % (!), Termineinlagen und Spareinlagen mit 10 %. Starke spekulative Zuflüsse ausländischer Gelder hatten dazu Veranlassung gegeben. Weitere Steigerungen führten in Verbindung damit zu einem Anstieg des Mindestreservesolls auf 5179 Mio DM im Monatsdurchschnitt dieser Periode. Auch in der X. Periode setzte sich diese Entwicklung fort, zumal die Reservesätze für Sichteinlagen von Ausländern auf 30 % und die für Termineinlagen auf 20 % erhöht worden waren. Das Reservesoll wurde in den beiden letzten Perioden von den Geschäftsbanken erfüllt, es waren darüber hinaus weiterhin Überschussreserven vorhanden. Allerdings gingen sie im Verhältnis zu den gesamten Einlagen weiter auf 0,24 % bzw. 0,20 % zurück. Nun ist noch auf eines hinzuweisen. Die Entwicklung der Zentralbankeinlagen von Geschäftsbanken, nach Monatsendständen betrachtet, zeigt teilweise, insbesondere jeweils im Dezember grössere Schwankungen. So stiegen im Dezember der Jahre 1949 - 1957 die Einlagen um 247, 330, 632, 1048, 892, 1331, 1069, 1712 und 1712 Mio DM. Im folgenden Monat fielen sie dann jeweils wieder um angenähert den gleichen Betrag. Da sich das Reservesoll in diesen Monaten nicht wesentlich änderte und andererseits die Überschussreserven im Monatsdurchschnitt des Monats Dezember immer nur geringfügig steigen, steht fest, dass diese Erhöhungen nur am Ende des Monats Dezember erfolgt sein können. Es ist eine bekannte Tatsache, dass die Banken bestrebt sind, jeweils zum Bilanzstichtag besonders hohe liquide Mittel auszuweisen, selbst wenn sie erst auf dem Kreditwege beschafft werden müssen. Die Geschäftsbanken vergrössern gewöhnlich im Dezember ihre Notenbankguthaben durch die Aufnahme von Refinanzierungskredit bei der Notenbank im Sinne einer Bilanzverschönerung.

b) Die Kassenreserven

Neben der Reserve an Notenbankguthaben halten Banken noch gewöhnlich sogen. Kassenreserven an Stückgeld. Das Halten von Kassenreserven ist in der Bundesrepublik nicht gesetzlich festgelegt, sondern vielmehr dem Ermessen des einzelnen Instituts überlassen. Daher fällt hier auch der Bestimmungsgrund "Reservesoll" weg. Es handelt sich bei diesen Kassenreserven lediglich um Reserven, die der flüssigen Abwicklung des Bankgeschäfts dienen. Da wir oben den Stückgeldumlauf ohne Kassenreserven der Geschäftsbanken betrachteten, ist nunmehr die tendenzielle Wirkung dieser Reserven auf die Refinanzierung zu untersuchen. Die Kassenreserven stiegen - wenn man von monatlichen Schwankungen absieht - sehr gleichmässig an. Ihre Steigerung betrug von Anfang 1949 bis Ende 1957 526 Mio DM, das sind 197 %. In der gleichen Zeit stiegen die Sichteinlagen um etwa 227 %, so dass hier eine gewisse Beziehung zu erkennen ist. Das etwas schwächere Steigen der Kassenreserven mag wohl darauf zurückzuführen sein, dass diese Reserven nicht nur für Sichteinlagen gehalten werden, sondern auch für Termin- und Spareinlagen, wenn auch nur in einem wesentlich geringeren Prozentsatz. Die Sichteinlagen nahmen innerhalb aller Einlagen gegenüber Termin- und Spareinlagen prozentual stark ab, so brauchte auch nicht mehr der alte Satz an Kassenreserven gehalten zu werden. In dem geschilderten Ausmass waren die Geschäftsbanken gezwungen, sich Stückgeld für ihre Kassenreserven zu beschaffen, dadurch erhöhte sich ihr Refinanzierungsbedarf tendenziell.¹⁾

5) Die Gesamtentwicklung in den Jahren 1949 - 1957

Die Liquidität der Geschäftsbanken war in den ersten Monaten nach der Währungsreform besonders gross, so dass dementsprechend ihr Refinanzierungsbedarf gering war und sie eine ziemliche Unabhängigkeit vom Zentralbanksystem aufwiesen. Das hatte mehrere Gründe. Einmal hatten die öffentlichen Körperschaften ihre Einlagen beim Zentralbanksystem gleich nach der Währungsreform zu den Geschäftsbanken umdisponiert, zum anderen waren den Geschäftsbanken selbst im Zuge der Währungsumstellung erhebliche DM - Gutschriften erteilt worden. Die Geschäftsbanken waren daher auch geneigt, ihr Kreditvolumen auszudehnen, was sich in einem starken Anwachsen des Stückgeldumlaufs ausdrückte. Die BDL suchte dieser Entwicklung, weil sie der mit dieser Ausdehnung ver-

1) Vgl. die oben auf Seite 22 gemachten Ausführungen und Tabelle XIV im Anhang!

bundenen Entstehung inflationärer Tendenzen nicht tatenlos zusehen konnte, durch eine am 1. Dezember 1948 erfolgte Erhöhung der Mindestreservesätze zu steuern. Eine Diskonterhöhung hätte wirkungslos bleiben müssen, weil es den Geschäftsbanken möglich gewesen wäre, infolge der herrschenden Preishausse für ihre Refinanzierung ohne weiteres mehr zu zahlen. In der ersten Hälfte des Jahres 1949 erhöhte sich zwar der Geldumlauf weiter, da aber einmal die BDL wesentlich mehr an Exporteure auszahlte als Importeure bei ihr einzahlten und sie andererseits ihre Kreditgewährung an Nichtbanken steigerte, stieg die Liquidität der Geschäftsbanken und ihr Refinanzierungsbedarf nahm ab. Das zweite Halbjahr 1949 war durch eine Umkehrung der Situation auf dem Aussenhandelssektor gekennzeichnet. Die Importeure zahlten jetzt wesentlich mehr ein als an Exporteure ausgezahlt wurde, d.h. den Geschäftsbanken wurde Zentralbankgeld entzogen. Ähnlich wirkte die weiter ziemlich starke Ausdehnung des Stückgeldumlaufs auf die Banken illiquidisierend. Dem standen nur geringe liquiditätserhöhende Faktoren gegenüber, so dass der Refinanzierungsbedarf der Geschäftsbanken bis zum Jahresende stark anstieg. Dabei hätte dieser Refinanzierungsbedarf noch grösser sein müssen, wäre nicht den Geschäftsbanken auf Grund der Reservesatzsenkungen vom 1. Juni und 1. September eine Senkung ihrer Zentralbankguthaben möglich gewesen.

Bis ungefähr in den August 1950 hinein gingen vom Aussenhandel kaum bedeutende liquidisierende Wirkungen aus. Der Stückgeldumlauf stieg weiter und auch die auf Konten bei der BDL eingezahlten Gegenwertmittel erhöhten sich. Immerhin stand diesem Entzug von Zentralbankgeld ein noch etwas höherer Zufluss entgegen, der aus der Kreditgewährung der BDL an die öffentliche Hand resultierte. Im ganzen gesehen war es den Geschäftsbanken daher möglich, bis in den August hinein ihre Refinanzierungsverbindlichkeiten abzubauen. Dann jedoch machten sich die Wirkungen der Koreakrise bemerkbar. Bis zum Februar 1951 stiegen die Einzahlungsüberschüsse auf den Aussenhandelskonten bei der BDL sprunghaft an; die zur Steuerung des Preisauftriebs am 1. Oktober 1950 verfügte Mindestreserveerhöhung erzwang einen Abfluss von Zentralbankgeld zur Erfüllung der Reservepflicht; ausserdem führte die am 1. Oktober eingeführte Bardepotpflicht zu einer Erhöhung des Zentralbankgeldbedarfs. Dem stand kein nennenswerter Zufluss von Zentralbankgeld entgegen, was zur Folge hatte, dass der Refinanzierungsbedarf neuerdings stark anstieg. Ab März 1951 prägte die Entwicklung

der Aussenhandelskonten der Lage ihren Stempel auf. Infolge der im Februar 1951 erfolgten Restriktionsmassnahmen, speziell infolge der Einschränkung der Liberalisierung des Aussenhandels wiesen diese Konten in wachsendem Masse Auszahlungsüberschüsse auf, so dass hiervon auf den Refinanzierungsbedarf eine reduzierende Wirkung ausging. Dass das im Verlauf der Entwicklung des Refinanzierungsbedarfes zunächst nicht so deutlich sichtbar wurde, ist auf die anderen gleichzeitig wirkenden Einflüsse zurückzuführen, die den Refinanzierungsbedarf tendenziell steigerten. Hier ist zunächst der Stückgeldumlauf zu nennen, der bis Ende des Jahres wieder sehr stark anstieg und den Geschäftsbanken entsprechend Liquidität entzog. Daneben waren es insbes. die Bardepots, durch die eine Steigerung des Refinanzierungsbedarfes hervorgerufen wurde. Diese Bardepots wurden im Oktober wieder aufgelöst und damit flossen diese ganzen Mittel den Geschäftsbanken zu. Dass sich daraus nicht eine drastische Verminderung des Refinanzierungsbedarfes ergab, ist nur dem Umstand zu verdanken, dass ungefähr in derselben Zeit eine grössenmässig ähnliche Abdeckung von Krediten des Zentralbanksystems an die öffentliche Hand erfolgte, die den Refinanzierungsbedarf entsprechend erhöhte. In der folgenden Zeit - etwa bis Oktober 1954 - sank die Refinanzierung der Geschäftsbanken ziemlich stetig bis fast auf den Stand von Anfang 1949, d.h. es floss innen laufend Zentralbankgeld zu, das sie zum Abbau ihrer hohen Refinanzierung benutzen konnten. Der Überschuss des Auslandszahlungsverkehrs führte ihnen diese Gelder zu und zwar in einem Umfange, dass sie neben dem Abbau ihrer Zentralbankverschuldung hohe Geldentzüge durch den Stückgeldumlauf und durch die Erhöhung der Einlagen von öffentlichen Stellen beim Zentralbanksystem finanzieren konnten. Sogar ihre Reserven konnten sie etwas anreichern. Eine Verlangsamung dieser Entwicklung trat in der folgenden Phase etwa bis August 1955 ein. Der Geldzufluss aus dem Auslandsgeschäft bei den Geschäftsbanken war nicht mehr so gross wie bisher; dazu kam, dass neben der weiteren Steigerung des Stückgeldumlaufes und der Einlagen der öffentlichen Hand beim Zentralbanksystem durch die in diesem Jahre einsetzende Offenmarktpolitik des Zentralbanksystems Geld von den Geschäftsbanken abfloss. Schliesslich mussten auch die Reserven beim Zentralbanksystem erhöht werden. So blieb in diesem Abschnitt die Refinanzierung nahezu unverändert, d.h. es sind keine bedeutenden Refinanzierungsbedarfe aufgetreten. Ein sehr starker Anstieg der Refinanzierung, d.h. grosse Refinanzie-

rungsbedarfe bis etwa März 1956 und darauf wieder ein Fallen auf den vorherigen Stand bis zum Ende des Berichtszeitraumes gaben der nächsten Zeit das Gepräge. Zunächst hatte der weitere starke Ausfuhrsoog zu wachsenden Zahlungsüberschüssen geführt und wirkte auf die Geschäftsbanken liquidisierend. Trotzdem zwangen das weitere Anwachsen des Stückgeldumlaufes, die diesmal besonders starke Steigerung der Zentralbankguthaben der öffentlichen Hand sowie der Bedarf nach Zentralbankgeld für steigenden Reserven zu einer starken Ausdehnung der Refinanzierung, d.h. führten zu grossen Refinanzierungsbedarfen. Dann aber beschleunigte sich das Wachsen der Zahlungsüberschüsse aus dem Auslandsgeschäft so, dass die Verschuldung der Geschäftsbanken beim Zentralbanksystem stark abgebaut werden konnte, obgleich Stückgeldumlauf, Einlagen der öffentlichen Hand beim Zentralbanksystem und Notenbankguthaben der Geschäftsbanken weiter zunahmen. Schliesslich sahen sich die BDL bzw. die DB gezwungen, durch die stark wachsende Abgabe von Offenmarktpapieren an den Markt die zu grossen Mengen an liquiden Mitteln abzuschöpfen. Trotzdem traten in dieser Zeit laufend Überschüsse an Notenbankguthaben auf, die das Gegenteil von Refinanzierungsbedarfen darstellen.

S t a t i s t i s c h e r
A n h a n g

T a b e l l e I

Die Inanspruchnahme des Refinanzierungskredites des Zentralbanksystems bzw. der DB durch die Geschäftsbanken in Mio DM (Stand am Monatsende)¹⁾

Mt	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957
J	.	1481,2	3774,0	4435,5	4625,3	3075,0	2094,3	1916,5	4106,8	1775,6
F	.	1538,6	3852,2	5063,4	4380,8	2959,3	2211,8	1826,7	4328,3	1679,4
M	.	1557,6	3820,4	4739,9	4324,1	2832,3	2396,1	2164,3	4893,0	2038,7
A	.	1559,1	3678,9	4283,1	3573,6	2423,3	1869,6	1626,4	4498,8	1911,4
M	.	1352,7	3548,3	4238,2	3276,4	2272,0	1995,7	1698,0	4067,3	2040,5
J	.	1212,1	3439,3	4410,2	3661,5	2419,8	2425,4	2122,5	3957,8	2894,1
J	.	1426,9	3340,7	4203,9	3121,3	2056,9	1904,5	2331,0	3364,3	1920,4
A	.	1797,6	3190,0	4102,3	3024,0	2230,9	1669,9	1890,2	2666,3	1225,9
S	363,2	2059,3	3878,8	4616,0	3049,2	2455,9	1821,1	3031,7	2935,3	1645,6
O	855,9	2735,5	4548,1	4057,5	2739,9	2237,7	1726,9	3168,9	2155,7	1223,3
N	1344,2	3393,8	4646,6	4242,2	2753,8	2300,8	1777,7	3774,7	1972,9	1121,6
D	1650,9	3752,8	4959,8	5304,7	3798,7	3124,4	3090,2	4397,6	2890,2	1676,6

T a b e l l e II

Die Entwicklung des Refinanzierungsbedarfs der Geschäftsbanken in Mio DM¹⁾

(+) bedeutet einen Refinanzierungsbedarf, (-) bedeutet das Gegenteil, einen Refinanzierungsüberschuss

Mt	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957
J	.	- 170	+ 21	- 525	- 680	- 724	-1030	-1174	- 291	-1115
F	.	+ 57	+ 78	+ 628	- 245	- 116	+ 118	- 90	+ 222	- 96
M	.	+ 19	- 32	- 323	- 56	- 127	+ 184	+ 337	+ 565	+ 359
A	.	+ 2	- 141	- 457	- 750	- 409	- 527	- 538	- 394	- 127
M	.	- 206	- 130	- 45	- 298	- 151	+ 126	+ 71	- 432	+ 129
J	.	- 141	- 109	+ 172	+ 385	+ 148	+ 430	+ 425	- 109	+ 854
J	.	+ 215	- 98	- 206	- 540	- 363	- 521	+ 208	- 594	- 974
A	.	+ 372	- 151	- 101	- 97	+ 174	- 235	- 441	- 698	- 695
S	.	+ 262	+ 688	+ 513	+ 25	+ 225	+ 151	+1142	+ 269	+ 420
O	+ 493	+ 676	+ 669	- 559	- 309	- 218	- 94	+ 137	- 780	- 422
N	+ 489	+ 658	+ 99	+ 185	+ 14	+ 63	+ 51	+1226	- 183	- 102
D	+ 307	+ 359	+ 313	+1063	+1045	+ 824	+1313	+1223	+ 917	+ 555

1) Quellen: Statistisches Handbuch der BDL, Frankfurt 1955, S.15, und Monatsberichte der BDL bzw. der DB, passim.

T a b e l l e III

Der tendenzielle Einfluss des Bargeldumlaufes ausserhalb der Geschäftsbanken auf den Refinanzierungsbedarf in Mio DM¹.

(+) bedeutet Steigerungstendenz, (-) bedeutet Minderungstendenz.

Mt	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957
J	.	- 132	- 154	- 472	- 106	- 126	- 306	- 193	- 344	- 392
F	.	+ 85	- 154	+ 23	+ 308	+ 251	+ 219	+ 121	+ 116	+ 448
M	.	+ 65	+ 156	+ 85	+ 87	- 5	- 94	+ 170	+ 696	+ 136
A	.	+ 141	+ 144	+ 179	+ 109	+ 232	+ 244	+ 224	- 261	+ 456
M	.	-	- 103	- 77	+ 191	- 34	- 149	- 77	+ 147	+ 203
J	.	+ 173	+ 274	+ 394	+ 73	+ 67	+ 44	+ 185	+ 183	+ 112
J	.	+ 128	+ 42	+ 166	+ 61	+ 234	+ 228	+ 256	- 64	- 4
A	.	+ 107	- 81	+ 396	+ 279	+ 74	- 82	- 172	+ 92	+ 287
S	.	+ 244	+ 226	+ 342	+ 76	+ 153	+ 282	+ 503	+ 193	+ 152
O	+ 550	- 1	- 118	- 97	+ 185	+ 138	+ 223	- 156	- 316	+ 158
N	+ 138	- 108	- 26	+ 244	+ 137	- 18	- 25	+ 117	+ 533	+ 338
D	+ 323	+ 388	+ 202	+ 25	+ 94	+ 189	+ 225	+ 329	- 138	- 338

T a b e l l e IV

Der Barabhebungssatz

(Prozentualer Anteil der umlaufenden Stückgeldmenge an der Gesamtgeldmenge)²⁾

Mt	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957
J	.	48,6	48,2	45,6	46,7	49,0	48,7	47,2	46,6	46,4
F	.	48,5	49,0	45,3	47,7	49,6	49,0	47,8	46,9	47,2
M	.	48,3	49,5	45,8	47,4	49,3	48,6	47,7	48,5	47,3
A	.	48,0	49,4	46,3	47,2	48,9	48,5	47,8	47,4	46,9
M	.	47,5	48,0	45,9	48,2	48,2	47,6	47,0	47,3	47,3
J	.	48,0	49,2	46,2	48,1	48,0	47,8	47,0	47,6	47,3
J	.	48,7	.	46,6	47,9	48,6	48,0	47,5	47,2	46,7
A	.	48,3	.	47,0	48,0	48,4	47,3	46,6	47,0	46,5
S	.	48,3	47,2	48,0	48,0	48,4	47,7	47,7	47,6	45,2
O	50,5	47,5	.	46,3	48,2	49,0	48,0	46,7	46,5	45,6
N	48,6	47,0	46,0	46,3	48,5	48,2	47,0	46,5	46,8	45,6
D	49,0	48,2	46,5	45,6	47,5	48,0	45,5	45,3	44,5	43,1

1) Quellen: Statistisches Handbuch der BDL und Monatsberichte der BDL bzw. DB, a.s.O., passim.

2) Quelle: Lierow, Der Geldschöpfungskoeffizient der Kreditbanken in der Bundesrepublik, Berlin 1957, S.29.
Für die Jahre 1956 und 1957 dienten als Grundlage der Berechnung: Monatsberichte der BDL bzw. der DB, passim.

T a b e l l e V

Einzelhandelsumsätze und Stückgeldumlauf ausserhalb der Geschäftsbanken in % 1)

Veränderung gegen 1950 Monats ² 1950 = 100			Veränderung in % des Vormonats		Veränderung in % des gleichen Monats des Vorjahres	
EH.-Ums.		Stückg.-U.	EH.-Ums.	Stückg.-U.	EH.-Ums.	Stückg.-Uml.
1	J	75	80	- 27	- 2	.
9	F	75	61	+ 4	+ 1	.
4	M	86	82	+ 13	+ 1	.
9	A	89	84	+ 4	+ 2	.
	M	83	84	- 7	-	.
	J	81	86	- 2	+ 3	.
	J	86	88	+ 6	+ 2	.
	A	81	89	- 6	+ 2	.
	S	89	93	+ 10	+ 4	.
	O	94	93	+ 6	-	.
	N	95	91	+ 1	- 2	.
	D	133	96	+ 40	+ 6	.
	J	86	94	- 35	- 2	+ 18
	F	82	95	- 5	+ 1	+ 8
	M	95	97	+ 16	+ 2	+ 10
1	A	90	99	- 9	+ 2	+ 1
9	M	87	98	- 3	- 1	+ 5
5	J	88	101	+ 1	+ 4	+ 9
0	J	99	102	+ 13	+ 1	+ 15
	A	104	101	+ 5	- 1	+ 28
	S	105	104	+ 1	+ 3	+ 18
	O	102	102	- 3	- 1	+ 9
	N	106	102	+ 4	-	+ 17
	D	156	105	+ 47	+ 3	+ 17
	J	104	98	- 33	- 6	+ 22
	F	102	99	- 2	-	+ 24
	M	116	100	+ 14	+ 1	+ 22
1	A	107	102	+ 14	+ 2	+ 19
9	M	101	101	- 6	- 1	+ 16
5	J	109	106	+ 8	+ 5	+ 24
1	J	108	108	- 1	+ 2	+ 9
	A	114	113	+ 6	+ 5	+ 10
	S	113	118	- 1	+ 4	+ 9
	O	122	117	+ 8	- 1	+ 20
	N	121	120	- 1	+ 3	+ 14
	D	174	120	+ 44	-	+ 12
	J	113	119	- 35	- 1	+ 9
	F	113	123	-	+ 3	+ 11
	M	127	124	+ 12	+ 1	+ 9
1	A	128	125	+ 1	+ 1	+ 10
9	M	125	128	- 2	+ 2	+ 24
5	J	115	129	- 8	+ 1	+ 6
2	J	129	129	+ 12	+ 1	+ 19
	A	125	133	- 3	+ 3	+ 10
	S	127	134	+ 2	+ 1	+ 12
	O	128	136	+ 1	+ 2	+ 5
	N	123	138	- 4	+ 1	+ 2
	D	190	139	+ 55	+ 1	+ 9

1) Grundlage: Statistisches Handbuch der BDL, a.a.O., S.16 und Monatsberichte der BDL bzw. der DB, passim.

Tabelle V : Fortsetzung

	J	124	138	- 35	- 1	+ 10	+ 16
	F	118	141	- 5	+ 2	+ 4	+ 15
	M	141	141	+ 20	-	+ 11	+ 14
1	A	135	144	- 4	+ 2	+ 5	+ 14
9	M	125	143	- 7	-	-	+ 12
5	J	129	144	+ 3	+ 1	+ 12	+ 12
3	J	143	147	+ 11	+ 2	+ 11	+ 14
	A	134	148	- 6	+ 1	+ 7	+ 12
	S	136	150	+ 2	+ 1	+ 7	+ 12
	O	137	152	+ 2	+ 1	+ 7	+ 12
	N	132	152	- 4	-	+ 7	+ 11
	D	198	154	+ 50	+ 2	+ 4	+ 11
	J	118	150	- 40	- 3	+ 5	+ 9
	F	111	153	- 6	+ 2	+ 9	+ 9
	M	128	152	+ 15	- 1	+ 4	+ 8
1	A	142	155	+ 11	+ 2	+ 14	+ 8
9	M	129	153	- 9	-	+ 4	+ 7
5	J	126	154	- 2	-	+ 9	+ 7
4	J	142	157	+ 12	+ 2	+ 9	+ 6
	A	123	156	- 13	- 1	+ 4	+ 5
	S	126	159	+ 2	+ 2	+ 6	+ 6
	O	141	162	+ 12	+ 2	+ 3	+ 7
	N	143	162	+ 1	-	+ 8	+ 7
	D	218	165	+ 52	+ 2	+ 10	+ 7
	J	122	162	- 44	- 2	+ 3	+ 7
	F	127	164	+ 4	+ 1	+ 14	+ 7
	M	143	166	+ 13	+ 1	+ 12	+ 9
1	A	153	169	+ 7	+ 2	+ 8	+ 9
9	M	146	168	- 5	-	+ 13	+ 10
5	J	136	170	- 7	+ 2	+ 8	+ 11
5	J	154	173	+ 13	+ 2	+ 8	+ 11
	A	138	171	- 4	- 1	+ 12	+ 10
	S	141	178	+ 2	+ 12	+ 12	+ 12
	O	160	176	+ 13	- 1	+ 13	+ 8
	N	161	177	+ 1	+ 1	+ 12	+ 10
	D	240	181	+ 49	+ 2	+ 10	+ 10
	J	137	177	- 43	- 2	+ 13	+ 9
	F	141	179	+ 3	+ 1	+ 11	+ 9
	M	176	187	+ 25	+ 5	+ 24	+ 13
1	A	147	184	- 16	- 2	- 3	+ 9
9	M	162	186	+ 10	+ 1	+ 12	+ 11
5	J	161	188	- 1	+ 1	+ 20	+ 8
6	J	161	187	-	-	+ 4	+ 8
	A	161	189	-	+ 1	+ 17	+ 10
	S	150	191	+ 6	+ 1	+ 8	+ 8
	O	172	187	+ 15	- 2	+ 8	+ 7
	N	190	184	+ 10	+ 4	+ 18	+ 10
	D	264	192	+ 39	- 1	+ 9	+ 6
	J	153	187	- 42	- 3	+ 11	+ 6
	F	146	193	- 5	+ 3	+ 4	+ 8
	M	167	195	+ 14	+ 1	- 5	+ 4
1	A	186	201	+ 12	+ 3	+ 26	+ 9
9	M	173	203	- 7	+ 1	+ 6	+ 9
5	J	166	205	- 4	+ 1	+ 3	+ 9
7	J	182	205	+ 10	-	+ 13	+ 9
	A	174	208	- 5	+ 2	+ 8	+ 10
	S	163	211	- 6	+ 1	+ 8	+ 10
	O	188	213	+ 15	+ 1	+ 9	+ 14
	N	197	217	+ 5	+ 4	+ 4	+ 12
	D	273	212	+ 39	- 2	+ 3	+ 10

T a b e l l e VI

Zusammenfassende Übersicht über die Bestimmungsfaktoren des Stückgeldumlaufes (Jahresdurchschnitte der Monatsendstände)

Jahr	Gesamtgeld- umlauf 1)		Stückgeld- umlauf 1)		EH.- Ums. 1)	Bruttolöhne u.-gehälter 2)		Barabheb.-Satz 1)	
	Mio DM	% des Jahres 1950	Mio DM	% des Jahres 1950	% des Jahres 1950	Mrd DM	% des Jahres 1950	% des Jahres 1950	
1948 ³⁾	11975	74	5927	76,3	.	.	.	49,4	102,7
1949	14328	89	6787	87,3	89	.	.	48,1	100
1950	16079	100	7768	100	100	39,3	100	48,1	100
1951	18223	113	8430	108,5	116	47,7	121	46,2	96,1
1952	21063	131	10048	129,3	129	53,5	136	47,8	99,4
1953	23372	145	11103	142,9	138	59,0	150	48,7	101,2
1954	25427	158	12142	156,3	137	63,8	162	47,8	99,4
1955	28275	176	13297	171,1	152	72,2	184	47,1	97,9
1956	30895	192	14508	186,8	169	81,1	206	47,0	97,7
1957	34286	213	15836	204	181	.	.	46,3	96,3

T a b e l l e VII

Der tendenzielle Einfluss der Veränderungen der Notenbankguthaben der öffentlichen Hand auf den Refinanzierungsbedarf in Mio DM 4) 5)

(+) bedeutet Steigerungstendenz, (-) bedeutet Minderungstendenz

Mt	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957
J	.	+ 12	+ 277	- 197	- 188	+ 260	+ 412	+ 515	+ 734	+ 260
F	.	- 45	+ 89	+ 38	- 13	+ 94	+ 68	- 46	+ 491	+ 303
M	.	- 24	+ 21	- 101	- 100	- 37	+ 434	- 57	- 268	+ 123
A	.	+ 17	- 77	- 242	- 319	- 589	- 430	- 666	+ 207	- 39
M	.	- 72	+ 55	+ 168	+ 139	+ 102	+ 406	+ 323	+ 76	+ 121
J	.	- 76	- 185	- 60	+ 317	+ 193	+ 457	+ 54	+ 326	+ 102
J	.	+ 175	- 224	- 100	- 124	- 52	- 224	+ 186	- 80	- 612
A	.	- 42	- 27	+ 10	- 22	+ 504	- 77	+ 143	+ 185	- 632
S	- 1751	- 9	+ 12	- 7	+ 581	+ 321	+ 550	+ 689	+ 421	+ 756
O	- 164	+ 136	- 96	- 76	- 175	+ 53	- 246	+ 193	- 300	- 76
N	+ 9	+ 222	+ 37	+ 319	+ 8	+ 302	+ 292	+ 577	+ 157	- 525
D	- 26	- 434	- 125	+ 248	+ 247	+ 478	+ 92	+ 321	- 32	+ 433

- 1) Grundlage: Statistisches Handbuch der BDL, a.a.O., S.16 und Monatsberichte der BDL bzw. der DB, passim.
- 2) Quelle: Monatsberichte der BDL, Jan. 1956, S.45 und Jan. 1957, S.55.
- 3) Nur 4 Monate !
- 4) Quelle: Monatsberichte der BDL bzw. der DB, passim.
- 5) Die liquiditätsunwirksamen Faktoren wie Münzgutschrift etc. sind hier ausgeschaltet.

T a b e l l e VIII

Die Wirkung von Einlagen alliierter Stellen (A), Gegenwertmitteln(B) und Einlagen von Wirtschaft und Privaten (C) beim Zentralbanksystem bzw. der DB auf den Refinanzierungsbedarf in Mio DM 1)
(+) bedeutet Steigerungstendenz, (-) bedeutet Minderungstendenz.

Monat	1949			1950			1951		
J	+ 35	-	+ 6	- 134	- 508	- 6	+ 128	+ 21	- 51
F	+ 37	-	-	+ 16	+ 352	+ 12	- 7	+ 75	+ 30
M	+ 39	-	- 7	- 9	- 34	- 5	- 16	- 81	+ 32
A	- 2	-	+ 77	+ 45	+ 136	- 8	+ 47	+ 44	- 20
M	+ 12	-	- 64	+ 20	+ 115	+ 28	- 4	+ 55	+ 10
J	+ 16	-	+ 38	+ 104	+ 177	+ 7	+ 40	- 39	+ 21
J	+ 34	-	- 13	- 229	+ 15	- 3	+ 15	+ 43	+ 29
A	+ 24	-	- 72	+ 46	- 82	- 4	- 18	+ 18	+ 33
S	- 164	-	- 3	+ 24	- 20	+ 14	- 27	+ 55	+ 22
O	+ 17	-	+ 24	+ 4	+ 72	- 31	+ 41	- 16	- 81
N	- 21	-	- 31	+ 99	+ 72	+ 17	- 8	+ 55	+ 49
D	- 19	-	+ 5	- 36	- 218	+ 101	+ 33	- 262	- 55
	1952			1953			1954		
J	+ 17	- 5	+ 5	+ 18	- 4	- 14	- 27	+ 6	- 2
F	- 79	+ 42	- 2	- 37	- 182	- 6	- 6	+ 15	- 13
M	- 39	- 63	- 21	- 32	- 15	+ 7	- 10	+ 24	+ 14
A	- 71	- 49	+ 30	+ 117	- 40	+ 34	-	+ 60	+ 36
M	- 9	- 90	- 16	- 50	- 49	- 12	- 21	- 22	- 4
J	- 14	- 44	+ 15	- 6	- 22	- 14	- 3	- 20	- 24
J	- 16	- 127	- 37	- 75	+ 45	- 6	- 19	+ 19	+ 15
A	- 14	+ 3	- 2	- 10	+ 26	- 10	+ 3	- 39	+ 42
S	+ 8	- 20	+ 10	- 37	+ 5	+ 2	+ 6	+ 8	+ 12
O	- 6	- 48	+ 18	- 7	- 89	- 17	- 2	+ 10	- 72
N	- 12	+ 3	+ 12	+ 21	+ 4	+ 32	- 32	+ 11	+ 3
D	- 8	- 49	- 18	- 14	- 32	- 17	- 4	- 43	+ 79
	1955			1956			1957		
J	- 5	- 6	+ 24	- 9	+ 10	- 16	- 11	+ 21	- 80
F	- 9	- 6	+ 8	-	- 27	+ 18	- 12	- 47	+ 8
M	+ 1	+ 3	- 47	- 12	- 24	+ 19	+ 96	-	+ 8
A	+ 4	+ 25	- 72	- 15	+ 25	- 10	- 74	- 7	+ 23
M	- 5	- 33	+ 9	- 43	+ 3	+ 29	- 23	- 7	+ 23
J	- 26	+ 4	- 15	- 10	+ 3	- 36	+ 239	- 13	- 18
J	- 22	+ 19	- 5	- 27	- 9	- 14	+ 73	+ 27	- 21
A	- 13	- 22	+ 14	+ 23	- 16	+ 1	- 62	+ 5	+ 120
S	- 31	+ 35	+ 6	- 7	- 22	- 1	+ 131	+ 75	+ 1
O	- 17	- 28	- 5	- 25	+ 19	- 20	- 302	- 69	+ 166
N	- 17	- 37	+ 18	- 10	- 18	+ 42	- 67	- 16	+ 96
D	+ 6	- 17	+ 31	+ 13	- 2	+ 45	+ 9	+ 7	- 91

1) Quelle: Stat. Handbuch der BDL, a.a.O., S.14 und Monatsberichte der BDL bzw. der DB, passim.

T a b e l l e IX

Der tendenzielle Einfluss der Veränderungen der Zentralbankkredite an Nichtbanken auf den Refinanzierungsbedarf der Geschäftsbanken in Mio DM 1)

(+) bedeutet Steigerungstendenz, (-) bedeutet Minderungstendenz.

Mt	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957
J	+ 29	+ 75	+ 312	+ 17	+ 55	+ 68	+ 137	+ 251	+ 154
F	+ 17	- 2	- 134	- 87	+ 19	+ 20	- 27	- 82	- 50
M	- 76	- 51	+ 182	- 93	+ 37	+ 26	- 160	+ 123	+ 33
A	- 155	- 195	- 89	- 79	+ 23	- 23	+ 192	- 32	- 43
M	+ 39	- 443	- 128	+ 308	+ 13	+ 21	- 27	- 1	- 25
J	- 39	+ 142	- 126	+ 137	+ 30	+ 37	- 47	+ 51	+ 63
J	+ 93	+ 48	- 105	- 10	- 15	- 68	+ 93	- 15	- 37
A	+ 117	- 184	- 78	- 29	- 12	+ 15	- 79	- 117	- 9
S	- 17	+ 176	+ 502	+ 24	- 3	+ 43	+ 45	+ 114	+ 99
O	+ 13	- 44	+ 190	- 26	+ 2	- 8	- 6	- 77	+ 19
N	+ 2	- 150	- 81	- 61	+ 22	- 25	- 84	+ 16	- 35
D	- 121	- 27	+ 79	+ 186	- 94	- 125	- 129	- 28	+ 6

T a b e l l e X

Tendenzielle Wirkung des An- und Verkaufs von Offenmarktpapieren seitens der BDL bzw. der DB auf den Refinanzierungsbedarf der Geschäftsbanken in Mio DM 1)

(+) bedeutet Steigerungstendenz, (-) bedeutet Minderungstendenz.

Mt	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957
J	- 1	- 2	- 78	+ 610	+ 374	+ 278	+ 187	+ 466	+1213
F	-	- 13	- 105	- 51	- 38	- 54	- 158	+ 9	- 70
M	- 35	+ 18	+ 270	+ 178	+ 47	+ 74	+ 112	+ 114	+ 157
A	- 15	+ 14	+ 3	- 52	+ 40	+ 31	+ 56	- 227	+ 385
M	- 1	+ 15	- 234	+ 8	+ 66	+ 3	+ 227	+ 198	+ 420
J	- 51	- 380	+ 53	- 98	- 83	- 29	+ 211	- 134	- 36
J	- 5	+ 139	+ 55	+ 196	+ 67	+ 8	- 47	+ 136	+ 907
A	- 42	- 48	+ 68	- 62	- 116	+ 10	- 21	+ 118	+1405
S	- 12	- 149	- 90	- 79	+ 116	+ 3	- 24	- 123	- 387
O	- 4	- 124	+ 129	+ 194	+ 97	- 1	+ 4	+ 518	+ 169
N	+ 25	+ 73	- 151	- 102	+ 11	- 4	- 200	+ 82	- 102
D	- 94	+ 11	- 136	- 529	- 312	- 187	- 332	- 632	-1455

1) Quelle: Statistisches Handbuch der BDL, a.a.O., S.14 und Monatsberichte der BDL bzw. der DB, passim.

T a b e l l e X I

Wirkung des Saldos der Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts¹⁾
bei der BDL bzw. der DB auf den Refinanzierungsbedarf der Geschäfts-
banken in Mio DM²⁾
(+) bedeutet Steigerungstendenz, (-) bedeutet Minderungstendenz.

Mt	1949 ³⁾	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957
J	+ 11	+ 971	+ 173	- 263	- 214	- 404	- 226	- 273	- 444
F	+ 4	- 157	+ 164	- 174	- 273	- 266	- 67	- 164	- 654
M	- 58	+ 48	- 201	- 218	- 115	- 352	- 42	- 220	- 629
A	+ 20	- 137	- 291	- 343	- 325	- 239	- 76	- 373	- 774
M	- 171	+ 18	- 450	- 413	- 247	- 294	- 264	- 548	- 829
J	- 144	- 217	- 312	- 574	- 320	- 253	- 270	- 747	- 651
J	+ 79	- 9	- 333	- 395	- 447	- 349	- 325	- 797	-1081
A	+ 170	+ 63	- 387	- 327	- 359	- 365	- 151	- 513	-1656
S	+ 418	+ 416	- 218	- 290	- 339	- 208	- 195	- 687	-1326
O	+ 228	+ 359	- 160	- 196	- 326	- 127	- 180	- 559	- 276
N	+ 458	+ 119	- 95	- 67	- 266	- 147	- 143	- 538	+ 29
D	+ 530	+ 65	+ 38	- 125	- 489	- 310	- 296	- 453	+ 64

T a b e l l e X I I

Die Wirkung der Reservehaltung an Notenbankguthaben bei den Geschäfts-
banken auf deren Refinanzierungsbedarf in Mio DM⁴⁾
(+) bedeutet Steigerungstendenz, (-) bedeutet Minderungstendenz.

Mt	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957
J	- 93	- 258	- 470	- 687	- 926	- 957	-1392	- 953	-1565
F	- 114	- 60	+ 448	- 50	- 53	+ 138	+ 209	- 28	+ 67
M	+ 117	- 70	- 135	+ 136	+ 7	+ 88	+ 127	+ 6	+ 461
A	+ 7	+ 97	- 90	+ 59	+ 24	- 169	- 77	+ 225	- 209
M	+ 13	+ 102	+ 152	- 414	+ 233	+ 205	- 29	- 254	+ 406
J	- 185	- 50	+ 40	+ 421	+ 108	+ 220	+ 285	+ 206	+ 883
J	- 183	-	+ 2	- 133	- 94	- 281	+ 38	+ 153	- 325
A	+ 34	+ 36	+ 12	+ 99	+ 210	+ 351	- 110	- 266	- 88
S	- 178	+ 5	+ 42	- 192	- 115	- 477	+ 219	+ 329	+ 765
O	+ 139	+ 379	+ 82	- 216	- 22	+ 229	+ 243	- 191	- 282
N	- 96	+ 67	+ 82	+ 197	+ 64	- 13	+ 84	- 232	+ 56
D	+ 247	+ 330	+ 632	+1048	+ 892	+1331	+1069	+1712	+1712

1) Saldo aus folgenden Positionen: Gold, Guthaben bei ausländ. Banken, Sorten, Auslandsschecks und ausl. Geldmarktpapiere abzügl. Guthaben ausl. Banken, Exportakkreditive und sonstige Währungskonten.

2) Quelle: Statistisches Handbuch der BDL, a.a.O., S.14 und Monatsberichte der BDL bzw. der DB, passim.

3) Bis einschliesslich Juni 1950 einschliesslich der Gegenwertmittel.

4) Quelle: Monatsberichte der BDL bzw. der DB, passim.

T a b e l l e XIII

Die Reserven an Notenbankguthaben bei den Geschäftsbanken und ihre Bestimmungsgründe 1)

Bestimmungsgründe 7)								
Periode	Zeitraum	Mind.- Res.- Soll Mon.-Ø	Res.-Sätze in der höchsten Reserve- klasse			Verbindl. gegenüber Devisenausländern		
			Sicht= einlg.	Term.- einlg.	Spar- einlg.	Sicht= einlg.	Term.- einlg.	Spar- einlg.
I	Dez.48-Mai 49	1198,2	15	5	5	-	-	-
II	Jun.49-Aug.49	1098,1	12	5	5	-	-	-
III	Sep.49-Sep.50	1008,1	10	4	4	-	-	-
IV	Okt.50-Apr.52	1989,4	15	8	4	-	-	-
V	Mai 52-Aug.52	2234,5	15	8	4	-	-	-
VI	Sep.52-Jan.53	2090,2	12	7	4	-	-	-
VII	Feb.53-Aug.55	2654,4	11	7	4	-	-	-
VIII	Sep.55-Apr.57	3909,3	12	8	5	-	-	-
IX	Mai 57-Aug.57	5178,7	13	9	6	20	10	10
X	Sep.57-Dez.57	6074,9	13	9	6	30	20	10

Peri- ode	Einlagen bei den Geschäfts- banken (Ø der Monatsendstände)			Reserve= Ist Mon.-Ø	Überschussres. Mon.-Ø		Gesamtreser- ven am Mon.- ende
	Sicht-	Termin-	Spar-		in % aller Einlg.		
I	6861,6	1638,6	1994,5	1503,6	305,4	2,91	1453,7
II	7654,8	1879,1	2579,4	1281,1	182,9	1,5	1178,6
III	8141,4	2541,2	3415,8	1102,0	93,9	0,66	1021,2
IV	9924,3	5305,4	4039,5	2061,5	67,4	0,35	1819,3
V	10905,7	6994,9	6067,1	2303,8	69,3	0,28	1946,4
VI	11443,3	7799,5	7033,9	2166,7	76,5	0,28	2039,5
VII	13183,3	10071,7	13603,4	2770,4	115,9	0,32	2508,8
VIII	16411,4	10856,9	22253,8	4031,4	122,1	0,24	3525,2
IX	18014,2	13765,6	25610,9	5294,9	116,2	0,20	4693,3
X	20336,6	15062,9	27078,5	6188,5	113,6	0,18	5867,3

T a b e l l e XIV

Der tendenzielle Einfluss der Kassenreserven bei den Geschäftsbanken auf den Refinanzierungsbedarf in Mio DM 1)

(+) bedeutet Steigerungstendenz, (-) bedeutet Minderungstendenz.

Mt	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957
J	.	- 2	+ 26	+ 33	+ 13	- 48	- 1	+ 6	+ 49	+ 30
F	.	- 10	- 8	- 7	- 55	- 12	- 17	- 15	- 28	- 24
M	.	+ 2	- 18	- 18	+ 45	+ 67	+ 46	+ 33	- 27	- 53
A	.	+ 1	+ 9	+ 23	- 3	- 54	- 42	- 48	+ 49	- 51
M	.	+ 11	+ 58	+ 32	- 1	+ 37	+ 65	+ 132	+ 47	- 51
J	.	- 2	- 51	- 39	+ 32	+ 16	+ 2	- 39	- 76	-
J	.	+ 5	+ 36	+ 61	+ 24	- 11	- 23	- 45	+ 102	+ 122
A	.	+ 8	+ 9	- 51	- 61	+ 15	+ 32	+ 58	- 86	- 128
S	.	- 13	- 35	+ 14	+ 37	+ 13	+ 9	- 75	- 5	+ 80
O	- 14	+ 25	+ 30	+ 41	- 31	- 34	- 54	+ 65	+ 83	- 2
N	+ 10	+ 17	+ 4	- 28	+ 27	+ 59	+ 70	+ 27	+ 30	+ 4
D	- 21	- 36	- 34	+ 30	+ 36	- 36	- 35	- 61	+ 30	+ 76

1) Quelle: Monatsberichte der BDL bzw. der DB, passim.

L I T E R A T U R

- B r a u n, Werner: Das Liquiditätsproblem der Kreditbanken, Stuttg. 1934.
- F o r s t m a n n, Albrecht: Geld und Kredit, Göttingen 1952.
- G e s t r i c h, Hans: Neue Kreditpolitik, Stuttgart 1936.
- G l e s k e, Leonhard: Die Liquidität in der Kreditwirtschaft, Frankfurt 1954.
- H a h n, L.A.: Die volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits, 3.Aufl., Tübingen 1930.
- H a y e k, Friedrich: Geldtheorie und Konjunkturtheorie, Wien 1929.
- L i e r o w, H.-J.: Der Geldschöpfungskoeffizient der Kreditbanken in der Bundesrepublik, Diss., Erlangen 1957.
- L u t z, Friedrich A.: Das Problem der Geldverfassung, Stuttgart 1936.
- S t u c k e n, Rudolf: Liquidität der Banken, Berlin 1940.
- S t u c k e n, Rudolf: Deutsche Geld- und Kreditpolitik 1914 - 1953, 2. Aufl., Tübingen 1953.
- S t u c k e n, Rudolf: Geld und Kredit, 1.Aufl., Tübingen 1949, 2.Aufl., Tübingen 1957.
- V e i t, Otto: Volkswirtschaftliche Theorie der Liquidität, Frkft. 1948.
- (Veit, Otto) Institut für das Kreditwesen: Die veränderte Währungs- politik und ihre Folgen, Frankfurt 1957.
- Statistisches Handbuch der BDL, Frankfurt 1955.
- Geschäftsberichte der BDL bzw. der DB für die Jahre 1948 - 57.
- Monatsberichte der BDL bzw. der DB für die Jahre 1948 - 57.
- Aufsätze:
- Andreas, Kurt: Die Umlaufgeschwindigkeit des Bargeldes in West- deutschland, Zschr.f.d.ges.Kred.-w., 5.Jg.1952, S. 386 f.
- Becker, L.: Mindestreservenarithmetik, Zschr. f.d.ges.Kred.-w., 4. Jg. 1951, S.172.
- Gleske, Leonhard: Missverständene Mindestreserven, Zschr.f.d.ges. Kred.-w.,7.Jg. 1954, S.118 f.
- Kesselring, Ludwig G.: Mindestreservenpolitik, Zschr.f.d.ges.Kred.- wesen, 4.Jg. 1951, S.602.
- Montaner, Antonio: Lehren der Bardepotstellung, Zschr.f.d.ges.Kred.- wesen, 4.Jg. 1951, S. 368 ff.
- Neisser, Hans: Der Kreislauf des Geldes, Weltw. Archiv, 33.Band 1931, S. 365 ff.
- Pfleiderer, Otto: Die Mechanik des Kreditvolumens, Die Bankwirtschaft, Jg. 1943, S.265 ff.

- Pfleiderer, Otto: Mindestreserven im Dienste der Kreditpolitik,
Zschr.f.d.ges.Kred.-w., 1. Jg. 1948, S. 58 f.
- Stucken, Rudolf: Neue Liquiditätspolitik als Mittel der Kreditpo-
litik, Bankarchiv, Jg. 1935, S. 154 f.
- Stucken, Rudolf: Geldpolitik und Bankenliquidität in Westdeutschland
seit der Währungsreform, Finanzarchiv, NF 13. Band
1952, S. 197 ff.
- Schmidt, Willi: Bankdepositenbildung und Wirtschaftsliquidität,
Bankarchiv, Jg. 1933, S. 199 f.

Die Ausweise der Bank deutscher Länder, Monatsbericht der BDL,
Jan. 1949, S. 13 f.

Der organisatorische Aufbau des Zentralbanksystems, Monatsbericht der
BDL, Febr. 1949, S. 21 f.

Das Geldvolumen im westdeutschen Währungsgebiet, Monatsbericht der
BDL, März 1949, S. 22 f.

Die öffentlichen Gelder im Banksystem, Monatsbericht der BDL, März
1949, S. 32 f.

Die Funktionsweise des Zentralbanksystems, Monatsbericht der BDL,
Mai 1949, S. 32 f.

Die Entwicklung des Zahlungsmittelumlaufes, Monatsbericht der BDL,
Juni 1949, S. 35 f.

Die Geldbewegungen auf den Auslandskonten, Monatsbericht der BDL,
Juli 1949, S. 22 f.

Ausgleichsforderungen, Monatsbericht der BDL, Juli 1949, S. 30 f.

Die Bankkredite im westdeutschen Währungsgebiet von der Währungs-
reform bis Ende Juli 1949, Monatsbericht der BDL, August 1949, S. 38 f.

Die Entwicklung der Kredite, der Einlagen und des Refinanzierungs-
betrages bei den einzelnen Gruppen des westdeutschen Bankensystems
in den Jahren 1950 und 1951, Monatsbericht der BDL, März 1952, S. 49 ff.

L e b e n s l a u f

Am 13. Dezember 1928 wurde ich als Sohn des Kaufmanns Gerhard Radeke und seiner Ehefrau Lisbet, geb. Greiner zu Coburg/Bay. geboren.

Nach dem Besuch der Volksschule trat ich 1939 in die Oberrealschule in Coburg ein, der ich - mit einjähriger Unterbrechung durch Kriegsdienst - bis zur Ablegung der Reifeprüfung im Jahre 1948 angehörte.

Sodann widmete ich mich dem Studium der Volkswirtschaftslehre an der Friedrich - Alexander - Universität zu Erlangen und bestand 1952 die Diplomprüfung für Volkswirte.

Nach praktischer Tätigkeit und weiteren Studien an der Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Nürnberg erwarb ich im Jahre 1955 den akademischen Grad eines Diplomhandelslehrers.

Seitdem beschäftigte mich die Anfertigung der vorliegenden Dissertation. Am 6. November 1958 legte ich die mündliche Prüfung im Rahmen meiner Promotion ab.

Joachim Radeke

